

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1908

81 (11.3.1908) Badischer Landtag. Erste Kammer. 8. öffentliche Sitzung

Karlsruher Zeitung.

Nr. 81.

Mittwoch, 11. März

1908.

Badischer Landtag.

Erste Kammer.

8. öffentliche Sitzung

am Freitag den 6. März 1908.

Unter dem Vorsitz des Durchlauchtigsten Präsidenten,
Seiner Großherzoglichen Hoheit des Prinzen Maximilian
von Baden.

Tagesordnung:

1. Bekanntgabe neuer Einläufe.
2. Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts
 - a. Ausgabe Titel VIII und Einnahme Titel II (Strafanstalten), sowie die Petitionen der Bad. Bezirksvereine des Deutschen Buchdruckervereins und des Gesamtvorstandes des Deutschen Buchdruckervereins, die Einrichtung einer Buchdruckerei in dem Landesgefängnis Mannheim betr. B.No. 168. Berichterstatter: Dr. Frhr. von La Roche-Starckenfels.
 - b. Ausgabe Titel IX (Kultus). B.No. 167. Berichterstatter: Dr. Frhr. von La Roche-Starckenfels.
 - c. Ausgabe Titel X (Unterrichtswesen), I. Höhere Unterrichtsanstalten; sowie die Petitionen:
 1. des Universitätsbeamten-Vereins Freiburg um Vermehrung der etatmäßigen Institutsdienststellen;
 2. der Krankenwärter der psychiatrischen Klinik in Freiburg um Regelung ihrer Gehaltsverhältnisse. B.No. 181. Berichterstatter: Winkl. Geh. Rat Dr. Värflin.

Am Regierungstisch: Staatsminister und Minister der Justiz, des Kultus und Unterrichts Winkl. Geh. Rat Dr. Freiherr v. Dusch, Ministerialdirektor Geheimrat Dr. Hübsch, die Geh. Oberregierungsräte Dr. Trefzger, Dr. Böhm und Dr. Reichardt.

Der Durchlauchtigste Präsident eröffnete die Sitzung um 1/2 10 Uhr und teilte dem Hohen Hause folgende Einläufe mit:

1. Entschuldigungsschreiben wegen Nichterscheinens zur heutigen Sitzung von Seiner Durchlaucht dem Fürsten zu Fürstenberg und Seiner Durchlaucht dem Fürsten zu Weiningen, sowie von den Herren Prälat D. Dehler, Freiherr Böcklin v. Böcklinsau und den Geh. Kommerzienräten Koelle und Venel.
2. Zuschrift Großh. Ministeriums der Finanzen, womit eine Anzahl Abdrücke der Druckschrift „Die Ergebnisse der im Jahre 1907 vollzogenen ersten Veranla-

gung zur Vermögenssteuer“ zur Verteilung an die Herren Mitglieder übergeben wurde.

3. Zuschrift des Präsidenten des Großh. Ministeriums des Innern, Freiherrn v. Bodman mit der Vorlage eines Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung des Enteignungsgesetzes.

4. Mitteilung des Präsidiums der Zweiten Kammer über die Genehmigung des Budgets des Großh. Ministeriums des Innern, Ausgabe Titel I bis VII, IX bis XI und Einnahme Titel I, II und X.

5. Schreiben des Leopold Laub in Mannheim mit der Bitte, um Berücksichtigung seines Semol-Produkts bei Vergebung von Lieferungen für die Straf-, sowie die Heil- und Pflegenanstalten.

Der Gesetzentwurf über die Abänderung des Enteignungsgesetzes wurde der Kommission für Justiz und Verwaltung zur Bearbeitung überwiesen.

An Petitionen sind eingekommen:

1. Von dem badischen Verein für Frauenstimmrecht, betreffend das Gemeinewahlrecht der Frauen.
 2. Von sieben Beamten St. Blasien, Zuteilung St. Blasien in die I. Ortsklasse des Wohnungsgeldtarifs.
 3. Von der Oberrheinischen Bundesgruppe der Naturheilvereine um Errichtung eines Lehrstuhls für Naturheillehre an den Universitäten Freiburg und Heidelberg.
 4. Von dem Gemeinderat Neustadt i. Schw. um Aufhebung des (Entfernungszuschlages) Ausnahmetarifs für die Zahnradstrecke auf der Hüllentalbahn.
 5. Von dem Gemeinderat Aufen, Amt Donaueschingen, um Errichtung einer Eisenbahnstation.
 6. Von dem Gemeinderat Engen mit 23 weiteren Gemeinden und einigen Privaten um Erbauung einer normalspurigen Nebenbahn von Engen über Ach—Eigeltingen—Dwingen nach Renzingen.
- Zu dem Gesetzentwurf, die Gehaltsordnung betreffend, sind Petitionen eingekommen von:
7. Von den Staatsbeamten in Mannheim um Gewährung einer besonderen Ortszulage.
 8. Von den technischen Beamten des Hoch-, Tief- und Maschinenbaues mit Hochschulbildung ohne Staatsprüfung.

9. Von den zur Ruhe gesetzten Beamten in Konstanz.
10. Von dem badischen Amtsvidentenverein.
11. Vom Verein badischer Eisenbahnbeamter.
12. Vom Verband badischer Eisenbahnbeamten- und Arbeitervereine.
13. Von den Stationsvorstehern und Bureauassistenten aus der Klasse der Eisenbahngelhilfen.
14. Von dem badischen Notarverein.
15. Von dem Verein badischer Steuerkommissäre.
16. Von den zur Ruhe gesetzten Staatsbeamten der Gehaltsklassen D, E und F in Freiburg.
17. Von den Oberpedellen.
18. Von dem Landesverein badischer Schaffner.
19. Von den Stadtschulräten von Freiburg, Karlsruhe, Mannheim und Pforzheim.
20. Von den Buraufstehern der Eisenbahnverwaltung.
21. Von den Zeichenlehrerinnen an höheren Mädchenschulen.
22. Von den badischen Bahameistern.
23. Von dem badischen Architekten- und Ingenieurverein.

Es wurden überwiesen:

Der Petitionskommission die Petitionen 1—3, der Budgetkommission die Petition 4, der Kommission für Eisenbahnen und Straßen die Petitionen 5 und 6, der Kommission für die Gehaltsordnung, die Petitionen 7 bis 23.

Zu D. B. 2a der Tagesordnung (Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts, Ausgabe Titel VIII und Einnahme Titel II (Strafanstalten), sowie über die Petitionen der Badischen Bezirksvereine des Deutschen Buchdruckervereins und des Gesamtverbandes des Deutschen Buchdruckervereins) erhielt zunächst das Wort der Berichterstatter

Dr. Freiherr von la Roche-Starckenfels:
Unser badisches Gefängniswesen hat sich stets eines sehr guten Rufes erfreut. Es steht auch heute auf der Höhe seiner Aufgaben. Der Strafvollzug ist ein durchaus humaner, ohne jedoch in den Fehler des Weichlichen zu verfallen. Beamte und Personal erfüllen ihre schweren Pflichten mit Hingabe und Eifer.

Wie Sie aus dem schriftlichen Bericht ersehen wollen, macht sich im ordentlichen sowohl wie im außerordentlichen Etat, der seinem Ende entgegengehende Neubau des Mannheimer Landesgefängnisses bemerkbar. Im Spätjahr 1909 sollen die beiden ausgebauten Flügel bezogen werden.

Eine noch erheblich höhere Vermehrung des Personals — im ganzen um vorläufig 19 Mann — wird dadurch erforderlich, daß am 1. Oktober dieses Jahres die militärische Bewachung der Strafanstalten aufhören soll. Zurzeit findet eine solche statt bei dem Männerzuchtthaus Bruchsal, bei dem Landesgefängnis und der Weiberstrafanstalt Bruchsal, beim Landesgefängnis und beim Amtsgefängnis in Freiburg, beim Landesgefängnis Mannheim und beim Amtsgefängnis II hier in Karlsruhe.

In dem Schlußprotokoll zur preussisch-badischen Militärkonvention vom 25. November 1870 heißt es unter Ziffer 7: „Zu Artikel 13 der Konvention waltete darüber Einverständnis ob, daß die Abgabe der zur Bewachung der Strafanstalten erforderlichen Militärkommandos fort zu dauern habe.“ Und so blieb es bis 1905. In diesem Jahre erfolgte eine Mitteilung der preussischen Militär-

verwaltung an die badische Regierung, daß in Preußen vom 1. Oktober 1905 die militärischen Wachen und Posten für Zwecke der Zivilverwaltung nicht mehr gestellt würden, und es wurde ersucht, Vorkehrungen zu treffen, die auch in Baden dieser Zustand in Kraft treten könne. Der Anlaß zu dieser Maßregel liegt zweifellos in der jetzt noch zweijährigen Dienstzeit der Infanterie, in der jede Stunde ausgenützt werden muß, um das Ziel einer genügenden militärischen Ausbildung zu erreichen. Nicht nur in Preußen, sondern auch in allen anderen größeren Bundesstaaten wird die militärische Bewachung der Strafanstalten weggelassen oder ist weggelassen.

Bei dieser Sachlage konnte die Großh. Regierung die Ersuchen der preussischen Heeresverwaltung nicht ablehnen, nur mußte der Zeitpunkt für den Eintritt dieser Aenderung mit Rücksicht auf den bevorstehenden Sonntag hinausgeschoben werden, weil erst die Genehmigung der neu angeforderten Stellen zur Vermehrung des Wachpersonals zu erfolgen hat.

Eine staatsrechtliche Frage ist es, ob die Regierung das Recht der militärischen Bewachung der Strafanstalten, wie solches durch die Militärkonvention erworben wurde, von sich aus verzichten kann, oder ob hierzu die landständische Genehmigung erforderlich ist. Diese Frage braucht zurzeit nicht beantwortet zu werden, da die Großherzogliche Regierung nach ihrer in anderen hohen Stellen abgegebenen Erklärung auf dieses Recht zunächst nicht verzichtet, sondern nur genehmigen will, daß die tatsächliche Ausübung des Rechtes eingestellt werde. Darüber zu befinden, ist die Großh. Regierung ohne Zweifel von sich aus befugt. Auch soll die Einstellung dieser Ausübung des Rechtes keine definitive, sondern nur eine versuchsweise sein.

Man wird aber immerhin damit rechnen müssen, daß am 30. September dieses Jahres die letzten Militärwachen an unseren badischen Strafanstalten stehen werden. Die Anforderungen, welche an das Gefängnispersonal gestellt werden, sind heute schon sehr erhebliche. Der Dienst ist ein recht anstrengender und aufreibender. Er wird das jetzt, durch das Hinzukommen des äußeren Wachdienstes, in noch weit höherem Maße werden. Die militärische Bewachung der Anstalten, insbesondere an der Patrouillengang auf den Zinnen war ganz dazu geeignet, von vornherein von Fluchtversuchen abzusprechen. Meines Wissens ist auch seit einer Reihe von Jahren in Zinsassen unserer Zentralstrafanstalten ein solcher Versuch gemacht worden, jedenfalls ist es keinem gelungen, ihn auszuführen. Ob das auch ferner so bleiben wird, scheint immerhin fraglich. Man irrt sich, wenn man meint, daß in Strafanstalten mit streng durchgeführter Einzelhaft kein Gedankenaustausch unter den Gefangenen stattfindet. Im Gegenteil, ein solcher Verkehr mittels Klopfens nach Art des Telegraphierens, oder mittels Steckens von Zetteln usw. kann durch keine baulichen Künste oder sonstige Vorkehrungen ganz ausgeschlossen werden. Die Gefangenen haben vollständig Kenntnis von dem, was im Hause vorgeht, von den Einrichtungen, die getroffen sind, auch von den Hindernissen, die der Flucht im Wege stehen. Die Befürchtung ist deshalb nicht zu unterdrücken, daß nach Aufhören der militärischen Bewachung Fluchtversuche, auch in gemeinsamen Ausführung, eher eintreten könnten als jetzt. Als Unerwünschte für viele sind unsere Strafanstalten in den Städten, in denen sie sich befinden, gern gesehen, eben nur so lange, als man vor einem Ausbruche sicher ist. Es liegt im Interesse der Allgemeinheit, daß da keine Beunruhigung eintritt. Aber auch im Interesse der Gefangenen selbst liegt es, daß jede Lust zum Aus-

brechen im Keime erstickt wird, denn selbstverständlich muß derartigen Versuchen mit unerbittlicher Strenge begegnet werden.

Man wird auch sagen können, daß damals, als die Militärkonvention abgeschlossen wurde, sämtliche Kontrahenten der Ansicht waren, daß die militärische Bewachung für alle Zeiten fortzuauern solle.

Trotz alledem muß man verstehen, daß die Großh. Regierung dem Ansinnen der preussischen Militärverwaltung nachgegeben hat, und man darf auch das Vertrauen haben, daß alle Sicherheitsmaßregeln getroffen werden, welche durch die neuen Umstände erforderlich geworden sind.

Daran wird wohl nicht zu zweifeln sein, daß im nächsten Budget nochmals eine erhebliche Vermehrung des Wächterpersonals angefordert werden wird.

Zu diesem Titel des Budgets liegen noch zwei Petitionen vor und zwar von dem Deutschen Buchdruckerverein, Kreis IVa, Bezirksverein Mannheim-Badwingershofen, sowie von dem Gesamtvorstand des Deutschen Buchdruckervereins. Mit diesen Petitionen wird Stellung genommen gegen die Absicht der Großh. Regierung, in dem im Bau begriffenen Mannheimer Landesgefängnis eine Druckerei einzurichten, um dort einen Teil der Drucksachen, die für die Behörden bestimmt sind, herstellen zu lassen. Es wird abgehoben auf die große Schädigung, die das badische Buchdruckerergewerbe durch eine solche Einrichtung erfahren würde. Auf Anfrage hat die Großh. Regierung ihre Absichten genau erläutert. Darnach wird der Betrieb nur einen geringen Umfang annehmen und sich auf den Druck von Formularen beschränken, soweit darin ein wesentlicher und regelmäßiger Bedarf für die Justizverwaltung besteht. Irgend welche Schädigung des Buchdruckerergewerbes wird dadurch nicht eintreten. Auch wird von der Regierung mit Recht hervorgehoben, daß gerade durch diese Druckerei die Möglichkeit geschaffen werde, Gefangenen, die den gebildeten Ständen angehören und die unter den mechanischen Arbeiten wie Dütenfleben und dergleichen schwerer leiden als andere, eine entsprechende Arbeit zuzuwenden. Es können deshalb die Petitionen nicht als begründet angenommen werden.

Ihre Budgetkommission stellt den Antrag:

Hohe Erste Kammer wolle

1. in Uebereinstimmung mit dem Beschluß der Hohen Zweiten Kammer von dem Budget des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts Titel VIII der Ausgaben und Titel II der Einnahmen (Strafanstalten) genehmigen,

2. über die vorliegenden Petitionen zur Tagesordnung überzugehen.

Hofschuhmachermeister Bea: Wenn ich zur Petition des Buchdruckervereins noch das Wort ergreife, so geschieht es mit dem Gefühl, daß ich eine Sache verteidige, die schon verloren ist. Leider hat Ihre Kommission sich dahin schlüssig gemacht, daß über diese Petition zur Tagesordnung überzugehen sei. Nun ließe sich ja gegen die Begründung der Großh. Regierung an und für sich nicht viel sagen, wenn die Sache sich in den Grenzen halten würde, wie sie hier vorgelesen ist. Es ist aber leicht zu befürchten, daß sich die Druckerei in dem Landesgefängnis Mannheim eben weiter auswächst, als es jetzt momentan beabsichtigt ist. Dagegen aber möchte ich mich als Vertreter des Handwerks ganz entschieden verwahren. Wenn auch die Schädigung, die die Druckerei vorerst dem freien Gewerbe verursachen wird, nicht groß ist, so wäre es aber schlimmer, wenn man

ähnlich wie in anderen Strafanstaltsbetrieben vorgehen würde, daß man nach und nach Maschine an Maschine reißt, und man immer weiter ginge. Dadurch wird dann eine ganz wesentliche Konkurrenz nicht nur für das Druckereigewerbe in Mannheim, sondern auch für das des ganzen Landes, mindestens des badischen Unterlandes, erwachsen. Es ist ein französisches Sprichwort, das sagt: der Appetit kommt mit dem Essen. Ich möchte also hier mich ganz entschieden dagegen verwahren, daß es hier ebenso gehen soll. Die Befürchtungen, die der Buchdruckerverein bezüglich der Konkurrenz der in der Strafanstalt ausgebildeten „Gehilfen“ ausspricht, teile ich weniger, denn die Buchdrucker sind derart organisiert, daß sie sich eine unangenehme Konkurrenz sehr leicht vom Halse halten können.

Anders aber geht es in anderen Betrieben. So wird mir mitgeteilt, daß im Landesgefängnis Mannheim schon seit über 2 Jahren an Einrichtungen für die neue Strafanstalt gearbeitet wird, daß schwere Eichentüren mit entsprechend schweren Beschlägen dort seit Jahr und Tag in Arbeit befinden. Ob dies im Interesse des Staates liegt, ob es im Interesse des freien Gewerbes liegt, das möchte ich dahin gestellt sein lassen. Denn es ist anzunehmen, nachdem nun gewisse Einrichtungen für die Fabrikation dieser schweren Türen und schweren Beschläge angeschafft sind, daß nachher auch gesucht wird, entsprechende Arbeit zu bekommen, um die Maschinen auszunützen, die einmal da sind. Die Schädigung ist dann erst eine intensive, wenn sich die Sache als bleibende Institution gestaltet.

Auch die Frage der Sicherheit wird hierbei jedenfalls sehr zu beherzigen sein. Ich weiß nicht, ob es richtig ist, wenn die Strafgefangenen ihre Fesseln, wenn ich so sagen darf, ihre Niegel, selbst anfertigen. Es ist schon von dem Herrn Berichterstatter angedeutet worden, daß die Fluchtgefahr größer sein wird, wenn die militärische Bewachung wegfällt, und wenn die Gefangenen nun ihre Verchlüsse selbst machen, so weiß ich nicht, ob das der Sicherheit förderlich ist. Ich weiß auch nicht, ob dann, wenn diejenigen, die dort die Schlosserei erlernen, in Freiheit kommen — der Schlosser ist eine Vertrauensperson —, dieses Handwerk dann auch in den richtigen Händen ist. Auch weitere Folgen zeigt die Maschineneinrichtung in den Strafanstalten. Bei den Schreinereien der Gefängnisse ist man ja schon länger dazu übergegangen, den Maschinenbetrieb einzuführen, und was die Folge davon ist: es muß eben die Arbeit herbeigeschafft werden um jeden Preis. Ein eklatanter Fall, der vor kurzem vorgekommen ist, betrifft die Vergabung von Kasernengeräten durch eine Garnisonverwaltung im Bereich des XIV. Armeekorps. Der ganze Betrag war etwa zwischen 3000 und 4000 Mark; und wurde in vier Lose verteilt zur engeren Submission ausgeschrieben. Unter den fünf Firmen, die dazu eingeladen waren, befanden sich alte Lieferanten der Kaserne, es befand sich aber auch eine Strafanstaltsverwaltung darunter. Die Strafanstaltsverwaltung war für sämtliche Lose die am wenigsten Fordernde; die Differenz betrug 14 Proz., es war also ein starkes Abgebot. In solchen Fällen heißt es immer, wenn Handwerker beteiligt sind: Handwerkskammer! Hilf! Die Klage kam auch an eine der badischen Handwerkskammern. Dieselbe nahm dann Veranlassung, zuerst mit der Strafanstaltsverwaltung zu verhandeln, sie zu ersuchen, das Angebot zurückzuziehen. Trotz allem Wohlwollen, das diese Verwaltung bei anderen Gelegenheiten gegenüber den Handwerkern gezeigt hat, erklärte sie sich aber außer Stande, das Angebot zurückzuziehen. Das Angebot wurde aufrecht erhalten, und die betreffende Handwerkskammer

mußte sich wohl oder übel einen anderen Weg suchen, und zwar ging sie direkt zur Intendantur des XIV. Armeekorps und brachte dort ihre Vorstellung ein und zwar mit Erfolg. Die Submission wurde neu ausgeschrieben. Daß aber derartige Fälle von Wettbewerb der Strafanstalten, die bekanntlich in der Lage sind, billiger anzubieten, wie das freie Gewerbe, böses Blut in den Handwerkskreisen machen, ist selbstverständlich. Ich bin deshalb genötigt, eine alte Klage, die schon oft im Landtag vorgebracht wurde, wieder vorzubringen.

Ich weiß, Arbeit ist nötig für die Gefangenen, schon aus humanitären Gründen, und auch deshalb, damit die Gefangenen einen Teil ihres Unterhalts verdienen. Allein die Arbeit soll möglichst so eingerichtet sein, daß sie das freie Gewerbe nicht schädigt. Dabei ist auch zu beachten, daß der Maschinenbetrieb nicht zu weit ausgedehnt wird. Die Arbeit soll eine Wohlthat sein für den Strafgefangenen, sie soll aber andererseits ihn nicht von Anstrengungen entbinden, die ein anderer Handwerker auch hat. Zum Beispiel ein kleiner Meister mit zwei oder drei Gesellen ist genötigt, seine Bretter selbst sägen und selbst hobeln zu müssen, er hat auch keine Hobelmaschine zur Verfügung. Man sollte sich in diesen Betrieben darauf beschränken, möglichst Handarbeit zu machen, dann wird man auch eher in der Lage sein, die nötige Arbeit zu beschaffen.

Die Handwerkskammer Freiburg hat sich ferner wiederholt an das Groß. Staatsministerium gewandt, um einen anderen Verteilungsmodus der Lieferung von Eßwaren, speziell von Hülsenfrüchten für die badischen Strafanstalten zu erreichen. Bisher war es Usus, dieselben in einem zu vergeben und zwar alles lieferbar in Mannheim. Daß dadurch ein gewisses Monopol für den gewiß leistungsfähigen Mannheimer Großhandel geschaffen wurde, das liegt doch auf der Hand. Aber in den übrigen Landesteilen sind gewiß auch noch leistungsfähige Großhandelsfirmen, und diese wünschen eben auch eine gewisse Berücksichtigung; bei gleichen Leistungen soll auch ihnen etwas zukommen. Da scheint mir der Modus, alles in einem Posten zu vergeben, nicht der richtige zu sein. Man kann ja leicht unser langgestrecktes Land in zwei Teile abteilen, für das Oberland und für das Unterland die Lieferungen getrennt ausschreiben und die Lieferung nicht „ab Mannheim“ bedingen, sondern die Lieferung direkt loco Anstalt. Dadurch würde die Möglichkeit eines weiteren Wettbewerbes gegeben sein, und die Großhändler der übrigen Landesteile würden in der Lage sein, auch mitzumachen. Die Differenz, die sich in der Fracht ergibt, wird andere kleine Differenzen ausgleichen. Es ist jedenfalls auch zu beachten, daß auch in anderen Landesteilen Steuerzahler wohnen, die ein gewisses Recht auf entsprechende Berücksichtigung haben.

Zu übrigen kann ich nur sagen, daß unsere Strafanstalten als müßiggültig im Lande angesehen werden.

Geb. Oberregierungsrat Dr. Reichardt: Die Anerkennung, welche den Beamten der Strafanstalten aus dem Munde Ihres Herrn Berichterstatters und auch aus dem Munde des Herrn Vertreters der Handwerkskammern gezollt worden ist, wird von denselben dankbar empfunden werden und wird jedenfalls die Wirkung haben, daß diese Beamten alle ihre Kraft daran setzen werden, den Aufgaben sich gewachsen zu zeigen, die an sie gestellt sind, und ich glaube auch, die Versicherung geben zu dürfen, daß die neue Aufgabe, die an diese Beamten herantritt — die Bewachung der Strafanstalten an Stelle der seitherigen Militärwachen

— durchzuführen, lösen werden. Es handelt sich allerdings, wie der Herr Berichterstatter schon hervorgehoben hat, um eine schwere und sehr verantwortungsvolle Aufgabe. Die Regierung hat nicht ohne Sorge darauf verzichtet, durch Militärwachen die Strafanstalten bewacht zu sehen, nachdem sie bisher die vorzüglichste Erziehung mit der militärischen Bewachung gemacht hatte. Es ist ja richtig, schon der Eindruck der militärisch geschulten kräftigen, mit der Waffe vertrauten Personen, die bei Tag u. Nacht auf Posten gehen, macht auf die Gefangenen einen moralischen Eindruck, der sie vor Ausbruchversuchen zurückhalten wird. Allein ich glaube, daß auch unser Aufsichtspersonal, welches ja ebenfalls die gute Schule des Militärs durchgemacht hat, diese Aufgabe wird lösen können. Ob es möglich sein wird, die Aufseher auf den Zinnen gehen zu lassen, ob hiergegen nicht Rücksichten auf die Gesundheit dieser vielfach schon älteren Leute sprechen können, wird erst die Erfahrung zeigen; ich glaube aber, daß wir auch ohne diese Zinnengänge die Bewachung wirksam werden durchführen können. Es wird notwendig sein, den hohen Ständen noch einen Gesetzentwurf vorzulegen über den Waffengebrauch des Aufsichtspersonals, denn die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen reichen zu diesem Zwecke nicht aus, da das Aufsichtspersonal bisher die Waffe nur gebrauchen darf im Falle der Notwehr, während es sich hier auch als notwendig ergeben wird, daß das Aufsichtspersonal unter Umständen angriffsweise vorgeht, insbesondere berechtigt ist, von der Schutzwaffe Gebrauch zu machen, um Fluchtversuche zu verhindern. Ein derartiger Gesetzentwurf ist zurzeit in Arbeit und wird den hohen Ständen noch im Laufe dieser Session vorgelegt werden.

Der Herr Vertreter der Handwerkskammern hat die Frage des Gewerbebetriebs behandelt und hat selbst hervorgehoben, daß das eine Frage ist, über die schon viel verhandelt worden ist. Er hat im allgemeinen sich mit unseren Einrichtungen in Baden einverstanden und zufrieden erklärt und ich glaube meinerseits, daß ich diese Ansicht durchaus aufrecht erhalten muß. Das Ziel, welches jeder Strafanstaltsverwaltung voranschwebt, hat kürzlich im Reichstag der Herr Staatssekretär des Reichsjustizamtes dahin präzisiert, daß es die vornehmlichste Aufgabe bei Einrichtung des Gewerbebetriebs in den Strafanstalten sei, darauf hinzuwirken, daß dem freien Gewerbe möglichst wenig Konkurrenz gemacht würde. Ich glaube, diese Aufgabe hat die badische Strafanstaltsverwaltung bei allen ihren Maßnahmen nicht außer Acht gelassen. Die Hauptfrage wird namentlich auch im Reichstag dagegen geführt, daß Gefangene den einzelnen Unternehmern gegen einen bestimmten Arbeitslohn als Arbeiter abgegeben werden. Es ist im Reichstag davon gesprochen worden, daß es eine große Unbilligkeit sei, wenn ein Tischlermeister einen Gefangenen täglich zu 1 M. bekommt, so daß er also in der Woche 6 M. Arbeitslohn bezahlen muß, gegenüber einem anderen, der 18 bis 24 M. bezahlen müßte. Das ist durchaus richtig, derartige oberste Grundsatz unseres Gewerbebetriebs in den Strafanstalten ist: der ganze Gewerbebetrieb ist Staatsbetrieb, die Strafanstalten arbeiten auf eigene Rechnung.

Im einzelnen sind Grundsätze aufgestellt, die zu verhindern suchen, daß die Konkurrenz, die nun einmal nicht vollständig auszuschließen ist, sich möglichst wenig für die einzelnen Gewerbebetreibenden fühlbar macht. Der Herr Vertreter der Handwerkskammern hat zugegeben, Arbeit muß sein; ohne Arbeit kann man die Strafanstalten vernünftig überhaupt nicht betreiben. Ich möchte noch einen Schritt weiter gehen und aussprechen, was wohl auch die

Meinung des Herrn Vorredners ist, die er aber nicht ausdrücklich ausgesprochen hat: es muß diese Arbeit auch eine nützliche sein. Wir können gewiß nicht mehr zu dem Zustand zurückgehen, daß die Gefangenen Steine von einer Ecke des Gefängnishofes in die andere tragen und wieder zurück oder daß sie die Treitmühle in Bewegung setzen, sondern wir müssen den Gefangenen eine nützliche Arbeit geben. Eine nutzlose Beschäftigung, wie sie früher geübt worden ist, würde die Gefangenen in ihrer körperlichen und geistigen Verfassung beeinträchtigen, was gewiß nicht im Sinne der heutigen Zeit läge. Pädagogische Rücksichten sprechen wohl auch mit; wir decken heute ungefähr 57 Proz. der Ausgaben für den Strafvollzug durch den Gewerbebetrieb. Es ist das doch nicht zu unterschätzen, denn wir müßten in den Staatsvoranschlag ungefähr eine halbe Million Mark mehr einstellen, wenn wir keinen Gewerbebetrieb hätten. Aber es liegt der Strafanstaltsverwaltung durchaus ferne, wie ein Unternehmer zu arbeiten, der sich fortwährend bemüht, höhere Gewinne zu erzielen und seinen Arbeitsbetrieb, seine Fabrik fortwährend auszuweiten sucht. Wir wollen nur unsere Gefangenen beschäftigen, nützlich beschäftigen, und nur insoweit Gewinne erzielen. Derartige Befürchtungen also, von einer Ausdehnung des Betriebs kann ich mit aller Bestimmtheit als nicht begründet bezeichnen.

Ebenso verhält es sich auch mit der Druckereianlage in Mannheim. Ich kann in dieser Beziehung die feste Versicherung geben, daß diese Druckereianlage nicht über den Umfang hinaus ausgedehnt wird, der von vornherein beabsichtigt ist. Wir haben auch diese Druckerei nicht eingerichtet, um damit Gewinne zu erzielen, sondern dafür, daß Gefangene gebildeter Stände in vernünftiger, ihren Geistesanlagen entsprechender Weise beschäftigt werden können. Auch liegt es der Strafanstaltsverwaltung durchaus ferne, irgendwie den Maschinenbetrieb auszuweiten oder in weiserem Maße einzuführen zu wollen. Wir haben zurzeit den Maschinenbetrieb nur in geringem Umfange. Motorische Kraft haben wir nur in der Schreinerei in Freiburg, die aber in diesem Umfange unbedingt notwendig ist für die schweren Arbeiten.

Wenn der Herr Vertreter der Handelskammern einen Einzelfall berührt hat bei der Vergebung von Schreinerarbeiten in Freiburg, wo die Strafanstalt ein solch niederes Angebot gemacht hat, daß die anderen Schreinereien nicht konkurrieren konnten, so ist allerdings richtig, daß bei der Vergebung einer Garnisonsverwaltung das Landesgefängnis Freiburg das Niederstnehmende war; allein ich kann mitteilen, daß kurz vorher, bei einer anderen Garnisonsverwaltung die Sache umgekehrt war, die Landesgefängnisverwaltung war dort die Meistverlangende, und aus diesem Grunde kam sie nicht zur Lieferung. Es mag sein, daß beim nächsten Male besonders genau kalkuliert worden ist, um ein billigeres Angebot zu machen. Im übrigen kann ich noch einmal hervorheben, daß dafür gesorgt wird, daß der Grundsatz: die freie Arbeit darf nicht unterbunden werden, auch eingehalten wird. Die erwähnte Angelegenheit ist dann verlaufen, wie der Herr Vertreter der Handelskammern berichtet hat: auf Vorstellung der Strafanstaltsverwaltung gegebenen Auftrag zurück. Ich glaube aber, ein kleines Kuriosum darf ich dem Hohen Hause nicht vorenthalten. Es ist dann die Arbeit an eine Anzahl Schreinermeister verteilt worden; einer derselben ist dann zur Gefängnisverwaltung gekommen und hat gesagt: seien Sie doch um Gottes willen so gut und machen Sie mir meine Arbeiten für die Garnisonsverwaltung, ich kann das gar nicht machen, dafür bin ich gar nicht eingerichtet! — Ich glaube, aus dieser Schilderung ist doch

zu ersehen, daß die Konkurrenz, die die Strafanstalten machen, keine illoyale ist.

In Mannheim werden allerdings, wie in den übrigen Strafanstalten, auch die Einrichtungen für das neue Landesgefängnis, welches sich im Bau befindet, hergestellt; ich glaube aber, das ist etwas, was das Hohe Haus billigen wird, wenn die Strafanstaltsverwaltung ihre eigenen Bedürfnisse selber herstellt. Die Befürchtung, die der Herr Vertreter der Handelskammern daran geknüpft hat, daß besondere Einrichtungen angeschafft werden, die später nach Arbeit schreien, kann ich insofern zerstreuen, als ich versichern kann, es sind keine besonderen Einrichtungen angeschafft worden, sondern es wird nur das hergestellt werden, was mit den bisherigen Einrichtungen gearbeitet werden kann. Alles andere soll unterbleiben. Maschinen werden in dieser Beziehung nicht angeschafft.

Ich hoffe, daß ich durch diese Mitteilungen die Befürchtungen, die sich an die Art des Gewerbebetriebs durch die Strafanstalten geknüpft haben, einigermaßen zerstreuen konnte. Der Herr Vertreter der Handelskammern hat dann noch eine andere Klage vorgebracht: sie betrifft die Beteiligung der oberländer Kaufleute an der Lieferung der Hülsenfrüchte. Es ist richtig, wir haben diesen Ankauf seit dem Jahre 1890 zentralisiert, wir kaufen die Hülsenfrüchte von denen wir im ganzen etwa 70 000 Kilogramm im Jahr brauchen, im großen ein. Wir haben zuerst uns lediglich nach Mannheim gewandt. Darauf haben sich die Firmen aus dem Oberland — durch die Handelskammern — darüber beschwert. Es werden nun seit dieser Zeit die Freiburger und auch andere Großfirmen aus dem Oberland eingeladen. Allein in manchen Jahren haben sie gar keine Angebote gemacht. In anderen Jahren, in denen sie offerierten, sind sie mit Lieferungen bedacht worden; ich erinnere mich, daß im Jahre 1903 oder 1904 eine Freiburger Firma die Gersteliieferung für das ganze Land bekommen hat; in einem anderen Jahre war es die Reislieferung, kurz, sie sind wiederholt mit Lieferungen bedacht worden. Gegen den Wunsch, daß wir die Lieferungen für das Oberland und das Unterland teilen sollten, sind erhebliche Bedenken von der mit der Auswahl der Hülsenfrüchte beauftragten Behörde, welche sich der sehr dankenswerten Hilfe eines sachverständigen Mitglieds des Aufsichtsrats des Mannheimer Landesgefängnisses erfreut, erhoben worden. Es soll aber nunmehr von neuem diese Frage geprüft werden, ob man, den Wünschen entsprechend, die Lieferungen teilen kann für das Oberland und das Unterland. Aber ich muß noch einmal bemerken, auch an den ungeteilten Lieferungen haben die Freiburger Firmen sich beteiligt, und wenn sie manchmal nicht berücksichtigt werden konnten, so war der Grund der, daß bei einem etwas billigeren Preis die Qualität nicht ganz den Ansprüchen entsprechend war, die wir stellen müssen. Sie werden es billigen, daß wir gerade bei der immerhin knappen Beföstigung, die wir den Gefangenen gewähren, Wert darauf legen müssen, diese Früchte, wie Reis, Linfen, Gerste, Bohnen, in ersten Qualitäten zu bekommen und daß wir unter Umständen nicht auf den Preis sehen, nicht das Billigste nehmen können. Wir müssen suchen, die beste Ware für unsere Gefangenen zu bekommen, ohne auf besondere Wünsche einzelner Lieferanten zu achten. Wir müssen die kleinen Interessen den höheren Interessen gegenüber zurücktreten.

Fabrikdirektor Dewitz: Ich habe mich zum Worte gemeldet, um die Ausführungen des Herrn Bea in bezug auf die Einrichtung einer Druckerei im Landesgefängnis in Mannheim meinerseits zu

unterstützen. Auch ich kann es nur als wenig wünschenswert bezeichnen, wenn von Seiten des Staates ein Gewerbe betrieben wird, sei es direkt, wie bei der Brauerei Rothaus, oder gewissermaßen indirekt, wie bei der Errichtung der Druckerei im Landesgefängnis Mannheim. Ich kann mich ebenfalls der Befürchtung nicht entziehen, daß sich aus dem kleinen Kinde mit der Zeit ein recht fruchtbarer Pflanzling entwickeln wird. Nach den Ausführungen des Herrn Regierungsvertreters indessen will ich meine Bedenken zurückstellen und erkläre mich, wenn die Druckerei in der Weise geführt werden soll, wie es der Herr Regierungsvertreter erklärt hat, damit vollständig einverstanden; ich will nur wünschen, daß dieses Prinzip, das ich auch als richtig und gesund in bezug auf die Beschäftigung der Gefangenen anerkennen muß, auf die Dauer eingehalten wird.

Der Antrag der Kommission wurde hierauf einstimmig angenommen.

Namens der Budgetkommission berichtet hierauf über Ausgabe Titel IX (Kultur) des Budgets des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts

Dr. Freiherr von La Roche: Wie Sie aus dem gedruckten Berichte entnehmen wollen, weist das zur Beratung stehende Kultusbudget im ordentlichen Etat nur ganz geringfügige Veränderungen gegen den bisherigen Stand auf.

Im außerordentlichen Etat findet sich als einziger Posten die Anforderung von 75 000 M. als zweite Rate des auf 150 000 M. festgesetzten Staatszuschusses zu dem Gebäude des Evangelischen Oberkirchenrats.

Dagegen verbirgt sich zwischen den Zeilen die wichtige und schwierige Frage, wie kann unseren Geistlichen rasch und gründlich aus der Misere ihrer bisherigen durchaus ungenügenden Besoldung geholfen werden? Zurzeit beträgt der Höchstgehalt eines katholischen Geistlichen nach 30 Dienstjahren 2800 M., der Höchstgehalt eines evangelischen Geistlichen, der aber erst später mit der Berechnung einsetzt, nach 26 Dienstjahren 4600 M. Es bedarf wohl keiner weiteren Ausführungen, daß das Zahlen sind, die mit dem heutigen Geldwert nicht mehr im Einklang stehen, und die um so greller in die Augen springen werden, wenn noch auf diesem Landtag der neue Gehaltstarif für die Beamten zur Durchführung kommt. Die Budgetkommission hat einstimmig anerkannt, daß eine wesentliche Erhöhung der Gehalte der Geistlichen, und zwar möglichst noch im laufenden Jahre, notwendig ist. Auch die Pfarrwitwengehälter bedürfen dringend einer bedeutenden Aufbesserung.

Um nun zu dem gewünschten Ziele zu gelangen, kann man zwei Wege beschreiten. Zur Aufbesserung gering besoldeter Pfarrer erhält bekanntlich schon jetzt die katholische Kirche einen jährlichen Staatszuschuß von 350 000 Mark, die evangelische Kirche einen solchen von 300 000 Mark. Mittels einer Erhöhung dieser Staatszuschüsse könnte in einfacher Weise geholfen werden. Will man sich aber hierzu nicht entschließen, so müßten die fehlenden Beträge mittels der Kirchensteuer aufgebracht werden, und dazu wäre nötig, daß man den Kirchen ein erhöhtes Steuerrecht einräumt.

Ihre Budgetkommission hat die Frage offen gelassen, welchen Weg man wählen soll, und ist der Ansicht, daß es sich empfiehlt, erst dann definitiv dazu Stellung zu nehmen, wenn ein von der Regierung in Aussicht gestellter Entwurf über Verlängerung des Dotationsgesetzes eingekommen sein wird. Dafür spricht auch der weitere Grund, daß es bis dahin auch möglich sein wird, zu übersehen,

welchen Einfluß die neue Vermögensveranlagung auf die Kirchensteuer üben wird. Heute, wie gesagt, soll nur das eine festgestellt werden, daß sich unsere Geistlichen infolge der zu geringen Gehaltsbezüge in einer äußerst mißlichen Lage befinden und daher Hilfe notwendig ist.

Des weiteren ist die Frage einer Ablösung der Stolgebühren besprochen worden. Es ist Sache der einzelnen Gemeinden, eine solche Ablösung eintreten zu lassen. Die Erhebung der Stolgebühren ist für den Geistlichen etwas recht Feinliches und nicht mehr Zeitgemäßes. Die Ablösung ist besonders da geboten, wo in derselben Stadt mehrere Geistliche amtieren, deren Dienstinkommen jetzt bei der gleichen Leistung ein verschiedenes ist, je nachdem der eine in einem Viertel mit wohlhabender, der andere in einem solchen mit ärmerer Bevölkerung tätig ist. Da also die allgemeine Ablösung der Stolgebühren entschieden der Billigkeit entspricht, so wäre ein rascher Fortgang dieser Entwicklung recht zu wünschen.

Ihre Budgetkommission kommt zu dem Antrag:

Höhe Erste Kammer wolle von dem Budget des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts Titel IX der Ausgaben, Kultus, in Uebereinstimmung mit dem Beschluß der Höheren Zweiten Kammer genehmigen.

Der Antrag wurde ohne Besprechung angenommen.

Zur Erstattung des Berichtes der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts, Ausgabe Titel X (Unterrichtswesen), I. Höhere Unterrichtsanstalten sowie über die Petitionen des Universitäts-Beamtenvereins Freiburg und der Krankenwärter der psychiatrischen Klinik Freiburg erhält hierauf das Wort

Herrl. Geh. Dr. Bürkli: Demjenigen, was im gedruckten Bericht niedergelegt ist, habe ich nur ganz Weniges hinzuzufügen. Es ist mir vorhin im Privatgespräch bemerkt worden, daß die Mitteilung im Bericht, die Gesamtausgaben unseres Staates für unser ganzes Unterrichtswesen im Betrag von 10 1/2 Millionen Mark, betragen 11,35 Proz. unseres gesamten Staatsaufwands, an und für sich ja ganz interessant sei, daß aber der Wert dieser Ziffern sich erst bemessen lasse, wenn man einen Vergleich mit dem anstellen könnte, was andere Staaten für diese Zwecke aufwenden. Das ist ja ganz richtig, aber ein solcher Vergleich ist außerordentlich schwierig, weil das Material dafür einmal sehr schwer zu beschaffen ist, und weil die Vergleichsunterlagen sehr schwer herzustellen sind. Schon in diesem Budget ist ja durchaus nicht alles enthalten, was der badische Staat für sein Unterrichtswesen ausgibt; denken Sie nur an das Gewerwesen. Das ist natürlich in viel höherem Maße der Fall bei größeren Staaten, die das, was der eine Staat selbst übernimmt, einer Provinz oder einem Kreis übertragen haben und dergl. mehr. Es ist mit einem Wort außerordentlich schwierig, homogene Vergleichsziffern zu gewinnen, und daraus erklärt es sich, daß die Kommission der Frage, wie es sich darin mit anderen Staaten verhält, nicht weiter nachgegangen ist. Aber ich glaube, daß die Gesamtaufwendung von 10 1/2 Millionen, die noch nicht einmal alles darstellt, was von dem Staat aufgebracht wird, eine sehr respektable Summe ist und wir mit unseren 11,35 Proz. uns sehen lassen können.

Es ist im weiteren bemerkt worden, daß die Frequenz, die in dem Berichte berührt ist, so erfreulich sie bezüglich des Aufschwungs an unseren Universitäten ist, einer

näheren Begründung oder weiteren Begründung bezüglich des Rückgangs an unserer Technischen Hochschule bedurft hätte. Ich habe zwei Gründe allgemeiner Art angeführt, nämlich das Entstehen weiterer Technischer Hochschulen, speziell derjenigen in Danzig, und habe als anderen Grund angeführt, daß die Frequenz der Technischen Hochschule naturgemäß mit dem Auf- und Niedergang unseres Wirtschaftslebens verbunden ist. Wenn unsere wirtschaftliche Konjunktur zurückgeht, ist der Bedarf an Technikern nicht so groß, und daß dann selbstverständlich der Zugang von Studenten, die die technischen Wissenschaften studieren wollen, sich vermindert. Nun hätte man noch verschiedene andere Gründe beifügen können, von der Beruhigung in Rußland, von der Wirkung, welche die Ausländerhonorare herbeiführen, davon daß bei einem Niedergang der Konjunktur die Industriellen auch nicht mehr in der Lage sind, immer fein studierte Hochschulingenieure einzustellen und zu bezahlen, sondern sich mit Leuten begnügen, die eine minder kostspielige Ausbildung hinter sich haben und dergl. mehr. — Das alles schien der Kommission überflüssig, weil kein Mensch behauptet hat, daß dieser an und für sich nicht bedeutende Nachlaß der Frequenz an der Technischen Hochschule auf irgend welche qualitativen Mängel der Hochschule selbst zurückzuführen sei. Das hat niemand behauptet, und wenn man gar zu viele Gründe angeführt hätte, so hätte das wie eine Art Rechtfertigung oder Entschuldigung ausgesehen, und dazu lag auch nicht der mindeste Anlaß vor.

Die Freude über unsere drei Hochschulen war im anderen Hohen Hause etwas gedämpft durch die Befürchtung, eine 4. Hochschule ins Land zu bekommen. Ihre Kommission konnte diese Besorgnis nicht teilen. Denn wenn die Großh. Regierung auch versprochen hat, der Handelshochschule in Mannheim — und um diese handelt es sich hier — eine Förderung zuteil werden zu lassen, so ist sie auf der anderen Seite doch himmelweit davon entfernt, für diese Handelshochschule eine Art von Ebenbürtigkeit mit unseren anderen Hochschulen anzubahnen. Diese Handelshochschule in Mannheim, ein sehr nützliches und zeitgemäßes Institut, ist eine Einrichtung der Gemeinde Mannheim, welcher wir alles Gute, Wahre und Schöne wünschen, aber dabei soll es auch sein Bewenden haben. Wir sind auch, wenn die Regierung mit Unterstützungsanträgen an uns herantritt, gewiß bereit, diese Unterstützungen zu bewilligen in dem Maße, welches wir im Interesse des ganzen Landes für erforderlich und mit den Interessen des Landes vereinbarlich halten. Es ist ferner außerordentlich zu begrüßen, daß die Herren Professoren von Heidelberg ihre lehrunterstützende Tätigkeit dieser Anstalt gegenüber bereits in einer sehr erfreulichen Weise haben in Wirksamkeit treten lassen; überhaupt ist es meines Erachtens außerordentlich dankenswert, daß die Herren Hochschullehrer sich zu dieser Popularisierung der Wissenschaften bereit finden lassen, nicht nur bei uns, sondern auch anderwärts haben bereit finden lassen, um in der richtigen Form und in dem richtigen Maß zur Verbreitung von Bildung und von Kenntnissen beizutragen, nachdem der Bildungshunger immer weitere Kreise des Volkes erfaßt. Ich sage in der richtigen Form, denn sonst entsteht sehr leicht Unverständlichkeit und Unverständnis aus diesen an und für sich löblichen Bestrebungen; ich sage, in dem richtigen Maß, denn sonst entstehen sehr leicht indigestive Zustände, Unbekömmlichkeiten, die auch wieder ihre großen Schattenseiten haben. Aber im richtigen Maße, in der richtigen Form geübt können diese Tätigkeiten und alle damit verbundenen Bestrebungen nur auf das Herzhafteste begrüßt werden. Ich erinnere

an die Lehrerfortbildungskurse, an die anderwärts in der Bildung begriffenen sozialen Ausbildungskurse, ich erinnere an die staats- und rechtswissenschaftlichen Ausbildungskurse, von denen hier bereits die Rede war, und es ist in der Budgetkommission auch die Rede davon gewesen, ob man nicht auch in der Residenz Karlsruhe solche rechts- und staatswissenschaftliche Fortbildungskurse einrichten könnte; sie sind ja auch im Interesse der Gemeinde, und es wäre das ein Gegenstand, den zunächst der hiesige Stadtrat in Beratung und Erwägung zu ziehen hätte. Man hat in der Kommission geglaubt, daß die Lage von Karlsruhe außerordentlich günstig für die Einrichtung derartiger Kurse wäre: einmal ist in Karlsruhe selbst eine Hochschule und ist rechts und links flankiert von einer anderen Hochschule, es wäre also der Beizug und die Interessierung akademischer Lehrer, auf deren Mitwirkung man ja hier angewiesen wäre, nicht schwer zu bewerkstelligen, viel leichter als dies in Frankfurt oder in Köln der Fall ist. Wenn man sagt, daß den betreffenden Studierenden, die hier ihre Ausbildung suchen, nicht das ganze Material bieten könnte, das z. B. im Kohlenrevier und im Eisenrevier geboten werden kann, so gäbe es dafür loco Karlsruhe und in der Umgebung, und für Eisen und Kohlen auch in der weiteren Umgebung, allerlei Ersatz.

In dem Bericht habe ich auch nicht von der Luifenanstalt in Heidelberg gesprochen, weil ich glaubte, das würde von einer anderen Seite, die über die Heidelberger Verhältnisse ganz genau informiert ist, geschehen, und ich beschränkte mich auf die Bemerkung, daß die Luifenanstalt in Heidelberg, eine Kinderheilanstalt, auf die die Universität bis zu einem gewissen Grade angewiesen ist, sich zur Zeit in einer finanziellen Bedrängnis befindet, und daß wir in der Kommission es darum begrüßt haben, daß der staatliche Beitrag, der bisher ungefähr 4000 M. betrug, auf 10000 M. erhöht wird, und aus den Darlegungen des Herrn Regierungskommissärs, der uns in der Kommission des näheren über die Verhältnisse der Anstalt belehrt hat, geht hervor, daß weitere Maßnahmen in Aussicht genommen sind, um das finanzielle Gleichgewicht der Anstalt wieder herzustellen. Mit dem Gedanken, die ganze Anstalt auf den Staat zu übernehmen, sie zum Universitätsinstitut zu machen, konnte man sich in den Kommissionen nicht befremden, weil diese Anstalt einen Umfang von über 100 Betten angenommen hat, der über das Bedürfnis der Universität weit hinausgeht, die sich mit einer Belegschaft von 20—25 Betten begnügen könnte. Man will es bei der bisherigen Organisation belassen, und damit wird sich auch die Luifenanstalt begnügen müssen. Die Verbindung mit der Universität ist äußerlich dadurch hergestellt, daß ein Professor der Universität an der Spitze als Leiter der Anstalt steht.

Nun habe ich noch 2 Petitionen zur Sprache zu bringen, die ebenfalls in der Kommission behandelt worden sind und für deren Behandlung das abgekürzte Verfahren eintreten zu lassen ich hier bitten möchte. Die beiden Petitionen stehen ja auf der Tagesordnung, ich habe sie aber in den Bericht nicht aufgenommen, weil ich mir mündliche Ausführungen für deren Erklärung vorbehalten habe. Die Sache ist ja an und für sich ganz einfach. Die erste dieser Petitionen, die „gehörigste Bitte des Universitätsbeamten-Vereins Freiburg um Vermehrung der etatmäßigen Institutsdienerstellen“ enthält in nuce eine Beschwerde darüber, daß die Militärärzte bei der Besetzung von etatmäßigen Dienerstellen bei der Universität eine unbequeme Konkurrenz bereiten. Aber über diese Konkurrenz ist schwer hinwegzukommen, weil sie auf einer Anordnung

des Bundesrates beruht, daß die Militärärzte eben ceteris paribus den Vorzug bei der Besetzung solcher Stellen haben sollen, und die bundesrätliche Anordnung beruht ja, wie ich in dem Hohen Hause kaum des näheren darzulegen habe, auf sehr vernünftigen und zu billigen Erwägungen. Wenn einer 12 Jahre bei den Soldaten gedient hat, dann hat er mit seinen 32 Jahren wohl das Recht sich erworben, bei gleichen übrigen Eigenschaften den Vorzug zu verdienen. Aber den Vorzug verdient er da nicht, wo eben gewisse außerordentliche Fähigkeiten, manuelle Fertigkeiten wie sie namentlich in der medizinischen Klinik von den Dienern erfordert werden, nicht vorhanden sind, und da will die Regierung, wie sie schon in der Zweiten Kammer erklärt hat, auch durch ein äußeres Merkmal diese Gruppe von Dienern aus der allgemeinen Kategorie herausheben dadurch, daß sie Präparanten- und Laborantenstellen schafft, womit eben schon durch die äußere Bezeichnung besagt ist, daß eine Konkurrenz mit anderen, welche die betreffende Vorbildung nicht haben, ausgeschlossen ist. Ihre Kommission stellt den Antrag, diese Petition der Großh. Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Eine andere Petition betrifft die Bitte der Krankenhäuser der psychiatrischen Klinik in Freiburg um Regelung ihrer Gehaltsverhältnisse.

Die Krankenhäuser der psychiatrischen Klinik in Freiburg wollen in derselben Weise und demselben Umfang angestellt werden wie die Krankenhäuser der Anstalt in Emmendingen. Das ist proportional auch bereits der Fall. Die Anstalt in Emmendingen ist um deswillen im weiteren nicht zum Vergleich mit der psychiatrischen Klinik in Freiburg heranzuziehen, weil sie zehnmal größer ist als diese; es handelt sich in Freiburg um 120 bis 150 Betten und in Emmendingen um 1500 Betten. Die Direktion der psychiatrischen Klinik in Freiburg ist durchaus der Meinung, daß man, wie dies jetzt der Fall, mit einem etatmäßig angestellten Oberwärter und einer etatmäßig angestellten Oberwärterin und 2 etatmäßig angestellten Wärtern (Wärterinnen) sich begnügen kann. Weiter zu gehen hat man keine Veranlassung. Ihre Kommission stellt übrigens den Antrag auch diese Petition der Großh. Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Im andern Hohen Hause ist der Unterrichtsverwaltung und den Hochschulen von allen Seiten viel des Lobes und der Anerkennung gespendet worden. Ihre Kommission schließt sich dem unbedingt an. Auch sie erkennt an, daß die Unterrichtsverwaltung in den besten Händen liegt, daß die Leitung unseres höheren Unterrichtswesens in vollem Verständnis für die schöne und edle Aufgabe mit Umsicht und mit Eifer gehandhabt und gelöst wird, eine schwierige Aufgabe nach allen Seiten hin, nach dem ideellen, wie namentlich auch nach der finanziellen Seite hin. Ihre Kommission will es aber bei dieser Gelegenheit nicht unterlassen, wie im andern Hohen Hause auch hier es auszusprechen, daß sie glaubt, auf die Großh. Regierung unbedingt rechnen und zählen zu dürfen, wenn das Palladium unserer Hochschulen die Freiheit des Forschens und die Freiheit des Lehrens und des Lernens von irgend einer Seite sollte eine Anfechtung erfahren. Daß in dieser Beziehung die Großh. Regierung unter allen Umständen auf den Lehrkörper selbst, auf die Herren Dozenten, rechnen darf, das unterliegt wohl keinem Zweifel, wie ja überhaupt die Herren Professoren der Hochschule, das eigentliche charakteristische Gepräge geben. Das, was die Regierung, was die Volksvertretung tun kann, das ist mehr vorbereitender, helfender Art. Aber der Geist, der sich hier den Körper

zu bauen hat, der geht von der Lehrerschaft aus, und ihr vor allen haben wir den Glanz unserer Hochschulen, auf die wir ja stolz zu sein alle Ursache haben, zu verdanken.

Das alles, Durchlauchtigste, Hochgeehrte Herren, ist ja selbstverständlich. Aber mit Rücksicht auf den Umstand, daß wir den Vorzug haben, Vertreter unserer Hochschulen zu Mitgliedern unseres Hauses zählen zu dürfen, glaubte ich auch diese Seite der Sache berühren zu dürfen. Der Umstand aber, daß diese drei Herren hier im Hause anwesend sind, veranlaßt mich, hier jetzt abzubrechen und wegen des Weiteren ihnen vertrauensvoll das Feld zu räumen.

Ihre Budgetkommission stellt den Antrag:

Zu Titel X. Unterrichtswesen, I. Höhere Lehranstalten:

- | | |
|--|--------------|
| a. die Ausgabe im ordentlichen Etat für die Jahre 1908/1909 mit jährlich | 2 529 004 M. |
| b. die Ausgaben im außerordentlichen Etat für beide Budgetjahre zusammen mit | 1 289 300 |

in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Hohen Zweiten Kammer zu genehmigen und die Petitionen:

1. des Univeritätsbeamten-Vereins Freiburg um Vermehrung der etatmäßigen Institutsdienerstellen, sowie
 2. der Krankenhäuser der psychiatrischen Klinik in Freiburg um Regelung ihrer Gehaltsverhältnisse
- der Großh. Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Es wird hierauf in die Beratung eingetreten und es erhält das Wort:

Geh. Rat Professor Dr. Windelband: Jedesmal, wenn in diesem Hohen Hause die Frage des höheren Unterrichtes zur Sprache kommt, ist es die angenehme Pflicht und die freudig ergriffene Gelegenheit für die Vertreter der Hochschulen, in diesem Hohen Hause ein *à la carte* *Ausdrück* zu geben, der seit langem und immer besteht, also auch immer neu sich angesammelt hat und nach einem Ausdruck sucht, dem Danke, den die Universitäten und die Technische Hochschule wohl gleichmäßig empfinden für die Art und Weise, wie sie vom badischen Lande geholt werden. Wir dürfen wohl sagen, daß kein Land Anspruch hat auf den Ruhm einer größeren Vorrichtung der Fragen wissenschaftlicher u. künstlerischer Entwicklung, wie es Baden hat, und schon die hohen Ziffern, welche in dem Budget des Landes alljährlich erscheinen, um die Aufgaben zu lösen, die sich auf diesem Gebiete ergeben, schon das beweist, mit welcher Energie diese edelste Aufgabe des Kulturstaates gerade von Baden erfüllt wird. Wir wissen ja sehr gut, daß das eine schwere Last zum Teil ist für das Land und seine Finanzen, es ist eine Art von Servitut, die dem badischen Staat auferlegt ist durch die Geschichte; aber nicht bloß durch die Geschichte, sondern durch die eigene Gesinnung, durch die Ueberzeugung, daß zu den ersten Pflichten eines Kulturstaates eben die Förderung von Wissenschaft und Kunst gehört. Deshalb sind wir, die wir die Ehre haben, für diese Aufgaben in diesem Lande zu wirken, der Großh. Regierung für ihre verständnisvolle und immerdar entgegenkommende Förderung unserer wissenschaftlichen Interessen auf das Tiefste verbunden. Wir sind aber ebenso auch den Städten, wir sind den beiden Hohen Kammern für die Art und Weise, in welcher sie beide die Anforderungen der Regierung auch in dieser Beziehung jetzt wie immer so zu sagen ohne Murren bewilligt haben, so schwer sie auch auf die Finanzen fallen, ebenso dankbar.

Ich spreche diesen Dank auch für die Art, wie die Fragen des Hochschulbudgets in diesem Jahre in dem anderen hohen Hause behandelt worden sind. Und ich darf wohl zuletzt noch den wirklich tief empfundenen Dank für die verständnisvolle und für die anerkennungsvolle Art und Weise ausdrücken, mit welcher Ihr Herr Berichterstatter die Hochschulen des Landes soeben in seinem Schlusswort geehrt hat.

Wenn ich zu den einzelnen Punkten nun übergehen darf, so ist in der Tat, glaube ich, die Gefahr oder die Furcht vor der Gefahr, daß wir eine vierte Hochschule bekommen sollten, wohl nicht eigentlich vorhanden. Wie sich die Dinge abgepielt haben, so ist zu erwarten, daß es mit der großen kommunalen Einrichtung, welche die Mannheimer Handelshochschule sein wird, im wesentlichen sein Werden haben wird, daß die Zuschüsse, welche vom Staat vielleicht gewährt oder erwartet werden, in mäßigen Grenzen bleiben. An sich ist die Einrichtung dieser Hochschule eine ganz außerordentlich wertvolle für den badischen, für den süddeutschen Handelsstand, und das ist auch der Grund, weshalb die Dozenten der Heidelberger Universität sich gerne bereit erklärt haben, namentlich im Anfang, um der Sache so zu sagen in den Sattel zu verheissen, mit ihrer Lehrtätigkeit gelegentlich, soweit es möglich war, beizufpringen. In der Tat ist das von dem Standpunkt der Universität aus etwas, was hinein gehört in die allgemeineren Aufgaben der sogenannten University extension, der Pflicht, welche die Universitäten haben, ihr Lehrvermögen nicht zu beschränken auf die eigentliche amtliche Wirksamkeit, auf die Studierenden, sondern dem Bildungsbedürfnis weiterer Kreise mit Bereitwilligkeit entgegen zu kommen.

Diesem Zwecke dienen dann ja auch zum Teil jene Fortbildungskurse, von denen der Herr Berichterstatter eben noch gesprochen hat, und ich möchte bei dieser Gelegenheit noch kurz darauf aufmerksam machen, was in einer unserer letzten Sitzungen von dem Herrn Präsidenten Dörner schon hervorgehoben worden ist, daß es derartige Fortbildungskurse für die jungen Juristen und Verwaltungsbeamten im Einvernehmen mit dem Großen Ministerium des Innern gibt, welche mein Kollege von der Heidelberger Universität, Herr Geh. Hofrat Gothein, eingerichtet hat, die im vorigen Jahre die Instruktionsreise in das rheinische Land gemacht haben und die in diesem Jahre noch systematischer und vollständiger ausgebaut werden sollen. Das ist nicht bloß eine Teilnahme an Reputationskursen, wie sie sonst solche Fortbildungskurse im wesentlichen darstellen, sondern es ist das eine eigens systematisch zusammengesezte Betätigung. Die Teilnehmer daran haben zuerst einen Vorbereitungskurs 3 Wochen ungefähr durchzumachen, Vorträge darüber zu hören und sich selber dann arbeitend in die Sache einzuführen; sie machen dann mit einander unter Führung des Dozenten eine Instruktionsreise, 14 Tage bis 3 Wochen, und bekommen dann jeder eine Arbeit auf, die sie nachher als das Ergebnis ihrer Anstruktion eingzureichen haben. Das gibt eine systematisch gedachte Einführung in bestimmte Kreise des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens. Diesmal wird sich z. B. die betreffende Reise nach Berlin richten zum Studium der dortigen kommunalen Einrichtungen. Ich möchte darauf noch ganz besonders aufmerksam gemacht haben, weil ich diese Einrichtung in der Tat für eine außerordentlich segensreiche erachte.

Wenn wir dann den näheren Verhältnissen der Hochschulen selbst näher treten, so kann ich allerdings nicht unterlassen, auf einen Punkt aufmerksam zu machen, welcher auch noch in einem anderen Zusammenhang das hohe Haus vielleicht zu beschäftigen hat.

Es ist in den Berichten der Großen Regierung und auch in dem unseres Herrn Berichterstatters ausdrücklich hervorgehoben, daß die unvermeidliche Erhöhung der Anforderungen für das Hochschulwesen, die ja ziemlich beträchtlich ist, im wesentlichen auf sachliche Anforderungen zurückgeht und keine persönlichen betrifft. Es darf dem gegenüber aber nicht verschwiegen werden, daß in der Tat die finanziellen Verhältnisse der Hochschullehrer in Baden verhältnismäßig sehr wenig glückliche sind, sehr wenig glücklich in zwei Hinsichten. Einerseits darin, daß eine gesetzliche Regelung der Erhöhung der mündigen Gehälter nicht besteht, andererseits zweitens noch viel wichtiger darin, daß die Pensionsverhältnisse außerordentlich viel ungünstlicher liegen als in allen anderen deutschen Staaten. Es ist das ja in den Motiven zum Beamtengesetz schon hervorgehoben worden von Seiten der Großen Regierung, und es wird Gelegenheit sein, später darauf zurück zu kommen. Ich möchte nur an dieser Stelle das kurz betont haben, daß hier Verhältnisse vorliegen, denen, wenn überhaupt die ganzen Besoldungsverhältnisse der Beamten in Frage kommen, ganz besonders genau nochmals ins Auge gesehen werden muß.

Wenn ich das so pessimistisch darstelle, so werden Sie mich vielleicht fragen: ja, wenn die Sache so schlecht steht, wie kommt es, daß es der Großen Regierung immer noch gelingt, durch die Berufungen in einer Weise für die Universitäten zu sorgen, welche sich als vollständig geeignet erweist, ihre Lehrtätigkeit auf der Höhe zu erhalten.

Da möchte ich denn noch eines hinzufügen. Es sind nicht allein Gehalts- und finanzielle Verhältnisse, die jemand bewegen, den Ruf einer Universität anzunehmen, hier handelt es sich auch noch um andere Dinge: es kommen dabei Imponderabilien in Betracht, und die können bei diesen Berufungsangelegenheiten — wenn Sie den paradoxen Ausdruck gestatten — sehr schwerwiegende Imponderabilien sein. Das ist in erster Linie das „akademische Klima“, wie ich es nennen möchte, und dieses Klima ist nirgends so gut wie an den badischen Hochschulen, es ist eine Reinheit der akademischen Luft, eine Freiheit des Wirkens in jeder Hinsicht, die eben das höchste Gut der badischen Hochschulen tatsächlich ausmacht; diese Freiheit des Forschens und Lehrens und Lernens, die dadurch aufrecht erhalten wird, daß alle störenden Einflüsse anderer Interessen aus der ganzen Betätigung des akademischen Lebens soviel wie möglich fern gehalten werden, bringt es eben herbei, daß das Leben an den badischen Hochschulen das begehrteste in dem Umkreise des deutschen akademischen Lebens überhaupt ist. Möge dieses Verhältnis niemals gestört und aufgehoben werden! Es wäre das das schlimmste, was den badischen Hochschulen geschehen könnte. Es versteht sich von selbst, daß gerade von diesem Standpunkt aus wir auf den Hochschulen mit besonderer Gemüthung es festgestellt haben, daß dieses Prinzip der Freiheit der Forschung und der Lehre auch in dem anderen hohen Hause mit so außerordentlicher Energie hervorgehoben werden ist, wie heute nun wieder von unserem verehrten Herrn Berichterstatter. Es ist dort von allen Seiten die Freiheit der Wissenschaft in der hervorragenden Weise begrüßt worden, wenn auch die verschiedenen Redner die „Freiheit, die ich meine“, vielleicht nicht immer ganz in demselben Sinn aufgefaßt haben möchten.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit noch auf einen anderen Punkt aufmerksam machen. Es ist in dem andern hohen Hause auch davon gesprochen worden, daß in der neuesten Zeit sich eine Bewegung in den Hochschulkreisen geltend macht und daß diese in dem Salzburger

Hochschullehrertage ihren Ausdruck gefunden hat, daß eine Art von Professorenvereinschaft dort in der Bildung begriffen sei. Wenigstens ein Wort darüber mögen Sie mir noch gestatten.

Es ist hier und da aufgefallen, daß an diesem Salzburger Hochschullehrertage die badischen Hochschulen so wenig oder vielleicht gar nicht — ich habe die Liste niemals gesehen — jedenfalls nicht in einer hervorragenderen Weise vertreten waren. Ich glaube, das ist sehr einfach zu erklären. Das, worum es sich bei dem Salzburger Hochschullehrertage gehandelt hat, was da wenigstens in den Resolutionen zu Tage getreten ist, das waren Selbstverständlichkeiten, die eben für uns in Baden Selbstverständlichkeiten sind: daß die Neuweisung der Professuren nur nach dem Maße wissenschaftlicher Tüchtigkeit und nicht nach anderen Gesichtspunkten hin erfolgen sollte, und was solche Formalisierungen dort sonst noch gewesen sind. Wenn diese Güter anderwärts mehr bedroht sind als in Baden, so werden wir ja gewiß, wir badischen Hochschullehrer, wenn es irgendwie zu einer praktischen Bewegung in dieser Hinsicht führen sollte, was ich bisher noch ganz dahingestellt sein lasse, unser Miteintreten niemals verjagen. Fürs erste aber, glaube ich, hatten die badischen Hochschulen am wenigsten Veranlassung, dasjenige mit Empörung zu behaupten, was sie glücklicherweise genießen.

Von den allgemeineren Fragen ist dann in dem Bericht der Budgetkommission die sogenannte Assistentenfrage in Betracht gezogen worden. Die Assistentenfrage hat zwei Seiten; einerseits den Wunsch, die Assistenten an den Hochschulinstitutionen in ihrer Besoldung zu erhöhen. Vor der großen Flut der wirtschaftlichen Bewegung und Geldentwertung sind die Gehaltsätze durchschnittlich auf ungefähr 1200 M. normiert worden. Daß diese vorläufige Bezahlung für die Assistenten nicht ausreicht, versteht sich ja von selbst, und es ist mit Dank anzuerkennen, daß die Groß-Regierung zugesagt hat, in dem Nachtragsetat einen Posten für die Erhöhung dieser Assistentengehälter einzufügen.

Eine andere Sache ist die zweite Seite der Frage: das ist die Frage eines geregelten Aufrückens im Gehalt, welches zum Teil von den Assistenten gewünscht wird. Hier liegen aber die Verhältnisse nicht so einfach und nicht so eindeutig, daß hier eine generelle Regelung sich zu empfehlen scheint. An den naturwissenschaftlichen und an den theoretischen Instituten der medizinischen Fakultät wird es immerhin wünschenswert sein, daß ältere Assistenten, eingelebt, eingewöhnt in die Lehrtätigkeit der Assistenten, eingelebt, eingewöhnt in die Lehrweise des Instituts einen Teil der Arbeit dem Hauptleiter abzunehmen im Stande sind. Hier wird man dauerndere Stellen wünschenswert finden. Die klinischen Institute der medizinischen Fakultät dagegen wünschen eher nur einen Oberarzt, der in dauernder Stellung sich befindet, und daneben mehr eine fluktuierende Bewegung unter den übrigen Assistenten. Die Verhältnisse liegen hier eben anders, und deshalb kann auch hier der Standpunkt des Berichts als durchaus richtig anerkannt werden, daß nämlich hier von Fall zu Fall in den verschiedenen einzelnen Verhältnissen so vorgegangen wird, daß in dem Überflusse eine der Verfügung des betreffenden Leiters des Instituts zugängliche Dotation vorgesehen wird.

Von den allgemeineren Fragen ist dann noch diejenige in Betracht zu ziehen, in deren Besprechung ich eigentlich nicht ganz gern eintrete, die Wünsche, welche an der Technischen Hochschule bestehen, auch bei ihnen dem mathematischen und dem physikalischen Unterricht eine größere Breite der Wirksamkeit zu geben. Wir haben diese Frage

schon vor zwei Jahren in diesem hohen Hause zu besprechen gehabt, als der Wunsch vorlag, daß es den Studierenden der Technischen Hochschule ermöglicht werden sollte, die ganzen Semester ihrer mathematischen und naturwissenschaftlichen Vorbildung, wenn sie Lehrer der Mathematik oder der Naturwissenschaften an Mittelschulen werden wollen, an der Technischen Hochschule zubringen dürfen. Bis hier wird im allgemeinen vorausgesetzt, daß die zukünftigen Mittelschullehrer an den Universitäten ihre Bildung empfangen und ist nur für gewisse Fächer zugestanden — in diesem Falle für die Mathematik und die Naturwissenschaften — daß drei Semester an anderen Hochschulen, in diesem Falle also an der Technischen Hochschule zugebracht werden dürfen. Ich habe mich damals über diese Frage ziemlich ausführlich geäußert und darf heute wohl darauf zurückgreifen. Ich habe namentlich die Homogenität der Ausbildung des Lehrerstandes als den Hauptgesichtspunkt ins Feld geführt, der gegen die geplante Aenderung zu nennen sei. Heute handelt es sich noch um einen anderen Wunsch, der mehr im Hintergrund lag und den man wohl kommen sah bei jener ersten Motion, nämlich, daß die Vertreter der Mathematik und Physik in der allgemeinen Abteilung der Technischen Hochschule das Recht zu erwerben wünschen, den Dokortitel eben so zu erteilen, wie die Fachabteilungen an der Technischen Hochschule. — Ich halte diesen Vorschlag für außerordentlich bedenklich, und wenn ich ihm entgegenrete, so tue ich das nicht eigentlich etwa im Interesse der Universitätseinrichtungen, die in diesem Falle in einer Art von Konkurrenz mit der Technischen Hochschule ständen, sondern aus allgemeineren Rücksichten, und ich glaube, in gewissem Sinne auch mit Rücksicht auf die Technische Hochschule selbst. Ich begreife es ja vollständig, daß die Vertreter der Mathematik und der Physik in der allgemeinen Abteilung der Technischen Hochschule es peinlich empfinden, wenn ihre Kollegen in den Fachabteilungen ihre Schüler bis an einen abschließenden Punkt, bis zu einer Prüfung auf Grund deren der Dokortitel ihnen erteilt wird, führen dürfen, ihnen selbst aber dies verweigert ist, während sie doch das Zeug dazu haben und vor allem wissen, daß sie dazu ebenso das Zeug haben wie ihre Kollegen an den Universitäten. Das verstehe ich persönlich vollständig, aber hier handelt es sich um eine sachliche Frage.

Die Mathematik und Naturwissenschaft und die Physik ist in der allgemeinen Abteilung des Polytechnikums von vornherein überall geschaffen worden als eine Vorbereitungswissenschaft, ein Vorbereitungsunterricht für die eigentlichen technischen Fächer, in denen der Lehrzweck der Technischen Hochschule doch wesentlich besteht. Eine Schule in theoretischer Physik und Mathematik als solcher wollte man an der Technischen Hochschule nicht gründen, aus dem einfachen Grunde: diese Schulen für die theoretische Physik und für die Mathematik als solche, die haben wir in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten. Hier noch nun gar in Baden eine dritte mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät zu gründen — denn das wäre die Konsequenz in der Durchführung dieses Vorschlags — das können die Finanzen des badischen Staats soweit ich sehe, nicht tragen, und vor allem — dazu liegt gar kein Grund vor! Wir haben in unserem Hochschulwesen derart zu sparen, daß wir, wenn wir etwas einmal leisten und damit vollkommen dem Bedürfnis entsprechen, sachlich es nicht noch einmal, nicht zweimal zu leisten brauchen. Deshalb glaube ich, daß diese Schaffung einer mathematisch-physikalischen Schule, die bisher an den Universitäten besteht, auch an der Technischen Hochschule etwas Unnötiges, Entbehrliches und

deshalb etwas Mächtigere ist. Aber es wäre außerdem noch weiter nur der Anfang, es wäre ein Schritt, dem notwendig andere Schritte folgen müssen. Ueberlegen wir folgendes, Durchlauchtigste, Hochgeehrte Herren: Die allgemeine Abteilung der Technischen Hochschule hat auch noch einen Historiker, sie hat eventuell einen Kunsthistoriker, eventuell einen Philosophen u. s. f. Ja, was aber den Vertretern der Mathematik und Physik recht ist, wird diesen anderen Mitgliedern der allgemeinen Abteilung billig sein. Auch sie werden sagen, wir haben ja auch das Zeug, wozu sollen wir nicht auch eine Schule gründen, warum sollen wir nicht auch unsere Schüler bis an die letzte Stufe ihrer Ausbildung führen, ihnen nicht auch den Doktor schließend geben, und einer solchen Forderung wird man, wenn man hinsichtlich der Mathematik und der Physik nachgegeben hat, niemals widersprechen können. Das liegt in der Natur der Sache, ist die gerechte und die logische Konsequenz, dann kommen wir zu einem Dr. ing. der Philosophie, einem Dr. ing. der Geschichte, der Kunstgeschichte u. s. f., mit anderen Worten, dann erleben wir an der allgemeinen Abteilung der Technischen Hochschule successive denselben Prozeß, den wir an den Universitäten in einer jahrhundertelangen Entwicklung bei der Ausbildung der facultas artium gefunden haben, die ursprünglich auch die dienende, die untere Fakultät der Vorbereitungs- und Hilfswissenschaften für die drei „oberen“ Fakultäten gewesen ist. Sie hat sich allmählich heraus entwickelt zu einer selbständigen Eigenwirksamkeit und ist auf diese Weise nun eben unsere heutige philosophische oder die geteilte philosophische und mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät geworden; aber da haben wir eben diese naturwissenschaftlich-mathematische Fakultät an den Universitäten; soll diese facultas artium an der Technischen Hochschule in dieser Weise noch einmal geschaffen werden? Das erscheint mir als unnötig, überflüssig, und auch schädlich; schädlich deshalb, weil eine wirklich fruchtbare gegenseitige Hilfe und Ergänzung zwischen den verschiedenen Hochschularten wie aller Schularten überhaupt nur möglich ist durch ihre vollkommene Scheidung. Wir haben auf dem Gebiete der Mittelschulen in der Entwicklung der letzten Jahrzehnte erreicht, daß bei voller Anerkennung der Ranggleichheit den einzelnen eben ihre Stellung durch die genaue Unterscheidung von den anderen gewonnen wird, und ich glaube, es ist keine Beeinträchtigung der vollen Ranggleichheit zwischen der Technischen Hochschule und den Universitäten, wenn die Grenzen ihrer Lehrwirksamkeit vollkommen inne gehalten werden, und wenn deshalb bei der Behandlung der Frage des Unterrichts an der Technischen Hochschule immer im Auge behalten wird, daß ihr letzter Zweck, ihr eigentlicher Sinn die wissenschaftliche Ausbildung der Techniker ist, und daß deshalb die allgemeine Abteilung nur die Hilfsarbeit dazu leistet und nicht eine in sich selbst abgeschlossene Schulbildung zu ihrem Zweck und zu ihrer Aufgabe hat.

So sehr ich also bedauere, wenn in dieser Beziehung irgend wie ein gegensätzliches Verhältnis von Universität und Technischer Hochschule als Schein entstehen sollte, muß ich doch dieser meiner Meinung, die eben von diesem Gegensatz vollständig unabhängig ist, Ausdruck geben.

Was dann die Fragen, die speziell die Heilanstalt der Universität berühren, anbelangt, so möchte ich zunächst über die Heilanstalt ein Wort der Bitte sprechen, der dringenden Bitte an die Großh. Regierung, dieser Anstalt, wie bisher, auch weiterhin, aber in steigendem Maße ihre Fürsorge zuteil werden zu lassen, und an das Hohe Haus, die Großh. Regierung darin jetzt und in Zukunft zu unterstützen. Es ist eine außer-

ordentlich segensreiche Anstalt, unter dem Protektorat Ihrer Königlichen Hoheit der Frau Großherzogin Luise gegründet, von Stadt und Kreis als eine Quelle reichen Segens von Anfang an begründet und heute noch geschätzt. Begründet ist die Anstalt wesentlich durch private Wohltätigkeit, und diese private Wohltätigkeit, die sich in einer zum Teil großartigen Weise betätigt hat, hat das Institut geschaffen, ohne es aber auf die Dauer erhalten zu können. Es ist einmal vor ein paar Jahren ein Basar veranstaltet worden, der die stattliche Summe von 44 000 Mark zugunsten der Heilanstalt ergeben hat. Das kann man aber in einer Stadt von der Größe Heidelbergs alle 2 bis 3 Jahre nicht riskieren, das geht nicht, und nun ist in dem Zustand des Instituts der traurige Fall eingetreten, daß es mit einem starken Defizit, jetzt mit einem Defizit von beinahe 20—25 000 M. arbeitet. Die Hoffnungen, die auf die Unterstützung von Seiten des Staates gehegt werden, beruhen im wesentlichen darauf, daß die Anstalt übernommen werde als die Stätte, an welcher die jungen Mediziner die Kinderheilpflege zu erlernen haben; und der Leiter des Unternehmens ist jetzt schon der Professor für Kinderheilpflege. Damit ist das Institut nicht Staatsinstitut geworden, nicht aufgenommen worden in den Bestand der Universität; aber vielleicht wird das doch das Ziel sein, auf welches die Entwicklung hinführt, deshalb hinführt, weil — und das ist im psychologischen Sinne wohl begrifflich — die private Wohltätigkeit um so schwächer zu wirken anfängt, je mehr sie merkt, hier ist ein Interesse des Staates, das dieser nun eigentlich selber tragen sollte. Und in der Tat ist hier ein Interesse des Staates vorhanden. Die jungen Mediziner müssen die Kinderklinik hören, wenn sie auch noch nicht in dem Examen vorkommt, und wenn der Staat eine Kinderklinik auch nur in dem bescheidensten Maße neu schaffen sollte, würde er viel tiefer in seinen Säckel greifen müssen, als jetzt, wenn er die bestehende Anstalt in vollem Maße unterstützt. Es ist sehr dankbar anzuerkennen und anerkannt, daß der Staatszuschuß schon von 4000 M. auf 10 000 M. jetzt erhöht worden ist; aber ich muß der Großh. Regierung die innige Bitte vortragen, hier auch noch später weiter fördernd einzugreifen. Es ist in neuester Zeit, wie ich höre, in einer engeren Beratung eine Reihe von Maßregeln besprochen worden, durch welche man die finanzielle Not des Instituts sonst noch zu lindern hofft. Darunter ist eine, bei der ich sehr zweifelhaft bin, wie ihre Wirkung sein wird, das ist die Heraussetzung der Gebühren des Tarifs, eine Erhöhung um 50 Prozent, von 1,20 M. auf 1,80 M. Ich halte das für eine sehr zweischneidige Maßregel. Je mehr die Pflegekosten erhöht werden, um so mehr verringert sich die Zahl derjenigen Eltern, welche es noch erschwingen können, ihre Kinder der Heil- und Pflegeanstalt zu übergeben, und so könnte es leicht kommen, daß die Maßregel den gewünschten finanziellen Erfolg nicht hätte.

Neben der Heilanstalt möchte ich aber der Großh. Regierung noch ganz besonders ein anderes unserer medizinischen Institute ans Herz legen, das ist die Heilberger Laubstummenanstalt. In dieser ist durch die Initiative ihres Leiters, Herrn Professors Rummel, ein eigenartiges Neues geschaffen worden, nämlich eine Scheidung zwischen den eigentlich Laubstummen und denjenigen, welche noch einen kleinen Hörrest behalten haben. Wenn diese letzteren den Laubstummeninstituten — wie es früher geschah und gewöhnlich geschieht — übergeben werden, verkümmert dieser Rest ihrer Anlage und sie machen genau denselben Entwicklungsgang durch, wie die vollkommenen Laubstummen. Wenn sie dagegen allein mit der Benutzung, mit der sachverständigen, syste-

matijchen Ausbildung dieses, wenn auch noch so kleinen und schwachen Hörrestes erzogen werden, machen sie erfreulich schnellere und bessere Fortschritte, als die vollkommenen Taubstummen. Das hat die Heidelberger Anstalt bereits erfahren und bewährt, und ich möchte deshalb angeichts des sehr wenig erfreulichen, sehr kümmerlichen Zustandes, in welchem sich die äußeren Verhältnisse dieser Anstalt befinden, bitten, daß die Großh. Regierung auch hier ihr gütiges Interesse und Wohlwollen, ihre praktische Hilfeleistung eintreten lassen möchte.

• Von den sonstigen Einzelpunkten möchte ich nur noch, was das Kreisinstitut anlangt, hinzufügen, daß ich mich vor zwei Jahren bereits ausführlich darüber geäußert habe und hier nur mich den Wünschen der Budgetkommissionen beider Hohen Häuser anschließen kann, daß der besseren Uebersicht wegen die ökonomischen Verhältnisse dieses Instituts durch Abhebung von Einnahmen und Ausgaben aus den betreffenden Paragraphen des Voranschlags des akademischen Krankenhauses zu gesonderter Darstellung künftig gelangen möchten.

Herr Hofrat Dr. Richard Schmidt: Durchlauchtigste, Hochgeehrte Herren! Ich bin gewiß, bei dem Hohen Hause vollem Verständnis zu begegnen, wenn ich, ungleich meinem Herrn Vorredner, die ersten Worte dankbaren Gedankens nicht den Herren Vertretern der Großh. Regierung, nicht den beiden Hohen Ständekammern widme, sondern den Manen meines vereinigten Freundes, an dessen Stelle das Vertrauen meiner Kollegen mich hierher gesendet hat. Ich habe es ja vor allem dem pflichttreuen, nimmer müden Wirken, das Gustav Rümelin 1 1/2 Jahrzehnte hier entfaltet hat, zu danken, wenn ich diese Stellung so geebnet vorfinde, daß ich sie ohne Zaghaftigkeit übernehmen konnte. Sein männliches, zuverlässiges, feines Wesen hat — das darf ich als Tatsache feststellen — der Freiburger Hochschule hier einen geistigen Kredit geschaffen, wie er ihr in diesem Maße früher nicht eigen war.

Daß ich über solchen Betrachtungen nicht das vergesse, was die Großh. Regierung in demselben Zeitraum für unsere Hochschule getan hat, versteht sich von selbst. Gustav Rümelin hat es sich im Verhältnis zu den Kollegen besonders angelegen sein lassen, die Empfindungen des persönlichen Vertrauens zu unserer Unterrichtsverwaltung immer aufs sorgfältigste zu pflegen. Mit vollem Bewußtsein würdigt heute jeder, wie unsere Unterrichtsverwaltung dem Wechselwirken zwischen der staatlichen Zentralverwaltung und der akademischen Selbstverwaltung Raum gibt. Wir wissen alle und, ich darf sagen, genießen es, wie die Herren Vertreter unserer Regierung bei allem Wartenlassen eines kräftigen eigenen Willens, bei Vermeidung aller Nachgiebigkeit gegen übertriebene subjektive Wünsche, einer Nachgiebigkeit, die wir selbst im Interesse der korporativen Selbstzucht gar nicht wünschen können, doch immer den verschiedenartigen Bedürfnissen der Fakultäten, der Institute, der einzelnen Personen Rechnung zu tragen weiß, in einer Art, die ebenso von verfassungsmäßigem Geiste, wie von Verständnis für den innersten Kern des akademischen Wesens Zeugnis ablegt. In der Tat ist ja in unserem akademischen Leben die freie Entfaltung der individuellen Kräfte das Beste, was wir erstreben müssen. Darin liegt das, was den Lehrer- und den Gelehrtenberuf verbindet mit dem des Künstlers. Nur wissen wir auch, daß gerade der Herr Ministerialreferent derjenige ist, der dieser künstlerischen Seite auch viele Sorgen und Nöte zu danken hat, wie der Intendant einer großen Bühne, wenn er mit seinen Künstlern zu arbeiten hat (Geheimerat Dr.

Bürklin: „sehr richtig!“ Ich begegne ja hier bei unserem Herrn Budgetreferenten selbst voller Erfahrung und vollem Verständnis. Wenn nun unser Herr Referent hier trotzdem immer den rechten Ton zu finden weiß, so können wir ihm das nicht genug danken. Wir danken es ihm vor allem, daß er sich hier vor einem Versallen in skeptischen Pessimismus bewahrt, daß er stets sich bewußt ist, wie die unverkennbare Schattenseite eben hier nur die Rehrseite von Vorzügen ist. Könnten wir doch wünschen, daß dieselbe Auffassung überall die deutschen Unterrichtsverwaltungen beherrsche, dann würde der Salzburger Hochschullehrertag, über den ich dem, was Herr Kollege Windelband ausgeführt hat, nichts hinzuzufügen habe, in der Tat unnötig sein.

In voller Wirkung haben wir diese ganze Art der Unterrichtsverwaltung begriffen können in dem, was für uns das Wichtigste ist, in der langen Reihe glänzender Neuberufungen, die in den letzten Jahren an unserer Hochschule vollzogen worden sind. Besser, als die hohe Frequenzziffern, bringen diese Tatsachen zum Ausdruck, wie die Freiburger Hochschule sich in ihrem Verhältnis zu den übrigen deutschen Schwesteruniversitäten gewandelt hat, wie sie hier jetzt die Konkurrenz aufnehmen darf mit anderen bedeutenden Anstalten des Unterrichts, mit denen sie nicht früher rivalisieren hoffen durfte, wie sie jetzt von Tübingen, von Straßburg, von Würzburg Berufungen erhalten hat, sowie auch imstande gewesen ist, diesen und anderen Hochschulen gegenüber, ja lehtin sogar in einem Falle Berlin gegenüber ausgezeichnete Lehrkräfte sich zu erhalten. Das sind hochehrwürdige Erscheinungen, die die Arbeitsfreudigkeit eines Zeden an unserer Hochschule stählen wird, und gerade auf diesem Gebiet ist es zweifellos, daß wir den Erfolg in erster Linie dem entgegenkommenden, verständnisvollen, gewinnenden Wesen der Herren Vertreter unserer Regierung zu danken haben. Freilich darf ich auch nicht verschweigen, daß auch die Großh. Regierung ein gleiches Vertrauen den akademischen Korporationen selbst entgegenzubringen Anlaß hat. Wenn auch diesmal wieder in dem anderen Hohen Hause, freilich in überaus maßvoller Weise und fast nur gelegentlich geäußert worden ist, daß bei den Vorschlägen für die Neuberufungen wohl auch persönliche Rücksichten mit obwalteten, die nicht ganz sachlich zu billigen seien, so darf ich füglich sagen, daß wir uns in Freiburg, wie ja auch an den beiden anderen Hochschulen, von diesen Rücksichten ganz frei fühlen. Wir suchen immer den Besten zu bekommen, den wir haben können; eine andere Rücksicht kennen wir nicht, wenn auch natürlich dabei nicht ausgeschlossen werden kann, daß zufällige persönliche Bekanntschaften, persönliche Ueberzeugungen hier unwillkürlich ihre Rolle spielen. Damit erledigte sich von vornherein auch der Vorwurf als ob etwa, wie gesagt worden ist, die badischen Landesfinder bei Berufungen zu kurz kämen. Das ist so wenig richtig, da wir gerade unter den hervorragendsten Gelehrtenerscheinungen Freiburgs die wir kürzlich in unserem Kreis, in den Kreis meiner eigenen Fakultät begrüßen durften, ein echtes Mannheimer Kind aufnehmen konnten, und wir sind gerade auf diese Erwerbung besonders stolz!

So ist mir denn durch diese ganze Entwicklung heute die peinliche Notwendigkeit erspart, auf Klagen zurückzukommen, die hier in früheren Jahren wohl stänbig waren, die aber auch im Munde meines verstorbenen Freundes Rümelin längst verstummt waren, Klagen darüber, daß wir gegenüber unserer Schwesteruniversität Heidelberg nicht das volle rege Interesse der Regierung zu finden in der Lage seien. Mit besonderer Genugthuung konstatiere ich, daß die gewissen Ungleichheiten, die von

früher her noch bestehen, mehr und mehr im Schwinden sind. Wir hoffen auch von der Zukunft ein allmähliches Zurückgehen dieser Verschiedenheiten wie vor allem der Ungleichheit der Gehälter, die zweifellos noch in großem Umfang noch besteht, der Ungleichheit der Dotation unserer Universitätsbibliothek, die für uns noch einen empfindlichen Mangel bedeutet, wenn sie uns auch heute nicht besonders zu beschäftigen hat. Für jetzt darf ich mich hier des vertrauensvollen, freundschaftlichen Verhältnisses freuen, das uns mit Heidelberg verbindet und für das mein verehrter Herr Vorredner, mein Herr Nachbar zur Rechten, ein so schönes Zeugnis zu Beginn unserer diesjährigen Saison abgelegt hat durch die verständnisvollen Worte, die er dem Gedächtnis meines Vorgängers gewidmet hat. Ich möchte die Gelegenheit ergreifen, ihm hierfür noch besonders zu danken. Daß unser Verhältnis zur Technischen Hochschule ein gutes ist, ist ja selbstverständlich, liegt in der Natur der Sache. Hier haben wir auch in der älteren Zeit Rivalitäten niemals zu befechten gehabt, und es liegt uns gerade deshalb ganz besonders am Herzen, daß wir auch hier dieses Verhältnis möglichst zu erhalten streben. Auch darin muß ich mich den ershöpften, eingehenden Ausführungen meines Herrn Vorredners anschließen, daß ich der Technischen Hochschule einen Verzicht auf Lieblingswünsche nahelege, wenn dieser Verzicht uns vor Reibungsflächen bewahren kann, die an anderen Stellen erst recht mühsam haben überwunden werden müssen. Wenn ich mir auch selbst ein bindendes Urteil in der Frage nicht zutrauen wollte, ob wir mit Freude die Rechte der Promotion zum Dr.-Ingenieur der Mathematik, Physik und der übrigen Fächer der allgemeinen Abteilung begrüßen dürften oder nicht, so bin ich doch von meinem Kollegen unserer mathematisch-naturwissenschaftlichen Abteilung ermächtigt, es auszusprechen, daß diese es mit derselben Unfreude sehen würden, wie sie bereits von dem Herrn Geheimrat Windelband ausgesprochen wurde. Ich glaube, wir mühen mit der Bitte um dieses Zurücktreten der Technischen Hochschule nichts anderes zu, als was wir uns in anderer Hinsicht selbst auferlegen. Auch bei uns an den Universitäten sind fort und fort manche Elemente tätig, die die Schaffung neuer technischer Lehraufträge — für Eisenbahntechnik usw. — ins Leben zu rufen suchen, aber ich darf erklären, daß die herrschende Strömung gegen diese Erweiterung der Lehraufgaben der Universitäten ist. Und ich glaube, etwas anderes ist es auch nicht, wenn sich die Technische Hochschule auf die angewandten Naturwissenschaften in ihrem Gebiete beschränkt. Man wird es mir nicht als scherzhafte Wendung auslegen, wenn ich sage: mir erscheint dieses Problem ähnlich, wie wir ihm begegnen bei der Frage unserer wissenschaftlichen Frauenemanzipation. Ich bin einmal so konservativ, zu meinen, daß die Erweiterung der Funktion der Frau in das Gebiet des Intellekts hinein sie doch bis zu einem gewissen Grad dem Gebiet untreu macht in dem sie ungemein mehr leistet in den Funktionen des menschlichen Empfindungslebens. Bei dem Verhältnis der Universität und der Technischen Hochschule ist es nicht anders. Auch für das gilt doch nicht nur die freie Konkurrenz, nicht nur der Wettbewerb der Arbeit, sondern auch die wechselseitige Ergänzung, die Arbeitsleistung. Wir haben uns hierbei bis jetzt wohl befunden, und ich möchte dringend zu erwägen bitten, ob wir nicht gut tun, uns bei diesem Verhältnis auch fernerhin zu begnügen.

Glücklicherweise sind ja aber nun alle diese kleinen Meinungsverschiedenheiten nur etwas seltenes. Im allgemeinen wissen wir Hochschulen uns in unseren Bestrebungen durchweg eins, und das betrifft vor allen

Dingen die sachlichen Einzelprobleme, die sie mir gestatten wollen vor Ihnen zu erörtern.

Was das Ordinarium angeht, so sehe auch ich wie mein Herr Vorredner davon ab, auf die für uns natürlich hochwichtige Frage der Professorenbesoldung genauer einzugehen. Ich darf mich begnügen, hier auch nur gelegentlich die Bitte auszusprechen, daß der relativ geringe Betrag, der für Erhöhung der Professorenbesoldungen in dieses Budget eingestellt worden ist, in einem Nachtragsetat noch eine beträchtliche Erhöhung finden möge, speziell mit der besonderen Klausel, auf die ich vorhin schon hindeutete, daß wir hier wenigstens in gewissem Maße eine Ausgleichung unserer durchschnittlich niedrigeren Gehälter gegenüber Heidelberg erhoffen.

Dagegen gehört in diese Erörterungen direkt herein die Frage der Assistentenstellungen, und sie ist in der Tat so schwierig, daß Sie auch mir noch einige Zusatzbemerkungen zu den meines Herrn Vorredners gestatten wollen. Die Schwierigkeit liegt, wie schon betont wurde, darin, daß das, was die Assistenten erstreben, ein doppeltes ist: einmal die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage, andererseits aber die Befestigung und rechtliche Sicherung ihrer Lage. Sie sind darüber mit begreiflicher Erregtheit erfüllt, daß sie, ganz abgesehen von ihrer jederzeitigen Entlassbarkeit, auch gar keine irgendwelche sichere Anwartschaft darauf haben, beim Aufrücken in ältere Dienstjahre eine sozial ausgezeichnete, dem jüngeren, bloßen Lern-Assistenten gegenüber gehobene Stellung zu erhalten. Die Groß-Regierung hat sich nun auf den Standpunkt gestellt, ebenso wie der Herr Referent der Budgetkommission, zu sagen, daß das nicht recht zu ändern sei, daß hier das Interesse der freien Gestaltung der Kliniken und Institute vorgehen müsse, daß es auch gar nicht zu wünschen sei, wenn Assistenten allzulange in ihrem Verufe verharren. Aber ich glaube, so einfach ist die Argumentation in diesem Punkte doch nicht. Schon der ganz normale Durchgangsverlauf der akademischen Karriere bringt eine lange Reihe von Jahren der Assistententätigkeit notwendig mit sich. Nach 2 bis 3 Jahren, die etwa bis zur Habilitation vergehen, ist nach dem neueren Standpunkt unserer Regierung etwa ein Zeitraum von 6 Jahren erforderlich bis ein Privatdozent zu dem Prädikat des außerordentlichen Professors aufrückt. Und dazu kommt nun, daß gelegentlich vakante Ordinariate sehr lange auf sich warten lassen. Wir sind persönlich Fälle bekannt, wo jüngere Gelehrte in der Assistentenstellung so lange verharren, bis sie alt wurden, zwölf, fünfzehn Jahre lang, Gelehrte, die nicht etwa zum akademischen Beruf ungeeignet waren, sondern die dann später doch noch eine hochangesehene akademische Stellung erlangen. Wir sind von Zufällen abhängig. Aber selbst, wenn wir davon absehen, so ist es gar nicht zu leugnen, daß auch die Tätigkeit lang erprobter Assistenten, die nicht den Ehrgeiz des Aufstiegens in Ordinariate haben, etwas sehr heilsames bedeuten kann, wie sich darin vor allem zeigt, daß die Chefs der Institute diesen Herren sehr lebhaft zureden ihre Stellung weiterzuführen. Unser akademischer Unterricht ist bereits so kompliziert geworden, daß wir hier Zwischenstellungen bedürfen, in denen ein Gelehrter sich damit begnügen muß, nur der Unterweiser im Präparierjaal wie im Laboratorium zu sein, während er auf den Ehrgeiz größerer literarischer Produktion und Originalität verzichtet. Eine sehr ernste, rastlose, opfervolle Arbeit wird auch hier geleistet, und die Arbeitsleistung erfordert ein hohes Maß von Entfaltung dieser dauernden Arbeitsgehilfen, die nicht unterschätzt werden darf. So bemerken Sie denn auch, daß keineswegs alle Institutsdirektoren auf dem Standpunkt stehen, eine Tarifierung der Gehälter der Assistenten zurückzuweisen, wie diese sie wün-

schen. Die Mitglieder der mathematisch-naturwissenschaftlichen Abteilung meiner Hochschule haben mit den Assistenten einen solchen Tarif zusammen ausgearbeitet und im Entwurf der Großh. Regierung überreicht.

Ich will mich nun persönlich keineswegs sehr lebhaft für diese Tarifierung einsetzen. Ich bin persönlich, wie ich unumwunden bekenne, auch ein Anhänger der freieren Behandlung, d. h. der Behandlung, bei der die Regelung des Assistentenwesens in erster Linie von dem Leiter des Instituts abhängen soll. Aber wir haben hier nicht mit Idealgestaltungen zu rechnen wie sie nun einmal nicht immer vorhanden sind, sondern mit den Tatsachen, wie sie sich faktisch gestaltet haben und immer gestalten werden. Wir müssen damit rechnen, daß Institutsleiter vorhanden sind, denen eine derartige eingreifende Tätigkeit gar nicht erwünscht ist, die solchen Erörterungen mit den Assistenten aus dem Wege gehen, vielleicht um das Verhältnis ihrer Assistenten untereinander nicht zu stören. Unter diesen Umständen müssen wir also auf irgend welches Surrogat fassen, was in anderer Hinsicht den älteren Assistenten, die in durchaus verdienter Weise diesen Beruf längere Jahre ausüben, ein Präzipuum, eine bessere soziale Position gewährleistet.

Die Großh. Regierung hat nun auch bereits begonnen hier vorzugehen mit der Erteilung von nicht-etatmäßigen Lehraufträgen, und ich glaube, daß hierin ein Ausweg liegen könnte, in dem eine Differenzierung der bloßen Vernauffistenten und der selbständigen Arbeitsgehilfen vollzogen werden könnte. Aber freilich dazu bedürfte es eines sorgfältigen weiteren Ausbaues dieser Art Lehraufträge. Wir hatten bis vor kurzem in Freiburg nur zwei, sie waren recht mäßig dotiert, mit 800 M. im Maximum; diese Remuneration mußte dann in jedem Semester neu beantragt werden, es mußten die Assistenten beim Dean vorstellig werden, der jedesmal einen Antrag von neuem an die Regierung zu stellen gezwungen war. Sie werden mir zugeben, daß das keine sehr würdige Stellung ist für einen Herrn, der sich vielleicht schon dem Vierzig nähert und der sich bewußt ist, in vollem Maße, in fast überreichem Maße seine Pflicht zu tun, und so möchte ich denn unserer Regierung es dringend ans Herz legen, auch hier etwas von der Individualisierung der einzelnen Fälle walten zu lassen, die sie auf anderen Gebieten schon bewährt hat. Gewiß ist auch diese Aufgabe eine mühsame, die Tarifierung wäre viel bequemer, aber es ist sicher eine Aufgabe, die des Schweißes der Edlen sehr wert ist. Wollen Sie, Durchlauchtigste, hochgeehrte Herren, bedenken, daß hier sehr viel von dem sozialen Frieden in der Civitas academia auf dem Spiel steht, daß es darauf ankommt, zwischen den verschiedenen Gruppen des Lehrkörpers ein heilsames Verhältnis herzustellen. Daß meine Herren Kollegen, die selbst Instituts- oder Klinik-Leiter sind, dagegen nichts einzuwenden haben, dessen bin ich sicher; ihnen liegt, davon bin ich überzeugt, das Wohl ihrer Assistenten am nachhaltigsten am Herzen, und sie würden hier mit Auskünften sehr gern die Hand bieten.

Nicht ganz unähnlich liegt die Frage, die in der einen Petition eine Rolle gespielt hat, die Frage der nicht-etatmäßig angestellten Institutsdiener. Auch hier handelt es sich um einen schwierigen Konflikt der Interessen. Ich begreife vollständig die peinliche Lage, in der unsere Großh. Regierung sich hier der Reichsverwaltung gegenüber befindet, wenn sie auf der einen Seite mit Bitten um etatmäßige Anstellung bisher nicht-etatmäßiger Diener bestürmt wird und auf der andern Seite Vorstellungen zugunsten der Zivilanwärter im Gebiet der Reichsmilitärverwaltung abzuwehren hat. Sicher würde ja der Vorwurf leicht

erhoben werden können, daß, wenn die Regierung erst eine Stelle als nicht-etatmäßig ausgeschrieben hat, sie einem Nicht-Militärwärter gegeben hat und sie nach kurzer Zeit in eine etatmäßige umwandelt, dies als eine Art Umgehung der Ansprüche der Militärwärter betrachtet werden könnte. Aber so liegt doch in manchen, in vielen Fällen, die zu dieser Petition den Anlaß gegeben haben, die Sache nicht. Hier handelt es sich um Institutsdienerstellen, in denen eine Frau seit mehr als 20 Jahren, ein Anderer in einem naturwissenschaftlichen Institut 15 Jahre, ein Bibliotheksdiener 12 Jahre in seiner nicht-etatmäßigen Stellung sich befindet. Ich glaube wohl, daß man sagen kann, daß, wenn in solchen Fällen endlich einmal die nicht-etatmäßigen Stellen in etatmäßige umgewandelt werden, wenn damit den Angestellten der Segen der Hinterbliebenenversorgung und der Anwartschaft auf Pension gewährt wird, auch bei stärksten Ansprüchen die Reichsverwaltung keine Einwendung erheben dürfte, und ich darf auch hier die hohe Regierung bitten — natürlich auch hier nur von Fall zu Fall und höchst individualisierend — diesen Interessen allmählich wohlwollende Berücksichtigung angedeihen lassen zu wollen.

Nach diesen Fragen, die die Hauptfragen des Ordinarius sind, will ich auf andere einzelne Punkte deselben, um Sie nicht zu ermüden, nicht weiter Rücksicht nehmen. Ich könnte ja weiter davon sprechen, daß von den Wünschen über die Institutsaverja hier manche nicht befriedigt worden sind. Aber ich weiß recht wohl, daß wir hier unsere Wünsche auch nicht zu hoch spannen dürfen, weil wir bewußt sind, daß wir auf dem Gebiet des außerordentlichen Budgets für diesmal und wohl auch noch für die künftige Budgetperiode sehr starke Begehungen laut werden lassen. Das gilt vor allem für das Werk, das mit dem ferneren Gedeihen unserer Hochschule aufs engste verflochten ist, für den Neubau unseres Kollegienhauses.

Hier hat ein unheilvoller Stern über uns gewaltet. Gerade in dem Augenblick, wo unser phantastischer Baumeister seine Projekte in die Wirklichkeit umzusetzen sich anschickte, wurde er aus dem Leben abgerufen, und das geschah in dem gleichen Augenblick, wo uns das Verhängnis in Geheimrat Rimelin den langjährigen, vollkommen eingearbeiteten Vorsitzenden der Baukommission entriß. Unsere Regierung hat auch hier mit voller Energie eingegriffen und schon nach sehr kurzem Zwischenraum einen andern Herrn mit der Bauleitung beauftragt, über dessen Eintreten wir uns rüchhaltlos freuen dürfen. Aber die ganze Veränderung hat doch hier sehr unliebame Begleitererscheinungen im Gefolge gehabt. In Verbindung mit den Schwierigkeiten des Terrains haben sich solche Verteuerungen der Arbeitslöhne und der Materialpreise herausgestellt, daß schon bei den Vorarbeiten ein Ueberschreiten von nahezu 170 000 M. über den ursprünglichen Ansat zu verzeichnen gewesen ist. Und als nun der neue Plan, der umgearbeitete Plan des Kollegienhauses wieder vor unsere Augen trat, da zeigte sich, wie starke Spuren diese Verschlechterung der ökonomischen Lage an ihm zurückgelassen hat. Der Typus des schönen, formreichen Fürstenschlosses, das Professor Nagel seinem Entwurf zugrunde gelegt hatte, war hier in wesentlich reizvolle, einfachere, nüchternere Formen übergeleitet worden, die an minder vornehme Bauten erinnern. Die Gliederung und Ornamentierung der Geschosse hatte langen einförmigen Reihen von Fenstern vor allen in den Rückfassaden Platz gemacht. Ich bin nun weit davon entfernt, hieraus irgend welche tadelnde Kritik gegen unsern neuen Herrn Baumeister ableiten zu wollen. Der Ruf des Herrn Professor Billing steht durch ganz Deutsch-

land fest — aber in diesen öben Fensterreihen wohnt die Sparfamkeit! (Heiterkeit.) Und so beschleicht uns in der Tat allmählich die Sorge, daß die Ueberschreitungen, die Verteuerungen, dadurch wieder herausgewirtschaftet werden sollen, daß an der Ornamentierung, der dekorativen Ausgestaltung des Hauses, Abstriche gemacht werden. Gewiß ist, das verkennen wir nicht, der jetzige Plan noch nicht maßgebend. Herr Professor Billing hat uns selbst darauf vertröstet, daß er des wirklichen Ausreifens noch harre. Aber darauf kommt es an, daß die Großh. Regierung hier auch unserem Herrn Baumeister volle Freiheit gewähre, diese Pläne ausreifen zu lassen, und diese Bitte möchte ich auf das allerinständigste und dringlichste der Großh. Regierung vortragen. Es ist heute einmal so, daß die äußere Erscheinung einer Anstalt für ihre Würdigung und Schätzung mit ins Gewicht fällt: das ist nicht anders, wie bei den einzelnen Menschen; auch hier heißt es: Kleider machen Leute. Daß wir Freiburger uns in diesem Punkt bisher eine übermäßig große Bescheidenheit auferlegt haben, das wird niemand bestreiten. Es gab einen mir nahestehenden Kollegen, der durchreisenden Besuchern, wenn sie nach der Universität fragten, immer die städtische Oberrealschule zeigte (große Heiterkeit), weil er mit der Wahrheit nicht herausdrücken wollte. Bis jetzt war das ehrwürdige Alter des Gebäudes ein Deckmantel für die Unschönheit, aber Sie werden begreifen, daß gegenüber einem neuen Hause die Maßstäbe ganz andere werden, und da würde es uns sehr traurig stimmen, wenn wir auch hier wieder hinter so opulenten Bauten, die in den letzten Jahren in der Gewerbeschule und auch anderen Schulen errichtet worden sind, äußerlich zurückstehen müßten.

Dabei wird für uns die ganze Frage um deswillen eine besonders — ich darf in diesem Falle wohl sagen — bittere, daß sich in sie ein zweites Problem hereinzieht, das nur in diesem Zusammenhang sein rechtes Licht erhält, die Frage unseres eigenen Universitätsvermögens, unseres Grundstocks. Wir wären ja über alle Sorgen hinaus, wenn wir in der Lage wären, aus unserem eigenen Grundstock einen außerordentlichen Zuschuß in dieser Notlage zu leisten, aber das ist das ganz besonders mißliche, daß wir jetzt das nicht mehr können. Die ganze Verwaltung unseres Grundstocks ist überhaupt eine Tragödie. Viele Millionen hat die Universität hier allmählich für Institute und laufende Bedürfnisse der Unterrichtsverwaltung aus dem Grundstock geopfert; sie hat es gern getan, weil sie damit die Hochschule förderte, weil sie nie verkannt hat, was auch heute wieder den Grundton unserer Verhandlungen bildet, daß der badische Staat mit seinen Hochschulen eine schwere Aufgabe habe. Aber sie hat diese Opfer doch mit vielen peinlichen Stunden erkaufte. Ich kann ihnen kaum schildern, welche unerfreulichen Verhandlungen Etatsperiode auf Etatsperiode den Senat, die Plenarversammlung unserer Universität durchzogen haben. Das alles hat dazu geführt, daß wir gerade jetzt im kritischen Moment arm geworden sind. Wie unsere Lage jetzt ist, können wir selbst überaus schwer übersehen bei der schweren Realisierbarkeit des Vermögens, der unsicheren Veranschlagbarkeit der Einkünfte aus unseren Universitätsliegenschaften. Gerade jetzt hat der Senat eine Kommission niedergesetzt, die einmal einen genauen Stand unserer Bilanz anstreben soll. Aber, wenn wir im einzelnen auch selbst nicht klar sehen, so viel ist sicher, daß beinahe nichts mehr da ist. Es ist schon zweifelhaft, ob wir die 350000 M. voll zuschießen können, die bei der Bauleitung von vornherein mitveranschlagt sind. Etwas mehr werden wir sicherlich nicht leicht leisten können, ja, es verschlechtern sich sogar unsere Verhältnisse durch die ungünstige wirt-

schaftliche Lage noch von Tag zu Tag. So hatten wir uns bis vor kurzem noch der Hoffnung hingegeben, daß auf Befürwortung unseres eigenen Großh. Ministeriums und des Ministeriums des Innern das Finanzministerium unsere Hofgüter in Steinstadt und Weinstetten werde auf das Domänenärar übernehmen können; gerade im Januar dieses Jahres ist uns der Bescheid geworden, daß auch das wegen anderer dringender Aufgaben des Domänenfiskus nicht möglich sei. Und so sind wir nun gezwungen, unter wesentlich ungünstigeren Bedingungen in Kaufsverhandlungen mit den beteiligten Gemeinden einzutreten. Verargen Sie mir dieses Klagegesehmerzen nicht, es ist wirklich ernst gemeint, und ich glaube, ich darf es auch offen aussprechen, daß bei solcher Sachlage der badische Staat die moralische Verpflichtung hat, uns bei diesem schwersten und bedeutungsvollsten Bau unserer Hochschule in ganz außerordentlicher Weise beizuspringen, wenn nicht in diesem Etat, so doch jedenfalls in dem nächsten. Ich glaube kaum, daß die Regierung hier Einwendungen der Ständeversammlung über zu hohe Anforderungen begegnen werde. Sie werden mir, Durchlauchtigste, hochgeehrte Herren, vielleicht darin schon jetzt zustimmen. Jedenfalls würde ich mir pflichtvergessen gegenüber meiner Korporation vorkommen, wenn ich nicht mit allem Nachdruck diese Verpflichtung des badischen Staates — nach allem, was geschehen ist — betonte.

Freilich gibt es nun ein Weiteres, was mir den Vortrag aller dieser Schmerzen besonders erschwert, das ist der Umstand, daß nun auch für den Neubau der einzelnen Institute wir teils schon für diesen Etat, teils für den nächsten, besonders dringliche Bedürfnisse geltend machen müssen. Ich erwähne mit großem Danke nur kurz, daß die Großh. Regierung und das andere Hohe Haus uns zunächst in die Lage versetzt haben, die Nervenabteilung, die psychiatrische Klinik auszubauen, was als Bedingung für die Erhaltung eines unserer feinsten Fachvertreter in Freiburg seinerzeit ihm zugesagt wurde. Wir begrüßen es mit demselben Dank und mit derselben Freude, daß sich der weitere Ausbau des zoologischen Institutes vollziehen kann, der durch die immer noch wachsende Zahl des Schülerkreises unseres ehrwürdigen großen Zoologen nötig wird. Aber ein noch nicht vorgeesehenes Bedürfnis ist erst im Laufe der vergangenen Wochen dadurch hervorgetreten, daß auch der Zustand an unserer Anatomie ein — ich darf wohl sagen — nicht haltbarer geworden ist. Die Anatomie ist angelegt für einen Zuhörerkreis von ungefähr 100, sie umschließt jetzt 300. In den Präparierjalen müssen an den Tischen, die für 4 Studenten bestimmt sind, jetzt 9 Studenten untergebracht werden. Die hygienischen Bedenken, die durch Ueberfüllung des Präparierjals entstehen, können Sie sich danach schon ausmalen. Nicht minder ist es nötig geworden, die Präparanten in Sektionen einzuteilen, während es sonst die Uebung der anatomischen Institute der deutschen Hochschulen mit sich bringt, daß jeder Präparant seinen Platz den ganzen Tag zur freien Verfügung hat. Der einzige vorhandene Hörsaal reicht nicht für das starke Lehrbedürfnis der verschiedenen Dozenten aus; diese beengen sich gegenseitig, und es müssen deshalb die mit vieler Mühe angebrachten Wandzeichnungen, auf die unsere Zuhörer besonderes Gewicht legen, immer sehr rasch wieder entfernt werden, weil der nächste Dozent nachfolgt. Unter diesen Umständen wird es ihnen verständlich sein, wenn hier einmal in unserer Studentenschaft, zunächst im Kreise der medizinischen Hörer, dann allerdings der ganzen Studentenschaft eine gewisse vielleicht etwas überreilte Erregtheit hervorgetreten ist, eine Empfindung, die teils durch das

Gefühl, in ihren eigenen Unterrichtsbedingungen nicht berücksichtigt zu sein, hervorgerufen wurde, ganz besonders aber der sehr herzlichen Beziehung entsprang, die die Hörer mit dem hier ganz besonders beliebten und verdienstvollen Leiter der Anatomie verknüpft, denn das ist eines der Mitglieder unserer Hochschule, das die Schicksale der Freiburger Universität mit am allerlängsten begleitet und durch seine ungemaine Frische, Arbeitsfreudigkeit und Anregungsfähigkeit der Hochschule Unendliches geleistet hat. Wir sind deshalb der Großh. Regierung ganz besonders dankbar, daß sie die Verhältnisse so gewürdigt hat, wie sie gewürdigt werden mußten, daß sie auch bei der Rundgebung der Studenten auf die gute Gesinnung geschaut hat, nicht auf die etwas leidenschaftliche Form ihrer Äußerung, und daß sie uns in Aussicht gestellt hat, in den Nachtragetat einen recht ansehnlichen Betrag für die Durchführung des Erweiterungsbaues der Anatomie noch einzustellen. Ich würde für eine Wiederholung dieser Zusicherung an dieser Stelle der Großh. Regierung sehr dankbar sein.

Gegenüber den großen Anforderungen der medizinischen Fakultät, der reichen Fürsorge, die ihr zuteil wird, kommen ja nun freilich in diesem Etat die anderen Fakultäten etwas geringer weg; wir bescheiden uns auch in vielen Hinsichten dabei. Wenn in dem anderen Hohen Hause es besonders beklagt worden ist, daß nicht die von der theologischen Fakultät erbetenen neuen Ordinariate für christliche Archäologie und für Apologetik eingestellt worden seien, so hat sich hier die Sache dadurch verschoben, daß der bisherige außerordentliche Vertreter der Apologetik in ein anderes Fachordinariat der theologischen Fakultät eingerückt ist, so daß ein dringendes Bedürfnis für seine Persönlichkeit nicht besteht. Die Frage der christlichen Archäologie ist unlösbar verknüpft mit der anderen Professur für Kunstgeschichte, die zunächst noch selbst offen ist.

Ebenso steht meine Fakultät mit dem Wunsche zurück, möglichst bald ein zweites Ordinariat für öffentliches Recht zu besitzen, das mit der Zeit für uns ein dringendes Bedürfnis wird, da den 5 Professuren gegenüber, die mit dem Zivilrecht beschäftigt sind, das ganze positive Staats- und Verwaltungsrecht durch ein Ordinariat sicher nicht genügend repräsentiert ist. Aber wie gesagt, wir lassen diese Wünsche zunächst schweigen, weil ein dringendes Bedürfnis der philosophischen Fakultät nach unser aller unumwundenem Zugeständnis voransteht; das aber kann ich hier nicht mit Stillschweigen übergehen, das ist die von uns sehnlichst erhoffte Begründung einer ordentlichen Professur für neuere Kunstgeschichte. Für die philosophische Fakultät hat die Großherzogliche Regierung nur ein Ordinariat für semitische Philologie eingestellt, ein Zugeständnis, das nicht so sehr hoch angeschlagen werden darf, da hier bereits ein beauftragtes Extraordinariat vorhanden ist, das im wesentlichen nur formell in ein Ordinariat umgewandelt wird. Die seit 10 Jahren immer und immer wieder erbetene Professur für neuere Kunstgeschichte dagegen ist uns wieder nicht zuteil geworden, und dieses Bedürfnis ist so dringend, daß hier schon vor 3 Jahren die Plenarversammlung der Universität — was etwas sehr seltenes ist — den Beschluß gefaßt hat, daß dieses Bedürfnis allen andern vorgehen soll. Freiburg liegt ja in einer von großer, alter Kunst gesättigten Atmosphäre, wie kaum eine andere deutsche Hochschule. Es ist nicht nur der Bau unseres Münsters, sondern eine reiche Kette von Kirchen- und Klosterbauten, Burghäuten und städtischen Profanbauten in dem ganzen Gebiet des Oberrheins zerstreut, die hier ein unschätzbares Anschauungsmaterial für die Unterweisung in der mittel-

alterlichen Architektur bieten. In der bildenden Kunst aber ist ja, wie Sie alle wissen, unser oberrheinisches Land ein wahrer Juwelenstein der deutschen Renaissance. Der köstlichen Kollektion der Holbeins in Basel treten hier aufs wirkungsvollste die Ergänzungen an die Seite, die unser eigener Freiburger Lokalmeister Hans Baldung bietet, ebenso die Galerie von Donaueschingen, andererseits die Kunstschätze von Kolmar, die das anmutigste Wert Schongauers ebenso wie die farbenglühende Schöpfung Grünewalds umschließt. In bequemer Weise wäre durch Exkursionen Frankreich und die Ost-Burgogne, auch vor allem Dijon, mit in den Bereich der Betrachtungen hereinziehen. Für unsere Kunstgeschichte wäre in Basel wie in Karlsruhe eine so überaus schöne abschließende Bekrönung des ganzen Anschauungsmaterials gegeben, das wir hier mit einem selten reichen Kapitale einen Kunsthistoriker arbeiten lassen könnten. Und doch liegt dieses ganze Kapital jetzt jahraus jahrein für den Unterricht brach. Wir erleben es jedes Jahr von neuem, wie Hunderte von jungen Leuten, die zu uns kommen, achtlos an diesen Schätzen vorübergehen. Freilich haben wir eine ganze Anzahl sehr tüchtiger Extraordinarien und Privatdozenten, die in die Lücke treten. Aber auch das liegt einmal in den akademischen Verhältnissen, daß die volle Aufmerksamkeit auf ein Lehrfach für den von auswärts kommenden flüchtigen Besucher der Hochschule nur gelenkt wird auf einen ordentlichen Fachvertreter, der gleichzeitig eine weithin bekannte literarische Autorität repräsentiert. Den haben wir nicht und, wir müssen ihn dringend wünschen; wie jetzt die Sache steht, werden unsere jungen Leute allzu sehr auf die Schönheit der Schwarzwald-Winterlandschaften oder die Frühlingsblüten des Kaiserstuhls hingewiesen. Das ist gewiß mit Freude zu begrüßen im Interesse einer heilsamen, gymnastischen Ausbildung des Körpers. Aber der Sport bleibt nur zu oft seelenlos, es fehlt ihm die höhere Weihe, und das müssen wir ganz besonders wünschen, daß unsere studierende Jugend nicht in das bloße Kraftmenschen- und Klopffechtertum hineingeführt wird, das uns vom Ausland zukommt, daß vielmehr auch hier ein Mittelglied zwischen den Stunden der Erholung und körperlichen Übung und des eigentlichen Fachstudiums durch die Sammlung in ästhetischen, literarischen und kunsthistorischen Studien geboten wird. Freilich hat unsere Regierung auch das in ihrer Fürsorge nicht verkannt und es ist gerade in den letzten Wochen möglich geworden, wenigstens ein verfügbares Extraordinariat persönlicher Natur vorläufig in den Dienst dieser Aufgabe zu stellen. Das ist aber zunächst nur ein Extraordinariat und wir müssen mindestens für die nächste Budgetperiode den Ausbau desselben zu einer ordentlichen Professur der neueren Kunstgeschichte lebhaft wünschen. So wollen Sie es mir nicht verübeln, wenn ich aus dem langen Wunschzettel auch das noch unserer Großh. Regierung und Ihnen, Durchlauchtigste, hochgeehrte Herren, vortrage.

Da mit diesem letzten Punkt nun auch eine größere Dotation für den Lehrapparat verknüpft sein wird, löst sich die ganze Frage schließlich in die Position auf, mit der ich, wie ich zu Ihrer und meiner eigenen Beruhigung sagen kann, meinen Bericht zu schließen habe, in den Anweisungen für außerordentliche Bedürfnisse unserer Unterrichtsanstalt. Hier habe ich mit großem Danke anzuerkennen, daß die Großh. Regierung in das Extraordinarium die sehr ansehnliche Summe von 105 000 M. eingestellt hat. Aber freilich darf ich nicht verschweigen, daß diese hohe Einstellung dadurch sehr abgeschwächt wird, daß weitaus der größte Teil dieser Summe uns verloren geht. Bedauerlicherweise hat an manchen Instituten

durch größere bauliche Veränderungen, die sich nicht in den Einzelheiten voraus berechnen ließen und durch andere Vorgänge eine Ueberschreitung der jährlichen Auerfen stattgefunden. Jener Pauschalbetrag des Extraordinariums muß nun, wie in den Erläuterungen zum Budget bemerkt ist, in erster Linie dazu verwendet werden, diese Ueberschreitungen ins Gleichgewicht zu bringen, und dabei wird dann ein größerer Teil dieses gesamten Pauschalbetrags aufgezehrt. Von den Wünschen, die unsere naturwissenschaftlichen Institute, die Kliniken, archäologischen Institute und andere Anstalten für Anschaffung kostspieliger Apparate, Bücher und anderer Lehrmittel erhoben haben, kann nach einem flüchtigen Ueberschlag, den ich gemacht habe, nur etwa 30 bis 40 Proz. jetzt Berücksichtigung finden, und das, Durchsichtigste, hochgeehrte Herren, werden sie mir zugeben, daß es hart ist, wenn nun die Kollegen, die alles zu Rate gezogen haben, leiden müssen unter den ja gewiß unter formellen Gesichtspunkten nicht zu beschönigenden Ueberschreitungen ihrer anderen Berufsgenossen. Es wird an anderer Stelle da doch wirklich aufs peinlichste gepart. Bei einem großen Institute beobachtete jemand kürzlich, wie man die abgehenden Briefe erst auf den Ofen legte, damit sie möglichst unter 20 Gramm herunterkommen, um am Porto zu sparen, und Sie begreifen deshalb, wie bitter es derartige Institutsleiter empfinden müssen, wenn ihnen nun a Conto anderer Institute Abzüge gemacht werden. Das um so mehr, als ja eben diese Ueberschreitungen innerlich auch ihre Rechtfertigung haben, wie es die Großh. Regierung in ihrer zarten Weise auch damit anerkannt hat, daß sie einen Weg zur Sanierung der Defekte erschlossen hat. So darf ich denn mit diesem letzten, in der Tat auch allerletzten Wunsche hervortreten. Wenn es möglich sein sollte, im Nachtragsetat auch hierfür noch eine gewisse Ergänzung zu bieten, so würde das von allen Seiten mit großem Dank empfunden werden.

Damit gestatten Sie mir zu schließen, Durchsichtigste, hochgeehrte Herren. Ich hoffe, Sie nehmen aus meinem Berichte nicht den Eindruck mit fort, daß ich die lange Reihe von Deberien, die ich vorgebracht habe, in unzufriedenem Tone vorgetragen habe. Noch einmal muß ich zum Schluß im Einklang mit den Worten meines Herrn Vorredners anfügen, daß auch in Freiburg wir alle recht wohl darüber im Klaren sind, welches Maß von Opfern der badische Staat für seine Hochschulen bringt, vor allem dadurch, daß er sie auf der Höhe erhält, die sie bis jetzt erreicht haben. Es ist sicher etwas Großes, wenn mir erst kürzlich von einem meiner klinischen Kollegen aus eigener Beobachtung erzählt wurde, daß sein Pariser Fachvertreter kaum über eine so gute Einrichtung seiner Klinik verfüge, wie er selbst, von den Einrichtungen der französischen Provinzialkliniken überhaupt ganz zu schweigen. So muß in der Tat auch mein Dank der hohen Regierung und den beiden hohen Häusern gegenüber, speziell auch dem hochverehrten Herrn Referenten unseres Budgets gegenüber rückhaltlos sein. Aber ich gebe mich der Erwartung hin, daß entsprechend auch von Ihrer Seite das Zutrauen in unserer Hochschule sein möchte. Wenn der Herr Finanzminister vor einiger Zeit an dieser Stelle äußerte, daß wir uns daran gewöhnt haben über unsere Verhältnisse zu leben, so möchte ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß Sie unsere Hochschulen nicht in dieses Gebiet seiner Luxusgegenstände rechnen werden. Die Bedeutung unserer Hochschulen ist, das wissen wir alle, eine ganz andere; sie sind gerade in ihrer Dreifaltigkeit integrierende Bestandteile des badischen Staates, die notwendige Bedingung für seinen innerlich konsolidierten Bestand. Sie sind die Organe, die zwischen den verschiedenartigen Teilen des badischen Staats-

körpers die geistige Verbindung herstellen. Das alte Vorderösterreich, wie die alte Pfalz werden durch die Hochschulen mit einander und in der Technischen Hochschule Karlsruhe mit dem Zentrum verknüpft. Was aber vor allem Freiburg angeht, so möchte ich auch hier noch einmal recht stark in Anlehnung an die schönen Worte des Referenten betonen, daß hier die Wirksamkeit einer kraftvollen Hochschule besonders notwendig ist als Gegengewicht gegen die anderen geistigen Potenzen, die im Breisgau tätig sind. Ich verkenne keineswegs den hohen sittlichen Wert dieser anderen geistigen Kräfte; aber so muß es bleiben, daß dem Prinzip der Autorität auch das Prinzip der freien Erkenntnis und der freien Kritik gegenübersteht, sich mit ihm ergänzt. In dieser Auffassung sucht unsere Hochschule ihre Aufgabe zu erfüllen, und wenn sie ihr das Zeugnis ausstellen, daß sie sich dem im allgemeinen gewachsen gezeigt hat, dann werden Sie, das hoffe ich zuversichtlich, nicht mit Seufzen, sondern mit edler Gemugung unseren Wünschen Rechnung tragen.

Geh. Hofrat Professor Dr. Baute: Der glänzenden Rede, die sie eben gehört haben, und den beredten Worten des Herrn Vertreters der Universität Heidelberg, darf ich mich anschließen, wenn ich namens der Technischen Hochschule den Landständen und der Großh. Regierung für die Fürsorge und das Wohlwollen danke, das sie in der abgelaufenen Budgetperiode erfahren hat, und in die folgende wohl mit hinüber nehmen darf. Ich darf auch bezüglich der sonstigen Bemerkungen, soweit es die Stellung der Universitätslehrer und derjenigen der Technischen Hochschule anbelangt, mich voll und ganz den Herren Vorrednern anschließen. Auf einen Unterschied möchte ich jedoch aufmerksam machen, der auf die Gehaltsverhältnisse der Professoren einwirkt. An den Universitäten ist die Freizügigkeit der Lehrer ein altes Herkommen, und eine Berufung bietet Gelegenheit zur Verbesserung der Einrichtung der Institute sowohl wie der Gehaltsverhältnisse; an den Technischen Hochschulen dagegen ist die Berufung von Dozenten an andere Hochschulen verhältnismäßig seltener; einmal ist die Zahl unserer Hochschulen geringer und dann pflegt man die innigen Beziehungen zwischen wissenschaftlichem Unterricht und der Technik durch Berufungen von Männern aus der Praxis vielfach mit Erfolg zu betätigen. Da geschieht es nicht selten, daß der Neugerufene in seinen Gehaltsverhältnissen den Kollegen voranstreht, die schon lange Zeit in verdienter Weise an der Hochschule gewirkt haben; ich möchte deshalb der Großh. Regierung ans Herz legen, was schon von meinem Herrn Nachbar geschehen ist, daß auch die älteren Lehrer unserer Hochschule, die nicht in der glücklichen Lage waren, ihre Gehaltsverhältnisse und Institutsrichtungen durch eine Berufung zu verbessern, berücksichtigt werden.

Bezüglich der allgemeinen Fragen über die Stellung der Professoren, der Privatdozenten, der Assistenten und Diener, haben meine beiden Vorredner so ausführlich gesprochen, daß ich mich namens der Technischen Hochschule diesen Ausführungen nur vollständig anschließen kann. Auf einen Punkt muß ich aber wohl Wert legen, und das ist derjenige, der hier als eine gewisse Reibungsfläche zwischen der Technischen Hochschule und den Universitäten bezeichnet worden ist. Ich hoffe, daß es mir gelingen wird, im Laufe der Aufklärung, die ich zu geben habe, zu zeigen, daß diese Reibungsfläche in der Tat nicht vorhanden ist und daß die Technische Hochschule keineswegs erstrebt in einer die Interessen der Universitäten schädigenden Weise von einer Einrichtung Gebrauch zu machen, die ihr durch die Verhältnisse selbst aufgedrungen wird.

Gestatten Sie mir zunächst für die anerkennenden Worte meinen Dank auszusprechen, die im anderen Hohen Hause den Leistungen unserer Hochschulen und auch der Technischen Hochschule zuteil geworden sind. Die Technische Hochschule darf ihren bescheidenen Teil hinwegnehmen umso mehr, als dieses Lob auch gesendet wurde, trotzdem die Frequenz seit dem letzten Jahre keinen unerheblichen Rückgang gezeigt hat. Von allen Seiten wurde darauf hingewiesen, daß dieser Rückgang in der Besucherzahl unserer Hochschule nicht auf die innere Organisation oder die Wertschätzung unserer Hochschule nach außen zu schieben ist, sondern daß es äußere Verhältnisse waren, die hier in besonderer Weise eingewirkt haben. Es wird deshalb nicht unangebracht sein, wenn ich auf diese Verhältnisse näher eingehe und Sie um Ihre Geduld bitte, wenn ich Sie mit einigen Spezialitäten behellige. Die Zahl der Besucher der 10 Technischen Hochschulen des Deutschen Reiches beträgt z. Bt. etwa 15 000. Nach den Angaben, die der Herr Berichterstatter in dem gedruckten Bericht gemacht hat, werden die 21 Universitäten in Deutschland von etwa 45 000 Studierenden besucht; sonach würde etwa der 4. Teil aller derjenigen, welche ihre Bildung mit einem akademischen Studium abschließen, an den Technischen Hochschulen studieren, während $\frac{3}{4}$ die Universitäten aufsuchen. Diese 15 000 an den Technischen Hochschulen Studierenden setzen sich zum größten Teil aus den eigentlichen Fachstudenten zusammen, d. h. denjenigen, die eine der drei großen Ingenieurabteilungen frequentieren. Sie verteilen sich auf die 10 Hochschulen des deutschen Reiches in ungleicher Weise. Die beiden großen Hochschulen in Berlin und München beherbergen je etwa 2500, zusammen 5000 Studierende; in der nachfolgenden Gruppe der mittleren Technischen Hochschulen folgt zunächst Darmstadt, das seit der Gründung der ersten elektrotechnischen Abteilung vor 25 Jahren einen außerordentlichen Aufschwung genommen hat, und auf Darmstadt folgt in der Frequenz Karlsruhe mit z. Bt. 1371 Studierenden. Die anderen Hochschulen folgen dann in der Reihe: Dresden, Hannover, Stuttgart, Aachen, Danzig und Braunschweig. Karlsruhe steht hiernach an vierter Stelle, während es vor zehn Jahren noch die fünfte Stelle einnahm; es hat also in dieser Beziehung unsere Hochschule keinen Rückgang, sondern wenn man so sagen darf, einen Fortschritt gemacht, wenngleich die Zahl der Besucher absolut zurückgegangen ist. Das hat seinen Grund darin, daß während der letzten Jahrzehnte eine Hochflut über die Technischen Hochschulen hinweggezogen ist, die veranlaßt worden ist durch äußere Verhältnisse; ich erinnere zunächst an den glänzenden Aufschwung des Maschinenwesens, der sich an die Einführung der Elektrotechnik in das praktische Leben knüpfte. Da wurde nicht nur eine ganz neue Klasse von Ingenieuren geschaffen, sondern damit auch dem Maschinenbau eine ganz außergewöhnliche Anregung gegeben, und es erhob sich dadurch die Frequenz der deutschen Technischen Hochschulen in einer ganz ungeahnten Weise zu einer Hochflut, die Mitte der 80er Jahre begann, im Anfang des Jahrhunderts etwa die Zahl von 10 000 Studenten erreichte und bis 15- und 17 000 im Jahre 1903 emporstieg, um nun wieder auf etwa 15 000 herabzusinken. Dieser Rückgang hat sich bei unserer Technischen Hochschule weniger bemerklich gemacht, aber wir können nicht behaupten, daß trotz des augenblicklichen Stillstandes in der Frequenzziffer der Technischen Hochschulen nicht noch ein weiterer Rückgang erfolgen wird.

Was unsere Fridericiana anbelangt, so haben wir im großen Ganzen die Sturmflut hauptsächlich in der Abteilung für Maschinenwesen und Elektro-

technik erlebt. Hier ist der Andrang, verstärkt durch den Zuzug vom Ausland, ein sehr großer gewesen. Aber dieser Andrang hat unsere Technische Hochschule in bezug auf bauliche Einrichtungen, in bezug auf die Lehrkräfte fast unvorbereitet gefunden; denn erst jetzt, nachdem die Ebbe eingetreten ist, sind wieder normale Zustände vorhanden. Nachdem einige längst geplante Erweiterungsbauten ins Leben getreten sind, kann man sagen, daß der Unterrichtsbetrieb ein normaler geworden ist und man darf hinzufügen, daß selbst ein weiterer Rückgang auf etwa 1200—1000 Studenten, welche zu Anfang dieses Jahrhunderts vorhanden waren, ohne Bedenken sein würde. Um einen Maßstab zu bekommen für die Zahl der jährlich abgehenden Ingenieure kann man ungefähr die Zahl der Besucher mit 4 dividieren, und da ergibt sich eine so große Zahl von wissenschaftlich gebildeten Ingenieuren, daß man glaubt fürchten zu müssen, vor einer Ueberschwemmung damit zu stehen. Ich kann diese Befürchtung nicht teilen. Unser deutsches Vaterland ist im allgemeinen nicht so reich bedacht mit Schätzen des Bodens und mit natürlichen Hilfsquellen, daß es nicht notwendig hätte, die Intelligenz seiner Bewohner zu fördern und alle Hebel anzusetzen, um Deutschland die Stellung zu erringen und zu behaupten, die es als eine Kulturmacht in der Mitte Europas einzunehmen berechtigt ist. Ich bin der Meinung und teile diese mit meinen Kollegen, daß, wenn auch nun ein Rückgang der Besucherzahl eingetreten ist, in kurzem ein Fortschritt folgen wird, so daß auch wir wieder in aufsteigender Richtung fortschreiten werden.

Es ist vielleicht von Interesse, zu wissen, in welcher Weise sich die einzelnen Fachrichtungen an unseren Technischen Hochschulen gliedern. Zunächst ist es die Abteilung für Maschinenwesen, an der in allen deutschen Hochschulen etwa 5000 Ingenieure studieren. Sodann kommt Architektur- und Bauingenieurabteilung, die zusammen etwa die gleiche Zahl von Studierenden aufzuweisen haben. Chemie, Hüttenkunde, Bergbau und die einschlagenden Gewerbe werden etwa mit 1500 vertreten sein. Und dazu kommen noch einige Spezialitäten: der Schiffsbau, der in Berlin und Danzig, und der Bergbau und das Hüttenwesen, welche vorzüglich in Aachen vertreten sind. Für unsere Technische Hochschule in Karlsruhe war von jeher die Abteilung für Maschinenwesen das Rückgrad, und sie erfreute sich der allergrößten Teilnahme auch vom Ausland, ihr Ruf ist weit hinausgeklungen seit Jahrzehnten, und es ist deshalb nicht zu verwundern, wenn gerade in den letzten Jahren, wo im Osten so viele Störungen des Unterrichtes eintraten, die Hochflut viele Ausländer nach Baden zog, das ja von jeher als Asyl der Ausländer geschätzt war.

Unter den Abteilungen, die unsere Technischen Hochschulen zeigen, ist eine, die sich nach der Statistik über die Zahl der Besucher als eine notleidende erweist, das ist die Allgemeine Abteilung, die bestimmt ist, Mathematik, Naturwissenschaften und die sogenannten allgemeinen bildenden Fächer aufzunehmen. Es ist Ihnen bekannt, daß sie das Schmerzenskind der Technischen Hochschulen ist. Und wenn ich nun versuche, Ihr Interesse für diese Allgemeine Abteilung und ihre künftige Aufgabe an der Technischen Hochschule zu gewinnen, so weiß ich wohl, daß Sie unter dem Eindruck der berebten Mitteilungen und der überzeugungsvollen Ausführung des Vertreters der Universität Heidelberg stehen, der mit seinem Nachbar, dem Vertreter der Universität Freiburg, ein solches Gewicht in die Waagschale legte, daß es nicht schwer werden dürfte, es aufzuheben, um so mehr, als ich nicht voraussetzen darf, daß die Einrichtungen der Technischen Hochschule Karlsruhe Ihnen so bekannt sind wie die der Universitäten. Während jeder

von Ihnen von den Einrichtungen der Universitäten genaue Kenntnis hat, werden Sie über die Einrichtungen der Technischen Hochschule sehr wenig unterrichtet sein; vielleicht bin ich hier der einzige Vertreter dieser Art von Menschen.

Nachdem ich Ihnen vorhin mitgeteilt habe, daß nunmehr der vierte Teil unserer heranwachsenden Jugend, welche akademische Studien treibt, an die Technische Hochschule kommt, ist es begreiflich, daß die Verhältnisse sich geändert haben und wir an unsere Allgemeine Abteilung und die allgemein bildenden Fächer an unserer Technischen Hochschule andere Anforderungen stellen müssen. Es ist nun durchaus nicht richtig, und ich verzeihe das Mißverständnis des Herrn Kollegen Windelband, wenn er meint, es sei eine neue Forderung, die die Technischen Hochschulen erheben, indem sie auf die Ausbildung von Lehrern der Mathematik und der Naturwissenschaften besonderes Gewicht legen. Bei allen unseren süddeutschen Technischen Hochschulen und allen voran bei der Technischen Hochschule in Karlsruhe wurde bei der Gründung der Hochschule in ihrem Programm zugleich die Ausbildung von Lehrern für Mathematik und Naturwissenschaften gefordert, und heute noch führen wir in unserem Programm, welches über die Ziele der Hochschule Aufschluß gibt, den Satz an der Spitze: "Die Technische Hochschule zu Karlsruhe hat den Zweck, die wissenschaftliche und künstlerische Ausbildung für die technischen Berufsfächer und für die mathematisch naturwissenschaftlichen Lehrfächer zu gewähren, sowie die Wissenschaften und Künste zu pflegen, welche zu ihrem Unterrichtsgebiet gehören." Das ist ungefähr derselbe Satz, der sich in allen Programmen, in allen Verfassungen der Technischen Hochschulen Süddeutschlands findet, die etwa ums Jahr 1865 geschaffen worden sind und den Hochschulcharakter seitdem tragen. Bei der ungeheueren Entwicklung der technischen Fächer war es die nächste Aufgabe der Technischen Hochschulen, die wissenschaftliche Durchbildung dieser technischen Fächer als ihr erstes Ziel zu verfolgen, wie das auch in ihrem Programm gesagt ist, und ich bin der Meinung, daß dieses auch künftig das Hauptziel bleiben muß.

Aber die Verhältnisse haben sich im Laufe der Zeit merklich verschoben. Dadurch, daß die Technischen Hochschulen vollauf zu tun hatten und die ihnen vom Staat gebotenen Mittel in jeder Weise dazu verwenden mußten, um gerade die wissenschaftliche Vertiefung der technischen Fächer durchzuführen, war die Allgemeine Abteilung die dienende Magd, die nicht zu den Fachabteilungen, die sich zunächst entwickeln mußten, empormarschieren konnte. Es hat noch eine Zeit gegeben, wo zwischen den Universitäten und Technischen Hochschulen keine so große Verschiedenheit bestand, wo man beide hätte zusammenschweißen können, indem man eine weitere technische Abteilung an die Universität angliederte. Es hat dieser Gedanke etwas außerordentlich Verlockendes, und wenn man heute eine Hochschule schaffen wollte, wie sie in den 70er Jahren in Straßburg gegründet wurde, so würde man, ich zweifle nicht daran, wie in der neuen Welt eine Hochschule, eine Universitas unter Einbeziehung der technischen Wissenschaften gründen. Für die jetzige Entwicklung ist der heutige Zustand das einzig Richtige; da bin ich mit dem Vertreter der Universität Heidelberg der Meinung, daß wir getrennt marschieren — aber vereint schlagen. Wenn diese beiden Hochschularten sich nicht selbständig nebeneinander hätten entwickeln können, so würden die wissenschaftlichen Institute, deren große Blüte mein Nachbar zur Rechten in so glänzender Weise geschildert hat, nie so rasch zur Entwicklung gekommen sein, und ich begrüße es, daß die Wege beider Hochschularten neben-

einander hergegangen sind. Und nunmehr müssen wir nach einem gemeinsamen Ziele suchen, und dieses Ziel ist die Lehrerbildung.

Es ist, wie ich schon gesagt habe, bei der Schaffung der Technischen Hochschulen ihnen zur Pflicht gemacht worden, Lehrer zu bilden für ihre Schüler. Eine Hochschule, die nicht Lehrer bildet, ist ein steriler Körper. Deswegen hat man auch den Technischen Hochschulen die Möglichkeit gegeben, ihre Fachrichtungen durch Verleihung akademischer Grade und durch Erziehung des Nachwuchses an Privatdozenten usw. zu verstärken. Es ist notwendig, daß eine Technische Hochschule Schüler erzieht, welche selbst wieder den Samen der technischen Wissenschaften einpflanzen in neue Schüler. Und so ist eben im letzten Jahrzehnt, besonders in den letzten vier Jahren nicht nur in den Kreisen der Hochschulen, sondern aus dem Kreise der Techniker heraus eine Bewegung entstanden, die gestützt und getragen worden ist von dem Verein deutscher Ingenieure und der deutschen Naturforscherversammlung, in der, wie ich sagen darf, in der Hauptversammlung an der Spitze stehen, die Forderung erhoben wurde, daß die Technischen Hochschulen Einrichtungen zu treffen haben, um an der Ausbildung der Lehrer für Mathematik und Naturwissenschaften teilzunehmen.

Unter den Gründen, welche die Groß. Regierung für ihren ablehnenden Bescheid angibt, steht der voran: die an der Technischen Hochschule vorhandene Vertretung der allgemein bildenden Fächer sei für die künftigen Lehrer der Mittelschule nicht ausreichend.

Diese Begründung läßt die Stellung der Technischen Hochschule und den Anspruch, den dieselbe auf eine würdige Vertretung der allgemein bildenden Fächer zu erheben hat, in einem eigentümlichen Lichte erscheinen; denn wie schon in dem Referat des Herrn Berichterstatters gesagt ist, können die Ansprüche, welche die ins Leben tretenden Techniker an die Allgemeinbildung machen, nicht geringer sein als diejenigen, die man sonst an einem akademisch gebildeten Lehrer macht. Es wäre das also ein Grund mehr, um diejenigen Fächer an unserer Technischen Hochschule zu verstärken, welche diesen Mangel noch zeigen. In der Tat ist man bei der Neuorganisation und in den letzten Jahren an den Technischen Hochschulen in dieser Richtung entschieden vorgegangen, und auch die neugegründete im Jahre 1904 durch Kaiser Wilhelm eröffnete Danziger Hochschule ist in dieser Beziehung reicher ausgestattet als alle früheren Technischen Hochschulen der preussischen Monarchie. Ich glaube also, daß dieser Grund umso weniger zu halten ist, als es ja den Lehrern, die bei uns ihre naturwissenschaftliche und mathematische Bildung holen sollen, völlig frei steht, an den Universitäten zu lernen, was an der Technischen Hochschule noch vermisst wird. Es wäre aber durchaus notwendig, für die Stellung der Ingenieure, die wir entlassen, ihnen die vollständige Bildung mitzugeben, auf die sie Kraft ihrer ganzen Vorbildung und künftigen Stellung Anspruch erheben können. Ich meine also, es würde von diesem Gesichtspunkte aus zweckmäßig sein, den Ausbau der allgemeinen Abteilung vorzunehmen und diese Abteilung dadurch zu befruchten, daß man eine Freizügigkeit der Lehramtskandidaten zwischen den Universitäten und den Technischen Hochschulen schafft, um auch diejenigen Bildungselemente, die an unsere Hochschulen in reichstem Maße vorhanden sind, für die mathematisch naturwissenschaftliche Bildung auszunützen, für die Erzieher unserer Jugend, die die künftigen Schüler der Technischen Hochschulen ausbilden, und das ist ein sehr erheblicher Prozentsatz.

Die zweite Befürchtung, welche von der Groß. Regierung und auch von meinen Herren Kollegen von den Universitäten geteilt wird, ist die, daß es nun gelte, eine

Konkurrenzakultät ähnlich den philosophischen Fakultäten der Universitäten zu schaffen. Davon kann durchaus nicht die Rede sein; es würde das weder jetzt noch auch in Zukunft der Wunsch der Technischen Hochschule sein; denn wie ich schon wiederholt betonte, ist der Wunsch der Technischen Hochschule nicht der, einen schwachen Abglanz der glänzenden philosophischen Fakultäten an den Universitäten zu schaffen, sondern vielmehr eine den Technischen Hochschulen entsprechende Ausbildung mit Rücksicht auf die Anwendung denjenigen Lehrern zu geben, die künftig die mathematisch naturwissenschaftlichen technischen Fächer an den Mittelschulen zu vertreten haben. Ich glaube also, wenn wir uns recht verstehen, wird die Reibungsfläche, von der vorhin gesprochen worden ist, völlig verschwinden. Es werden diejenigen Lehrer, die künftig sich den technischen Mittelschulen, den Realgymnasien und den Oberrealschulen zuwenden, einen beliebigen Teil ihrer Studien an unserer Hochschule zubringen und sie werden in ihrer Freizügigkeit in keiner Weise gehemmt, um die Schätze der Wissenschaften und Künste, welche an den Universitäten gepflegt werden, sich dort zu holen.

Ich habe vorhin gesagt, daß die Lehrerbildung von jeher ein Programmpunkt der süddeutschen Technischen Hochschulen gewesen ist. In Preußen war das nicht der Fall; die preussischen Hochschulen sind ausschließlich geschaffen für die Ausbildung von Technikern. Um aber zu sehen, wie die neuere Zeit in dieser Beziehung gewirkt hat, darf ich vielleicht aufmerksam machen, auf die neueste Schöpfung des preussischen Staates, die Technische Hochschule in Danzig. Auf Seite 102 ihres Programms für 1908 werden „Ratschläge“ gegeben für die Studenten, welche sich dem höheren Lehramt widmen wollen. Hier ist in der Einleitung auf den bestehenden Grundfah und die bestehende Verordnung hingewiesen, die auch unserer badischen Verordnung vom Jahre 1903 als Grundlage gebietet hat, daß nämlich an einer Technischen Hochschule nur 3 Semesterstudien verbracht werden dürfen. Es ist gleichzeitig die Erläuterung gegeben, daß im Ganzen 6 Semester für das Studium vorgeschrieben sind, insofern 3 Semester an einer Universität zugebracht werden müssen; und nun heißt es: „Ein längeres Studium an der Technischen Hochschule empfiehlt sich für solche Kandidaten der Mathematik, Physik sowie der Chemie und Mineralogie, welche auch in der angewandten Mathematik sich der Prüfung zu unterziehen gedenken usw.“

Ich glaube, daß der Satz nicht ohne Zustimmung der preussischen Unterrichtsverwaltung in das Programm gekommen ist und bin überzeugt, daß wir in den nächsten Jahren eine Wendung zu gewärtigen haben, welche nach der Richtung erfolgt, die ich mir vor 4 Jahren anzuregen erlaubt habe, daß man den an den Technischen Hochschulen vorhandenen Unterrichtsmitteln auch dadurch einen Eingang in weitere Kreise zu verschaffen sucht, daß man den Lehrern eine völlige Freizügigkeit gestattet und nicht die Freizügigkeit an allen Universitäten in Deutschland, nicht nur an den Landesuniversitäten, ungesehen zuläßt, während man die Landeshochschule, die Technische Hochschule, davon ausschließt und sie auf 3 Semester einschränkt. Tatsächlich würde vielleicht in den nächsten Jahren die Freizügigkeit sich noch wenig bemerklich machen; aber ich bin überzeugt, mit den Jahren wird sich nach dieser Richtung hin auch der Unterrichtsbetrieb wenden. Es werden diejenigen Ziele, die die Technischen Hochschulen verfolgen, auch für die Lehrerbildung ausgenutzt werden zum Segen und wie ich glaube, auch zum wirtschaftlichen Gedeihen unseres deutschen Vaterlandes.

Die anderen Bedenken, die die Großh. Regierung noch ausführte, daß die Lasten, die auf dem badischen

Staate schon durch die drei Hochschulen ruhen, noch weiter verstärkt werden würden, teile ich nicht, denn mein sehr verehrter Herr Vorredner hat bereits darauf hingewiesen, daß an den Universitäten das Streben besteht, auch technische Dinge in ihr Lehrprogramm aufzunehmen. Die vorzüglichsten Einrichtungen für Ausbildung von Lehrern mathematisch-naturwissenschaftlicher Richtung finden wir in Göttingen und Jena, und diese Hochschulen sind völlig mit elektrotechnischen- und Maschinenlaboratorien, den Attributen unserer Technischen Hochschule ausgerüstet. Entweder ist es also notwendig an unseren beiden Universitäten Schwesteranstalten unserer Technischen Hochschule zu errichten — dagegen hätten wir ja nichts einzuwenden — oder hier in Karlsruhe diejenigen Institute zu benutzen, die dafür völlig offen stehen. Es ist dieser Gesichtspunkt jedenfalls auch für die Lasten, die uns künftig bevorstehen, nicht außer Acht zu lassen.

Bei dieser Gelegenheit muß ich darauf aufmerksam machen, ohne hier die Rücksicht außer acht zu lassen, die uns künftig bevorstehen, nicht außer Acht zu lassen, die unsere drei Hochschulen dem Lande verursachen, sehr verschieden verteilt ist. Sie wechseln mit den Jahren, aber auch mit der Bestimmung der Hochschule. Unsere Technische Hochschule hat bis jetzt von den reichen Mitteln, die der Staat zur Verfügung stellt, nur einen sehr bescheidenen Teil für sich und ihre Ausgestaltung in Anspruch genommen. Sowohl im Extraordinarium wie im Ordinarium haben wir mit diesen bescheidenen Mitteln, diejenige Ausgestaltung unsere Hochschule erreicht, mit der wir glauben, den Anforderungen bisher gerecht geworden zu sein. Ich fürchte aber, daß diese Zurückhaltung der Regierung in bezug auf die Lehrerbildung vielleicht später noch schwerere Opfer auferlegt als jetzt bei Gewährung der Freizügigkeit der Fall wäre. Ich habe wiederholt darauf hingewiesen, daß die Institute, die etwa in Frage kommen, bereits in Karlsruhe vorhanden sind. Nur die Lehrkräfte wären zu verstärken, um unsere allgemeine Abteilung auf denjenigen Stand zu bringen, den sie sowohl im Interesse unserer Ingenieure als auf die Ausbildung der Mittelschullehrer etwa notwendig hätte. Ich glaube, daß unsere Technische Hochschule auch nach dieser Richtung hin nicht unbescheiden ist, wenn sie einige Wünsche anbringt; denn wenn wir die Reihe der anderen Hochschulen übersehen, und ihre Ausstattung mit Ordinariaten, so ist unsere Karlsruher Hochschule unter den kleinsten. Wir haben, wenn wir die Abteilung für Forstwissenschaft, die bei anderen Hochschulen nicht vorkommt, und 4 Professuren, 4 ordentliche Lehrstühle in Anspruch nimmt, abziehen, an unserer Technischen Hochschule 30 Ordinariate und mit Hinzurechnung des Leiters der Bibliothek 31 Stellen und haben in den letzten 20 Jahren nur 4 neue Ordinariate hinzubekommen. Demgegenüber haben die anderen Hochschulen in der gleichen Zeit einen erheblich größeren Zuwachs erfahren. Wenn ich von Berlin und Aachen absehe, so bewegen sich die im Laufe der letzten Jahrzehnte hinzugekommenen Ordinariate bei den Technischen Hochschulen zwischen 14 und 4. Wir haben keine Technische Hochschule, die weniger als 4 Ordinariate wie Karlsruhe, in den letzten Jahrzehnten erhalten hat, in dem Zeitalter des Aufschwungs der Technik, das an die Lehrkräfte und die Institute die größten Anforderungen gestellt hat. Ich meine, und das wäre der Wunsch, den ich namens meines Kollegen noch einmal aussprechen möchte, es wäre der Tradition unserer altberühmten Fredericiana würdig, wenn unsere Unterrichtsverwaltung sich nicht von anderen übertreffen lassen, sondern selbst die Initiative ergreifen würde, um unsere berechtigten Anforderungen zu erfüllen

und eine weitere Ausgestaltung unserer Lehrkräfte und des Unterrichtsbetriebes vorzunehmen, die dem Ansehen und der Stellung unserer Hochschule wie unserer im Leben stehenden Ingenieure nur förderlich sein kann.

Auf Vorschlag des Durchlauchtigsten Präsidenten wurde die Sitzung um 1 Uhr unterbrochen und beschloffen, sie nachmittags 4 Uhr fortzusetzen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung um 1 Uhr erhält das Wort

Dr. Freiherr von La Roche: Nach den glänzenden Vorträgen, die wir heute morgen von den Herren Universitätsvertretern gehört haben, ist es für mich besonders willkommen, in das somige Bild der Universitäten, dem ich sonst durchaus beistimme, auch einen Schatten einzeichnen zu müssen, weinlich besonders deswegen, weil ich nicht im Zweifel bin, daß die Herren Universitätsvertreter wegen dessen, was ich zu sagen gezwungen bin, mich sofort in den Verdacht eines crimen laesae majestatis gegenüber den Universitäten nehmen werden. Trotzdem fühle ich mich verpflichtet, wie vor zwei Jahren, auch diesmal Klage darüber zu führen, daß ein Lehrstuhl, der an der theologischen Fakultät zu Heidelberg zur Erledigung gekommen war, wiederum mit einem Dozenten von ausgesprochen liberaler Richtung besetzt worden ist, so daß jetzt im Laufe der Jahre hintereinander vier liberale Berufungen erfolgt sind.

Man möge nicht einwenden, daß bei Berufungen ein Gegensatz von liberal und positiv nicht in Betracht gezogen werden soll, sondern die Qualifikation allein ausschlaggebend sein müßte. Der Gegensatz ist leider in allen Verhältnissen der Kirche und des Kirchenlebens ein so tiefgehender, daß er auch bei Berufungen theologischer Dozenten nicht übergangen werden kann.

Ich will nicht untersuchen, wie es überhaupt möglich ist, daß innerhalb derselben Kirche, die doch auf dem einen Grunde des Evangeliums steht, zwei divergierende Richtungen möglich sind, möglich sein können; es würde das zu weitläufigen und hier unfruchtbaren theologischen Erörterungen führen. Halten wir uns im Gebiet des Praktischen und Gegebenen, so sind eben diese zwei Richtungen vorhanden und man muß mit ihnen rechnen.

Im übrigen Deutschland ist das gerade von kirchlich-liberaler Seite betont worden und hat sich dort zu der konstanten Forderung nach Parität bei Besetzung der theologischen Lehrstühle verdrückt, das heißt zur Forderung, daß die theologischen Lehrstühle zunächst zur Hälfte mit positiven, zur Hälfte mit liberalen Dozenten besetzt werden. Diese Forderungen werden in der Tagespresse, in kirchlichen Organen, wie z. B. der „Christlichen Welt“, und auch in Parlamenten, wie z. B. im preussischen Abgeordnetenhaus, immer und immer wieder liberalerseits erhoben, wenn man nämlich der Ansicht ist, daß irgendwo die positive Richtung bevorzugt worden sei.

Merkwürdigerweise will man bei uns in Baden liberalerseits von dieser Parität nichts wissen, sondern beansprucht die gesamte theologische Fakultät für sich. Ich kann das nicht als billig anerkennen, um so weniger, wenn man das Stärkerverhältnis innerhalb unserer Landeskirche in Betracht zieht — gehört doch kaum die Hälfte der Geistlichen der ausgesprochen kirchlich liberalen Richtung an — und wenn man innerhalb der Gemeinden auf diejenigen ihrer Glieder besonders abhebt, welche durch regelmäßige Teilnahme am kirchlichen Leben ihre persönliche Stellungnahme zur Kirche bekunden, so wird man sagen müssen, daß weit über die Mehrzahl auf die positive Seite zu rechnen ist.

Uebrigens hat man in Norddeutschland, wo die positiven Elemente in erdrückender Zahl die liberalen überwiegen, niemals auf die numerische Stärke hingewiesen, sondern auch dort, wo man sich in der Minderheit befindet, immer vollständige Parität gefordert.

Man hat aber in Preußen mit seinen starken positiven Majoritäten in beiden Häusern des Landtags solche Parität nicht nur liberalerseits gefordert, sondern auch positiverseits durchaus anerkannt, und die Regierung hat sich ihrerseits auch auf denselben Standpunkt gestellt. Ich darf auf die Verhandlungen hinweisen, welche über diesen Gegenstand vor kurzem im preussischen Abgeordnetenhaus geführt worden sind. Es hat da insbesondere der Herr Kultusminister Dr. Solle unter voller Billigung des Kaisers, auch seiner rechten Seite, ausgeführt:

„Bei der Berufung von Universitätsprofessoren steht grundsätzlich die wissenschaftliche Tüchtigkeit im Vordergrund. Aber bei der Besetzung der Professuren der evangelisch-theologischen Fakultäten muß auch noch das Verhältnis berücksichtigt werden, in welchem diese Fakultäten zur evangelischen Landeskirche, deren Nachwuchs sie vorzubilden haben, stehen. Hieraus ergibt sich mit Notwendigkeit, daß die Unterrichtsverwaltung darauf Bedacht zu nehmen hat, die verschiedenen wissenschaftlichen Richtungen innerhalb der evangelischen Theologie zur Geltung zu bringen. Sie muß, wie auf allen wissenschaftlichen Gebieten, so auch hier, eine justitia distributiva üben; sie muß dem entgegenreten, daß nur eine Richtung auf den akademischen Lehrstühlen zu Worte kommt.“

Das ist ganz dasselbe, was die Positiven hier in Baden wünschen und was sie auch schon ehe die eben zitierte Rede von Herrn Minister Solle gehalten wurde, in einer Eingabe an das Großherzoglich-Justizministerium ausdrücklich betont haben: „Justitia distributiva heißt ja „ausgleichende Gerechtigkeit“. Solange aber wie jetzt nur ein einziger Ordinarius an der theologischen Fakultät Heidelberg der positiven Richtung angehört, solange ist der gerechten Forderung eines Ausgleichs der beiden Richtungen nicht entsprochen.“

Ich weiß, daß demgegenüber seitens der Großherzoglichen Regierung betont wird, sie fühle sich verpflichtet, sich in erster Linie an die Vorschläge der Fakultät zu halten. Gewiß wird die Regierung diese Vorschläge immer in ernstester Erwägung zu ziehen haben, aber man wird auch mit Herrn Minister Solle anerkennen müssen, daß gerade bei der theologischen Fakultät besondere Gesichtspunkte maßgebend sind, die in ihrer Bestimmung liegen, die künftigen Geistlichen der Landeskirche vorzubilden. Diese Aufgabe bringt unbedingt die Konsequenz mit sich, daß es dem positiv gerichteten Teil der Studierenden ermöglicht werden muß, an der Landesuniversität auch positive Dozenten zu hören, während sie jetzt gezwungen sind, fremde Universitäten aufzusuchen. Woher sollen sonst positive Geistliche kommen, wenn man positive Dozenten ausschließt. Denn das wird ja von niemanden in Zweifel gezogen werden, daß die Mehrzahl unserer Gemeinden auch heute noch so gut wie früher positive Geistliche auf ihren Kanzeln zu sehen wünscht.

Daß eine liberale Fakultät stets liberale Herren vorschlägt, ist Erfahrungstatsache und, wie die Verhältnisse liegen, nicht im geringsten verwunderlich. Wenn also seitens der Regierung erklärt wird, sie halte sich stets an die Vorschläge der Fakultät, so heißt das, den jetzigen Zustand bereuigen, ohne jede Aussicht auf künftige Veränderung. Dann wäre es fast einfacher, der Fakultät das Kooperationsrecht ohne Mitwirkung der Regierung zu

überlassen. Meines Erachtens ist dieser Standpunkt ein zu weites Entgegenkommen. Die Regierung kann und soll sich der Pflicht selbständiger Prüfung nicht entschlagen und, wenn es sein muß, schließlich auch einmal gegen das Votum der Fakultät handeln. Das verstößt nicht im geringsten gegen das Ansehen und gegen die Bedeutung des akademischen Lehrkörpers und seiner Vertreter, deren segensreiches Wirken und deren hervorragende Bedeutung für unser ganzes Staatsleben niemand bezweifeln wird. Doch ich möchte diesen Faden nicht weiter spinnen!

Was geschehen ist, ist geschehen. Ich will daher nicht so sehr auf die Vergangenheit abheben, auch nicht auf die jüngste Vergangenheit, als vielmehr den Blick in die Zukunft richten. Da aber möchte ich die Großh. Regierung recht dringend gebeten haben — und ich darf zugleich im Namen der großen positiven Kreise des Landes sprechen —, ihres hohen und schönen Amtes zu walten, ausgleichend zu wirken, *justicia distributiva* zu üben. Nur so wird vermieden werden können, daß eine immer tiefere Verfälschung sich solcher Teile der Bevölkerung bemächtigt, die zu den zuverlässigsten Stützen des Staates gehören.

Oberbürgermeister Siegrist: Einem parlamentarischen Neuling, wie ich es bin, ist bei dem Abschnitt, der heute zu unserer Beratung steht, zuerst die Ueberschrift aufgefallen; sie lautet: „Höhere Unterrichtsanstalten“, und wir sehen, daß darunter die Unterrichtsanstalten verstanden sind, die man sonst von altersher die *Hohen Schulen* oder in neuerer Zeit die Hochschulen zu nennen pflegt. Man hat hier also einen unbestimmteren Komparativus an Stelle des bestimmten Positivus gesetzt. Es hat das ja scheinbar nur eine äußerliche Bedeutung. Aber es liegt doch auch eine gewisse praktische Bedeutung darin, daß man meines Wissens anderwärts unter den höheren Unterrichtsanstalten die Schulen versteht, die wir hier als Mittelschulen bezeichnen; und unter Mittelschulen versteht man dort die sogenannten gehobenen Volksschulen. Ich weiß nicht, aus welchen Gründen man zu dieser Terminologie gekommen ist, ich habe keine Zeit gehabt, diesen Gründen nachzugehen, aber es liegt ja die Vermutung nicht fern, daß das aus der Zeit stammt, wo man eine unserer heutigen Hochschulen, nämlich die Technische Hochschule noch nicht als Hochschule anerkannt hat, und wo man deshalb nach einem gemeinsamen Sammelnamen für die Hochschulen und die Technische Hochschule gesucht hat. Das wäre heutzutage, wenn das wirklich der Grund wäre, nicht mehr stichhaltig, denn wir haben ja erfreulicherweise erlebt, daß die Technische Hochschule unter die übrigen Hochschulen eingereiht worden ist, und daß sie nun gleichberechtigt und ebenbürtig neben den übrigen Hochschulen des Landes steht, was ja auch zur Folge gehabt hat, daß ein Vertreter der Technischen Hochschule in diesem Hohen Hause seinen Sitz eingenommen hat.

Ich darf wohl als Oberbürgermeister der Stadt, in der die Technische Hochschule Fredericiana ihren Sitz hat, bei diesem Anlaß meiner besonderen Freude darüber Ausdruck verleihen, daß unsere Technische Hochschule, unser früheres Polytechnikum diese glänzende Entwicklung in der verhältnismäßig kurzen Zeit ihres Daseins genommen hat, die meines Wissens jetzt ungefähr 166 Semester umfaßt, — eine schöne Semesterzahl an und für sich, aber doch verschwindend klein im Vergleich zu der weit höheren Zahl von Semestern, die die alten ehrwürdigen Universitäten erreicht haben; bei Heidelberg übersteigt sie längst die Zahl 1000 und Freiburg hat im vorigen Jahr die Zahl 900 erreicht oder überschritten. Es tut das, wenn ich das freudig hervorheben darf, meiner Dankbarkeit für die Universitäten des Landes durchaus

feinen Abtrag, im Gegenteil, ich selbst rühme mich und freue mich, ein alter Student von Heidelberg und Freiburg zu sein, und ich gedenke insbesondere mit Dankbarkeit der Zeit, da ich zu den Füßen des Herrn Geheimrats Bindelband die Lehren der philosophischen Weisheit eingefogen habe. Ich glaube, auch vom Standpunkt der Städte, nicht nur vom Standpunkt des Landes im allgemeinen, ist es ja außerordentlich zu begrüßen, wenn wir heute wieder sehen, in welcher schöner Blüte unsere drei Hochschulen stehen, und welche aufmerksame, freundliche und liebevolle Pflege ihnen die Großh. Regierung angedeihen läßt. Denn ein Stillstand oder gar ein Zurückweichen auf diesem Gebiete würde nicht nur für die Kultur unseres Landes, sondern ganz besonders für die Entwicklung unserer Städte bedrohlich und beängstigend sein.

Nun ist ja von einem *Rückgang* mehrfach gesprochen worden, der in der Zahl der Studierenden unserer Technischen Hochschule eingetreten ist. Die Gründe dafür sind glaube ich, erschöpfend angegeben. Es ist auch mit Recht darauf hingewiesen worden, daß das nicht gerade eine besonders Bedenken erregende Erscheinung ist, daß ihre Gründe insbesondere nicht etwa in der mangelnden Konkurrenzfähigkeit unserer Hochschule zu suchen sind, sondern in äußeren allgemeinen Verhältnissen. Ich habe auch nicht die Befürchtung, daß diese Erscheinung etwa andauern werde, denn die technischen Wissenschaften sind nach meiner Meinung heute von so weittragender Bedeutung, nicht nur im allgemeinen wirtschaftlichen, sondern auch im öffentlichen Leben des Staates, und namentlich auch der Gemeinden, daß nicht zu befürchten ist, daß auf die Dauer ein solcher Rückgang bestehen kann. Jede größere Stadt braucht heute zur Bewältigung ihrer Aufgaben Tausende von Maschineningenieuren, Bauingenieuren, von Architekten. Es hat auf diesem Gebiete wenigstens quantitativ die Technik die juristische Richtung, die lange als die alleinige Beherrscherin der Verwaltung galt, in den größeren Städten schon wesentlich übertroufen. Und eine ähnliche Erscheinung, glaube ich, macht sich doch auch in der Staatsverwaltung geltend. Wir sehen, daß auch da die Technik immer weitere Gebiete bei den großen Betrieben der Eisenbahn, des Straßenbaues, des Wasserbaues sich erobert; überall braucht der Staat technische Kräfte, und wir haben schon Zeiten erlebt, wo es an solchen Kräften bedenklich gemangelt hat. Aber gerade der Umstand, der zunehmenden Bedeutung der technischen Wissenschaften für unser öffentliches Leben, macht es uns auch zur Pflicht, besonders sorgfältig nach der Ausbildung unserer jungen Techniker zu sehen, und dafür zu sorgen, daß diese immer den ihnen gestellten Aufgaben gewachsen bleiben. Ich bin der Meinung, daß die Technische Hochschule dem durchaus gerecht wird.

Mit Bedauern aber habe ich von Herrn Geheimrat Bunte vernommen, daß die allgemeine Abteilung der Technischen Hochschule ein Schmerzenskind der Technischen Hochschule sei, daß sie an einem gewissen Mangel an Besuchern leide. Soviel ich weiß, wird aber die allgemeine Abteilung der Technischen Hochschule nicht nur von den Studenten frequentiert, die sich als Teilnehmer in diese Abteilung eingeschrieben haben, sondern auch von Teilnehmern der Fachabteilungen. Aber das ist der freie Wille der einzelnen, inwieweit sie sich da an den allgemein-wissenschaftlichen, an den allgemein bildenden Vorlesungen beteiligen wollen. Und ich weiß nicht, ob es nicht doch zu erwägen wäre, daß da vielleicht eine Ergänzung der Ausbildung der Techniker am Platze wäre. Bei den Juristen besteht die Vorschrift, daß sie eine Reihe von philosophisch-historischen Vorlesungen neben den speziell juristischen und volkswirtschaft-

lichen Vorlesungen hören müssen. Ich habe so die Empfindung, daß es ganz gewiß für das Berufsleben der Techniker kein Schaden wäre, wenn etwas ähnliches auch bei ihnen zur Vorschrift gemacht würde. Ich fürchte nicht, daß dadurch etwa eine förmliche philosophische Fakultät an der Technischen Hochschule entstehen würde, ich glaube auch kaum, daß es einer so sehr beträchtlichen Ausdehnung der allgemeinen Abteilung der Technischen Hochschule dazu bedürfte, denn soweit meine Kenntnis reicht, entspricht die allgemeine Abteilung der Technischen Hochschule im wesentlichen jetzt schon den Anforderungen, die auch bei Erfüllung der von mir angeregten Neuerung sie zu gewährleisten hätte.

Nun haben wir heute aus den Ausführungen der Herren Vertreter der Hochschulen gehört, daß, obgleich die Gleichwertigkeit der Technischen Hochschulen mit den Universitäten formell anerkannt worden ist, doch eine Art von Berechtigungsstreit entstanden ist, der eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Streit besitzt, der lange Jahre hindurch bezüglich unserer sogenannten Mittelschulen getobt hat. Jener Streit ist, wie ich glaube, in befriedigender Weise dadurch beigelegt worden, daß man in liberaler Weise die Berechtigungen ausgeglichen hat, und ich möchte hier die Hoffnung aussprechen, daß es mit diesem Streit in ähnlicher Weise gehen möchte. Es handelt sich hier ja um eine für die Universitäten verhältnismäßig untergeordnete Sache, es handelt sich lediglich um die Ausbildung der künftigen Lehrer der Mathematik und Naturwissenschaften. Es ist jetzt vorgeschrieben, daß diese Herren acht Semester studieren müssen, es ist genau vorgelesen, welche Vorlesungen sie hören müssen und in welchen Fächern sie geprüft werden. Es sind das im wesentlichen naturwissenschaftlich-mathematische Fächer, es kommen aber noch dazu allgemeine Literatur, d. i. meines Wissens Philosophie und deutsche Literatur.

Nun ist in der betreffenden Vorchrift bestimmt, daß von diesen acht Semestern drei an der Technischen Hochschule zugebracht werden dürfen. Diese zeitliche Beschränkung auf drei Semester ist der Stein des Anstoßes bei den Herren von der Technischen Hochschule, und ich muß sagen, wenn man sich zunächst auf den Standpunkt der Professoren der Mathematik und Naturwissenschaften an der Technischen Hochschule stellt, so ist mir das durchaus begreiflich, daß sie sich mit diesem Zustand nicht recht vertragen können. Auch der Herr Geheime Hofrat Windelband hat ja zugestanden, daß das ein peinliches Verhältnis ist. Denn wie gestaltet sich die Sache in der Praxis? Ich will annehmen, ein junger Studiosus, der sich zum Lehrer der Mathematik und Naturwissenschaften ausbilden will, bezieht in seinem ersten Semester die Technische Hochschule, bringt dort drei Semester zu, ich nehme als ganz selbstverständlich an, daß es ihm dort gut gefällt, und daß er seine volle Befriedigung findet und gerne noch ein oder zwei Semester und vielleicht noch länger dableiben möchte. Das darf er aber nicht, sondern er muß am Schluß des dritten Semesters seinen Lehrern erklären: Na, meine Herren, es gefällt mir sehr gut hier, ich bin Ihnen sehr dankbar für alles das, was ich bei Ihnen gelernt habe, aber weiter reicht es Ihnen für meine Ausbildung nicht mehr, ich muß jetzt an die Universität gehen. Es wird das ja keiner sagen, aber die Tatsache besteht doch, und es ist in der Tat eine unangenehme Situation, in der man die Herren ohne zwingenden Grund nicht belassen sollte. Das war ja eine Erläuterung der Sache lediglich vom Standpunkt der Technischen Hochschule aus. Ich würde mich in die Sache vielleicht nicht hineinmischen, wenn ich nicht glaubte, auch Gründe von

einem allgemeineren Standpunkt aus vorführen zu können.

Man hat als Grund, warum diese Beschränkung bestehen bleiben soll, angeführt, daß die Lehrer in anderer Weise in der Mathematik und in den Naturwissenschaften an der Technischen Hochschule als an den Universitäten ausgebildet werden. Herr Geh. Rat Windelband hat gesagt, es sei die Aufgabe der Universitäten, die theoretische Mathematik und die theoretischen Naturwissenschaften zu pflegen. Das scheint mir auch ganz richtig zu sein. Aber ich sage, wenn die Technische Hochschule die Mathematik und die Naturwissenschaften nicht rein theoretisch, sondern mehr in Verbindung mit dem praktischen Leben und mit den praktischen Ergebnissen dieser Wissenschaften pflegen, so ist das kein Nachteil für die Ausbildung der späteren Mittelschullehrer, sondern ich halte das sogar für etwas, was dringend zu wünschen ist. Es ist ja ganz richtig, daß man bis vor kurzer Zeit in unseren Mittelschulen die Mathematik und die Naturwissenschaften rein theoretisch gelehrt hat, aber in neuerer Zeit ist doch, so viel mir bekannt ist, eine Strömung vorhanden, die ich für ganz gerechtfertigt halte, die dahingehet, alle diese Wissenschaften doch auch in Verbindung mit ihrer praktischen Nutzanwendung zu lehren. Ich habe die Erinnerung an meine Schulzeit, daß ich nie recht habe begreifen können, wozu wir die schönen geometrischen Lehrsätze, Formeln und Regeln lernen geometrischen Lehrsätze, Formeln und Regeln lernen mußten, was man mit ihnen im praktischen Leben anfangen würde, da hat man es wieder vergessen. Das ist die Folge davon, daß man eben in der Schule die Dinge zu sehr theoretisch behandelt, ohne daß man dem Schüler auch sagt, wozu er das zu lernen hat.

Zum Beweis dafür, daß jetzt in den pädagogischen Kreisen ein Zug dahingehet, diese Dinge mehr nach praktischen Gesichtspunkten zu behandeln, berufe ich mich auf einen Aufsatz, der mir dieser Tage in die Hände gekommen ist von Herrn Oberstudiendirektor Dr. Ziehen — meines Wissens ein hervorragender preußischer Schulmann —, der empfiehlt: „in der Mathematik außer der planmäßigen Heranziehung der Realgebiete für den Inhalt der Übungsaufgaben zu den einzelnen Kapiteln die stärkere Betonung der räumlichen Anschauung, der fortgesetzte Hinweis auf die Wichtigkeit, die alle diese mathematischen Belehrungen für das praktische Leben wie für die Gestaltung unserer Lebensanschauung haben.“

Wenn also der Unterschied darin hauptsächlich besteht, daß die Technische Hochschule mehr das praktische Leben berücksichtigt, so spricht das für die Ausbildung der Lehrer an den Technischen Hochschulen.

Ein weiterer Einwand ist ja der, daß man sagt, die Lehrer sollen nicht lediglich mathematisch-naturwissenschaftlich gebildet sein, sondern sie sollen auch philosophisch-literarische Bildung auf der Universität aufnehmen. Ich habe dagegen gar nichts, daß die Herren diese philosophisch-literarische Vorbildung auf der Universität suchen, wenn ihnen die an der Technischen Hochschule nicht genügt. Es will ja das den Herren Niemand verbieten; es wird nur gewünscht, daß ihnen freisteht, wo und wieviel Semester sie an den einzelnen Hochschulen zubringen sollen. Nun glaube ich aber doch sagen zu dürfen, daß auch die allgemeine Abteilung der Technischen Hochschule so gar unwert in dieser Beziehung nicht ist. Speziell was die Fächer, die etwa für die künftigen Lehrer in Frage kommen, betrifft, so halten meines Wissens zwei angesehene Mitglieder, auch der Herr Direktor des Oberschulrates, solche Vorlesungen, und ich glaube, was diese Herren vorbringen, wird für den künftigen Lehrer der Mittelschule nicht gerade als ungenügend be-

zeichnet werden können. Aber ich will so weit gar nicht gehen, ich will gar nicht verlangen, daß auch diese Fächer an der Technischen Hochschule gehört werden sollen. Ich glaube, es genügt, wenn man sagt, es ist die Möglichkeit vorhanden und deshalb soll sie auch zugelassen werden, wenigstens die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer an der Technischen Hochschule ohne Beschränkung auf drei Semester zu hören.

Man hat sich auf Breußen in dieser Sache berufen; ich glaube, es ist besser, wenn man sich auf Baden beruft. Baden hat in der Einrichtung der Technischen Hochschule nach meiner Kenntnis immer etwas allgemeinere Ziele verfolgt, und ich glaube, wir sollten daran festhalten und sollten nach badischen Rezepten auch in diesen Dingen weiter verfahren und nicht nach anderen.

Ueber die Frage der Doktorpromotion an der allgemeinen Abteilung der Technischen Hochschule will ich mich nicht weiter aussprechen; ich glaube nur, es wäre etwas gar Unerhörtes nicht, wenn man etwa auch einen Doktor der Mathematik bekäme. Heute gibt es schon Herren, die schreiben sich „doctor scientiarum politicarum“. Dieser Titel rührt von den Universitäten her. Es wäre aber nicht erstaunlicher, wenn ein Doktor der Mathematik auftauchen würde. Ich glaube, jähden könnte es den Universitäten nicht, wenn man den Wunsch der Technischen Hochschule erfüllen würde, da es sich ja nur um einige Semester einzelner Studenten handelt; aber es würde das Ansehen der Technischen Hochschule heben und es wäre im Interesse der Mittelschulen zu begrüßen und darum ein Fortschritt.

Es ist nun heute Morgen auch davon die Rede gewesen, daß die Herren Professoren der Heidelberger Hochschule in dankenswerter Weise die Mannheimer Handelshochschule unterstützen. Ich möchte im Anschluß daran darauf hinweisen, daß ein Ähnliches auch von Seiten der Professoren der Karlsruher Hochschule in ebenso dankenswerter Weise geschehen ist. Es gibt zwar in Karlsruhe keine Handelshochschule, sondern nur Handelshochschulkurse, und ob bisher schon ein sehr weitgehender Unterschied zwischen der Mannheimer Einrichtung und der hiesigen besteht, das weiß ich nicht. Ich möchte aber hier doch feststellen und als außerordentlich dankenswert bezeichnen, daß die Herren Lehrer der Technischen Hochschule hier in entgegenkommender Weise dem Unternehmen, an dem auch die Stadt beteiligt ist, sich zur Verfügung gestellt haben. Das gleiche gilt auch von den Volkshochschulkursen, die heute von dem Herrn Berichterstatter auch schon erwähnt worden sind, wenn ich recht verstanden habe, mehr im Zusammenhang mit den Universitäten. Auch hier sind solche Hochschulkurse für das Volk eingerichtet. Sie sind außerordentlich lehrreich und auch sehr gut von den Beteiligten besucht. Ich möchte glauben, es entspricht einer Dankspflicht, auch das hier zum Ausdruck zu bringen.

Ich habe nun aber schließlich auch noch einen Wunsch an unsere Technische Hochschule, den ich schon in der Budgetkommission kurz angedeutet habe und das ist die Frage der Pflege des Städtebaues. Kürzlich habe ich gelesen, daß in verschiedenen Technischen Hochschulen als etwas ganz neues Vorlesungen speziell über Städtebau eingerichtet worden seien. Das ist für Karlsruhe nichts neues, da schon seit vielen Jahren durch die hervorragende Autorität, die wir auf dem Gebiete des Städtebaues hier besitzen, Herrn Geh. Oberbaurat Dr.-Ing. Baumeister, solche Vorlesungen in verschiedenen Richtungen gehalten werden, und auch in dem jetzigen Programm der Technischen Hochschule eine solche Vorlesung angezeigt ist. Man könnte nun glauben, daß da ja gar kein Be-

dürfnis bestehe über diese Sache hier noch weiter zu sprechen; aber ich habe da doch etwas auf dem Herzen. Unser Städtebau ist seit Dezennien fast lediglich als Aufgabe der Ingenieure behandelt worden. Die Ingenieure haben Straßenlinien gezeichnet mit Lineal und Zirkel, und so sind die Straßen gebaut worden. Im übrigen hat man sich Jahrzehnte lang um die ästhetische Wirkung der Städtebauweise nicht oder nur sehr wenig gekümmert, während früher zurzeit der Begründung der Technischen Hochschule, an der ja der hervorragende Architekt Weinbrenner beteiligt war, und gerade von Weinbrenner speziell hier in Karlsruhe ganz Hervorragendes geleistet worden ist. Ich erinnere nur an die Errichtung des Marktplatzes, der Karlsruherstraße, des Schlossplatzes, des Schlosses usw. Woher es kommt, daß man später das Künstlerische und Aesthetische im Städtebau vernachlässigt hat, will ich hier nicht untersuchen. Die Künstler pflegen die Schuld auf die Juristen zu schieben und diese auf die Künstler. Ich glaube, wir können ruhig sagen, wir sind allzumal Sünder, und dieses Bekenntnis wird auch der Ursprung der Besserung sein. Wir Verwaltungsbeamte wollen tun, was wir können. Wir haben ja jetzt bereits eine interessante Literatur darüber; ich erinnere an die Werke von Sitte, Schulze-Naumburg und anderer Schriftsteller, die uns da Fingerzeige geben. Aber ich glaube, mit Verwaltungsmahregeln und Polizeimahregeln kommen wir auf dem Gebiete nicht weiter. Das muß einerseits aus der Geschmacksrichtung des Publikums heraus, andererseits aber, durch die künstlerische Richtung in der Architektur gefördert werden. Da habe ich nun die Hoffnung und die Zuversicht zu den hervorragenden Vertretern der Architektur an unserer Technischen Hochschule, daß sie dieser Seite ihrer Kunst und Wissenschaft wieder mehr als vielleicht früher ihre Aufmerksamkeit zuwenden und, wenn das geschieht, wird dadurch die Technische Hochschule ein weiteres wertvolles Blatt dem Ruhmesstranz, den sie bereits in ihrer kurzen Existenz sich erobert hat, einfügen.

Staatsminister und Minister der Justiz, des Kultus und Unterrichts Dr. Frhr. von Dusch: Gestatten Sie mir, an erster Stelle meinen warmen Dank auszusprechen für die Anerkennung, die wir für die Tätigkeit der Unterrichtsverwaltung auf dem Gebiete des Hochschulwesens von allen Seiten heute haben entgegennehmen dürfen. Ich danke insbesondere auch für die freundlichen Worte, die dem Herrn Hochschulreferenten von Herrn Geheimen Hofrat Dr. Schmidt geworden sind. Das würde den Versuch nahe legen, den Vergleich, den Herr Geh. Hofrat Schmidt zwischen einem Intendanten und den Künstlern einerseits und dem Universitätsreferenten und den Professoren andererseits heute gezogen hat, etwas näher auszuspinnen. Es würden sich da vielleicht ganz interessante Parallelen finden; eine Parallele ist jedenfalls die, daß unser Hochschulwesen mit immer schwierigeren finanziellen Verhältnissen zu kämpfen hat, was nicht zum wenigsten damit zusammenhängt, daß bei dem großen Wechsel der Dozenten, bei den zahlreichen Berufungen, die sich in der letzten Zeit gehäuft haben, erhebliche Anforderungen an die Staatskasse gestellt werden müssen, wenn — was immer das Bestreben der Unterrichtsverwaltung war, und was bis jetzt auch immer gelungen ist — Kräfte ersten Ranges für unsere Hochschulen gewonnen werden sollen.

Sehr warme Worte sind heute auch gesprochen worden für die Freiheit der Forschung und der Lehre, und ich könnte etwas Besseres darüber, als es insbesondere durch den Herrn Berichterstatter und Herrn

Geheimerat Windelband zum Ausdruck kam, meinerseits nicht sagen.

Eng mit dieser Frage der Freiheit der Forschung und der Lehre hängt die allgemeine Frage der historischen Berechtigung der Hochschulen zusammen, bei Berufungen der Regierung, der Unterrichtsverwaltung ihre Vorschläge wegen der zu berufenden Persönlichkeiten zu machen. Ich komme damit unmittelbar auf den Fall, den Herr Frhr. von la Roche zum Gegenstand einer Beschwerde gemacht hat und kann im allgemeinen bezüglich des Vorschlagsrechts der Fakultäten nur wiederholen, was ich im anderen Hohen Hause gesagt habe. Ein Recht im eigentlichen Sinne liegt zwar nicht vor, aber eine alt hergebrachte und von der Regierung fast durchweg anerkannte Übung. Ausnahmefälle sind schon da gewesen, und gerade auf dem Gebiete, das Herr Freiherr von la Roche berührt hat, ist an der Universität Heidelberg ein Ausnahmefall vorgekommen, als ein Professor „positiver“ Richtung nach Heidelberg berufen worden ist. Ein absolutes Recht der Fakultäten kann von der Unterrichtsverwaltung nicht anerkannt werden; aber sie hält an der Übung fest, daß wenn gegen die Vorschläge der Fakultäten nicht irgend welche berechtigte Einwendungen erhoben werden können, diese Vorschläge respektiert werden. In dem Falle, den Herr Frhr. von la Roche erörtert hat, liegt, glaube ich, ein solcher Grund zu einem berechtigten Einwand gegen die Persönlichkeit des tatsächlich nach Heidelberg berufenen Gelehrten nicht vor. Ich will mich auf eine allgemeine Erörterung bezüglich der theologischen Fakultät Heidelberg nicht einlassen, weil in diesem Hohen Hause vor zwei Jahren diese Frage ausführlich besprochen worden ist, und zwar von den Gesichtspunkten der Hochschule wie von den Gesichtspunkten der Kirche aus. Ein Grund, von der damals dargelegten Meinung abzugehen, liegt für die Unterrichtsverwaltung nicht vor. Wir haben im vorliegenden, wie im damals erörterten Fall die Meinung der obersten Kirchenbehörde eingeholt, die vollständig mit der unsrigen übereingestimmt hat. Wir haben vor allem die Frage, die der preussische Unterrichtsminister an die Spitze seiner Erörterungen gesetzt hat, gestellt, ob der Gelehrte von wissenschaftlicher Bedeutung sei, eine Frage, die unbedingt bejaht werden mußte. Wir haben auch gefragt, ob — was für die Berufung eines Theologen von Bedeutung ist — anzunehmen sei, daß der betreffende Gelehrte für die Ausbildung der Diener der Kirche sich eigne, und daß es in seinem ernststen Willen liegt, in dieser Richtung das Beste zu leisten, und auch das mußte bejaht werden. Wegen abweichender Meinungen, die auf dem Gebiete des Glaubensbekenntnisses liegen, konnten wir uns aber unmöglich bestimmen lassen, im vorliegenden Falle entgegen dem Vorschlage der Fakultät einen anderen Gelehrten zu berufen. Ich darf übrigens, da Herr Freiherr von la Roche eine Rede des preussischen Unterrichtsministers Herrn Dr. Holle zitiert hat, heute aus dieser Rede noch einen weiteren interessanten Passus mitteilen, allerdings aus einem anderen Bericht; ich habe den Bericht der Kölnener Zeitung — ich weiß nicht, welcher Bericht Herrn Freiherr von la Roche vorlag — und in diesem Bericht der Kölnener Zeitung ist ein Satz enthalten, der für die Beurteilung unseres Falles von Interesse ist. Nach diesem Berichte ist gesagt worden: „Schwierigkeiten ergeben sich daraus, daß die Meinungen über die Richtungen der einzelnen Herren weit auseinander gehen. Es ist ja darüber ein Streit ausgebrochen in der Presse, indem Czöllenz Weiß — das ist der Vater des nach Heidelberg Berufenen — teils zu den Positiven, teils zu den Liberalen gerechnet wurde. Wenn bei den Beteiligten solche Unstimmigkeiten bestehen, dann wollen sie es begreiflich

finden, wenn auch bei der Unterrichtsverwaltung hierüber eine von andern abweichende Meinung besteht.“ Gerade das, was damals gesagt wurde, ist für die Regierung bestimmend, im einzelnen Falle nicht in eine Untersuchung nach der Glaubensrichtung einzutreten, wie das von Herrn Freiherrn von la Roche gewünscht wird, sondern sich vor allem zu fragen, ob der zu Berufende ein ernster Mann der Wissenschaft und von ernstem kirchlichem Streben ist. Wenn diese Voraussetzung vorliegt, ist für die Regierung kein Grund vorhanden, wegen einer Richtung in Glaubenssachen etwa den Vorschlägen der Fakultät entgegenzutreten. Die Regierung hat gerade bei der Heidelberger Fakultät den guten Willen gezeigt, auch einen Mann von ausgesprochen positiver Richtung in die Fakultät zu setzen, der dort eine sehr gute Wirksamkeit übt. Aber das kann ich unmöglich zusagen für die Zukunft — soweit meine Person in Betracht kommt —, daß eine justitia distributiva in diesem Sinne eintritt, daß wir etwa die Fakultät zur Hälfte mit Positiven, zur anderen Hälfte mit Gelehrten liberaler Richtung besetzen. Uebrigens handelt es sich bei dem jetzt berufenen Gelehrten zweifellos nicht um einen Mann von extremer, sondern von gemäßigter mittlerer Richtung, gerade wie bei dem vor ihm in die Fakultät Berufenen, und ich glaube, es wird das als eine durchaus glückliche Besetzung der Fakultät zu betrachten sein.

Ich komme von der Frage der Berufungen auf die Frage, die damit sehr nahe zusammenhängt, der Gehaltsverhältnisse der Professoren, die von den drei Herren Vertretern der Hochschulen heute früh erörtert worden ist. Vor allem darf ich an den Anfang meiner Ausführungen die Tatsache stellen, daß was die Universitäten anbelangt, die Universität Heidelberg mit den Durchschnittsgehalten an der Spitze aller deutschen Universitäten steht. Es ist dabei selbstverständlich berechnet der Gehalt mit dem Wohnungsgeld; dieses muß zugeschlagen werden. Freiburg steht an sechster Stelle, rückt übrigens immer mehr in die Höhe; es ist in letzter Zeit sehr viel geschehen, während eine Universität — Gießen — mit einem sehr viel geringeren Gehalt an allerletzter Stelle steht. Was die Universitäten anbelangt, sind wir also jedenfalls in Baden durchaus nicht schlecht gestellt. Auch bezüglich der Technischen Hochschulen kann ich nur hervorheben, daß wir in Baden in keiner Weise ungünstige Verhältnisse haben, daß unsere Hochschule vielmehr an dritter Stelle rangiert und hinter Berlin um nicht ganz 300 M. im Durchschnittsgehalt zurücksteht. Das sind Verhältnisse, die es werden begründet erscheinen lassen, wenn ich erkläre, daß erhebliche Beschwerden bei den Hochschulen in dieser Richtung nicht zu erheben sind. Es wird nach wie vor das Bestreben der Großherzoglichen Regierung sein, in dieser Hinsicht, vor allem auch im Zusammenhang mit der zu erwartenden Neuregelung der allgemeinen Beamtengehälter, das ihrige zu tun, um die Hochschulen so weit als möglich zu fördern, und insbesondere wird die Unterrichtsverwaltung ihre Aufmerksamkeit den Fragen zuwenden, die zwar nicht heute, aber in der Kommission des Hohen Hauses bezüglich der Technischen Hochschule ausführliche Erörterung gefunden habe.

Im Zusammenhang mit der Frage der Berufung und der Gehälter der Hochschullehrer steht die sehr wichtige Frage der Assistenten. Der Herr Universitätsreferent und ich haben im anderen Hohen Hause uns ausführlich über die Frage ausgesprochen, und ich kann heute nur wiederholen, daß wir die Absicht haben, die Assistenten besser zu stellen; allerdings nicht in dem Maße, wie es vielleicht erhofft wird, das wird nicht möglich sein, — aber immerhin eine wesentliche Besser-

zung gegenüber den bisherigen Verhältnissen eintreten zu lassen. An dem muß die Unterrichtsverwaltung festhalten, und ich glaube, daß wir uns damit in Uebereinstimmung mit den Herren Vertretern der Universitäten befinden, daß nicht etwa der Assistentenberuf zu einem dauernden gemacht werden soll. Es muß eine gewisse Ausschaltung derjenigen Elemente stattfinden, bei denen ein Aufsteigen zu voller wissenschaftlicher Tätigkeit nicht zu erwarten ist. Daß es übrigens die Regierung an der Unterstützung der älteren Assistenten nicht fehlen läßt, geht hervor aus der Zahl der Lehraufträge, die an jüngere Gelehrte erteilt worden sind; es waren derer nicht weniger als 55, unter denen Freiburg allerdings an letzter Stelle steht, nicht mit 2, wie der Herr Geh. Hofrat Schmidt gemeint hat; wir haben nicht weniger als 10 Lehraufträge an junge Freiburger Lehrer erteilt. Es ist also auch in dieser Richtung geschehen, was nötig ist. Daran wird festgehalten werden müssen, daß die Assistenten entweder zu einer höheren wissenschaftlichen Laufbahn gelangen oder ausscheiden müssen, um in einen anderen Beruf überzugehen, was den Assistenten in den meisten Fällen nicht schwer fallen wird.

Es ist dann, um bei dem Personal der Hochschulen zu bleiben, noch von den Institutsdienern und den Krankenwärtern der psychiatrischen Klinik in Freiburg gesprochen worden. Bezüglich der Institutsdiener sind die Bestimmungen über die Militäranwärter für uns absolut bindend. Wir können in dieser Richtung gegen die im ganzen deutschen Reiche bestehenden Bestimmungen unsererseits nichts machen. Es geschieht auf diesem Gebiete zur Förderung derartigen Personals, was möglich ist, indem Präparatoren- und Laborantenstellen geschaffen werden und die Institutsdiener mit höheren Fertigkeiten in entsprechende etatmäßige Positionen kommen können, ohne daß ein Konflikt mit den Bestimmungen über die Militäranwärter entsteht.

Ueber das Gebiet unserer Hochschulen hinaus ist heute weiter erörtert worden die Frage der Errichtung einer sogenannten vierten Hochschule. Es handelt sich um die Handelshochschule in Mannheim. Ich bedaure sehr, daß das frühere Mitglied des Hohen Hauses, Herr Oberbürgermeister Beck nicht mehr unter uns weilt, der in der Lage wäre, über die Entwicklung dieses Instituts uns die allerbeste Auskunft zu geben. Eines darf ich demgegenüber, was Herr Oberbürgermeister Siegrist gesagt hat, hervorheben, daß die Handelshochschule in Mannheim erheblich über das Ziel hinausgeht, das die anerkanntwertigen ähnlichen Kurse hier in Karlsruhe sich gestellt haben. Eines ist gewiß, daß die Unterrichtsverwaltung erhebliche Opfer für eine vierte Hochschule nicht bringen kann, und die Stadt Mannheim, die mit großer Energie die Sache unter Unterstützung eines Teils der hervorragendsten Gelehrten von Heidelberg in die Hand genommen hat, ist sich nicht im Zweifel darüber, daß sie lediglich aus eigener Kraft das Unternehmen wird durchführen müssen.

Es ist auch weiter ein Blick geworfen worden auf eine Reihe wissenschaftlicher Unternehmungen, die außerhalb der Hochschule liegen, auf die rechts- und staatswissenschaftlichen Fortbildungskurse und auch verschiedene andere Kurse, die durch Gelehrte der Technischen Hochschule und der Universitäten an verschiedenen Orten abgehalten werden. Ich möchte nur zu einem Punkt etwas sagen, zur Frage der Errichtung besonderer rechts- und staatswissenschaftlicher Fortbildungskurse in Baden, die von dem Herrn Berichterstatter angeregt worden ist. Wie dem Hohen Hause bekannt ist, finden tatsächlich in Heidelberg unter Leitung des von

mir eben erwähnten Gelehrten derartige, allerdings etwas anders gestaltete Kurse statt, die heute schon geschilbert worden sind. Sie weichen bezüglich der Dauer und Art der Ausbildung wesentlich ab von den Kursen, die in verschiedenen großen Städten Deutschlands gehalten werden. Wir sind bestrebt und es wird gelingen, diese Kurse, die für unsere jüngeren Verwaltungsbeamten außerordentlich dienlich sind, auch weiter fortzubilden und zu erhalten. Ob es aber möglich sein wird, einen förmlichen rechts- und staatswissenschaftlichen Kurs, wie er z. B. in Köln und Berlin ist, bei uns einzuführen, ist eine andere Frage; denn vor allem unsere innere Verwaltung legt nicht mit Unrecht Wert gerade darauf, daß die jungen Verwaltungsbeamten, die sich weiter ausbilden wollen, auch einmal aus dem Landesbereich hinaus gehen und noch ihren Geschäftskreis erweitern dadurch, daß sie ihre Studien auch an anderen Orten fortsetzen. Die Regierung wird die Sache im Auge behalten und wenn bezügliche Anregungen gegeben werden, ihrerseits sehr gerne eine Förderung eintreten lassen, indem sie die Hochschulkräfte für derartige Kurse zur Verfügung stellt.

Ich glaube damit die Fragen allgemeiner Natur bezüglich der Hochschulen im wesentlichen erörtert zu haben und bitte zu entschuldigen, wenn mir das eine oder das andere entgangen sein sollte; es ist bei dem großen Stoff, der heute erörtert worden ist, kaum möglich, mit voller Gründlichkeit auf alles zu erwidern. Ich wende mich nun zu dem, was von den Herren Vertretern der Hochschulen zu den einzelnen Hochschulen bemerkt worden ist und werde bei der Technischen Hochschule noch auf einzelne Fragen zurückkommen müssen.

Der Herr Vertreter von Heidelberg hat vor allem erwähnt, daß der Luiseheilanstalt eine immer steigende Fürsorge zugewendet werden solle. Ich kann nur sagen, die Regierung wird es an dieser Fürsorge ihrerseits nicht fehlen lassen, aber sie muß darauf beharren, daß aus dem Betriebe der Anstalt, die ursprünglich ein Wohltätigkeitsunternehmen war, die Wohltätigkeit nicht ganz ausgeschaltet werden soll, umsoweniger, als ja die Ziele der Luiseheilanstalt weit über die eines rein wissenschaftlichen Instituts, wie es für die Hochschule notwendig wäre, hinausgehen. Die Unterrichtsverwaltung muß daran festhalten, daß nicht aus den Mitteln dieser Wohltätigkeitsanstalt gewissermaßen Geschenke gemacht werden an Korporationen, die ihrerseits die nötigen Zahlungen leisten könnten. Es bezieht sich das auf die Beiträge, die Herr Geh. Rat Windelband erwähnt hat, allerdings mit dem Bemerkens, daß es nicht unbedenklich erscheine, daß die Beiträge von 1,20 M. auf 1,80 M. erhöht worden sind.

Auch damit kommt die Luiseheilanstalt bei weitem noch nicht auf ihre Kosten, sie muß noch ziemlich darauf legen und es wird nicht Sache einer Anstalt, die wenigstens zum Teil, wenn auch zu einem kleinen Teil aus Wohltätigkeitsmitteln alimentiert wird, sein können, etwa zugunsten armer Kinder erheblich billiger zu verpflegen als es sie selbst kostet. Wie gesagt, wir werden es nicht fehlen lassen, unsererseits dieser hervorragend geleiteten ausgezeichneten segensreich und wirkenden Anstalt beizuspringen, soweit es in unserer Macht steht und die finanzielle Lage des Budgets es jeweils gestattet.

Was die Taubstummenanstalt oder besser gesagt, die Taubstummenkurse in Heidelberg anbelangt, möchte ich Herrn Geheimrat Windelband erwidern, daß allerdings das Äußere des Gebäudes und die Räume, in denen diese Kurse abgehalten werden, manches zu wünschen übrig lassen; allein ich möchte auf der anderen

Seite der Benützung Ausdruck geben, daß es bei unserer Finanzlage überhaupt gelungen ist, diese Kurse einzurichten und mit recht erheblichen Kosten weiterzuführen. Jetzt noch eine weitere große Taubstummenanstalt zu errichten, dazu liegt nach Ansicht der Unterrichtsverwaltung ein praktisches Bedürfnis nicht vor. Wir werden der Förderung und dem weiteren Ausbau der bestehenden Kurse, die von einem hervorragenden Gelehrten zum Wohle und Heile armer Kinder geleitet werden, nach Kräften beistehen.

Was den Wunsch anbelangt, daß das Krebsinstitut mit seinem Budget ganz aus dem allgemeinen Budget ausgegliedert werde, um wie bei einzelnen anderen Anstalten eine genaue Uebersicht des ganzen finanziellen Geharens zu gewähren, so wird der Wunsch sich wohl erfüllen lassen. Ich darf aber bezüglich dieses Instituts wohl noch sagen: unter allen Umständen ist es wohl ein Opfer wert, und zwar nicht unerhebliche Opfer, wenn es sich darum handelt, eine Anstalt zu unterhalten und zu alimentieren, zu der aus wohlthätiger Hand nicht weniger als nahezu eine Million gespendet worden ist.

Zu der Universität Freiburg ist, abgesehen von allgemeinen Wünschen, die ich vorhin schon erörtert habe, vor allem hervorgehoben worden, der außerordentlich wichtige Bau des Kollegienhauses. Die Ausführungen des Herrn Geheimen Hofrat Dr. Schmidt standen in einem gewissen Widerspruch. Herr Hofrat Schmidt hat zwar den neuen Architekten mit Freude begrüßt, dann aber seinem Bedauern Ausdruck gegeben, daß der Bau nun gar zu einfach ausfalle. Allerdings ist dieser scheinbare Widerspruch dadurch zu erklären, daß Herr Geh. Hofrat Schmidt annimmt, die Unterrichtsverwaltung sei gewissermaßen der Sünden, der dahinterstecke und gesagt habe, jetzt nur ordentlich sparen und möglichst einfach bauen! So liegt die Sache nicht. Wir haben allerdings, wie es bei einem Bau von solchem Umfang bei einer gewissenhaften Verwaltung sein muß, dem Architekten nahegelegt, nicht zu sehr aus dem Großen zu arbeiten, sondern einigermaßen auf Sparsamkeit bedacht zu sein. Wenn aber gewisse Vereinfachungen des ganzen Baues, übrigens nicht in der allgemeinen Struktur des ganzen Baues, aber sonst gewisse Vereinfachungen eingegeben sind, so geschieht das nicht aus Sparamkeitssichten, sondern entscheidend ist die künstlerische Richtung des Architekten, dem der Bau anvertraut ist. Einen solchen Bau sollte man nicht nach Plänen und auch nicht nach Modellen beurteilen, sondern abwarten, wie der Bau sich gestaltet, wenn er einmal steht. Ich glaube schon jetzt der Ueberzeugung Ausdruck geben zu dürfen, daß der Bau als Ganzes ein durchaus monumentaler sein und der Universität Freiburg alle Ehre machen wird. Uebrigens bietet auch das Modell — ich weiß nicht, ob Herr Geh. Hofrat Schmidt es gesehen hat — ein Bild einer meines Erachtens durchaus erfreulichen künstlerischen Lösung. Wenn eine große Front von Fenstern vor allen Dingen nach der Rückseite vorhanden ist, so ist das keine künstlerische, sondern eine rein praktische Frage, die große Zahl von Fenstern ist bei Hörsälen unvermeidlich, und es wird ein großes, für Lehrzwecke bestimmtes Gebäude natürlich nie in seinem Gesamteindruck etwa das erreichen, was bei einem Palast gewünscht und erreicht werden kann. Ich kann nur wiederholen: ich bin überzeugt, der Bau wird zur Befriedigung der Hochschule und der Stadt Freiburg reichen.

Wenn Herr Geheimrat Schmidt mit einer gewissen Behmut von der Geschichte des Grundstockvermögens als von einer Tragödie gesprochen und gesagt hat, es sei schlimm, daß Millionen von diesem Grund-

stockvermögen für Institute verbaut worden seien, so ist dem gegenüber zu sagen, daß dieses Vermögen damit seinem eigentlichen Zweck gedient hat. Die Summen, die für vorübergehende Zwecke verwendet wurden, sind nicht erheblich, es handelte sich im wesentlichen um die Errichtung sehr wertvoller Universitätsinstitute; allerdings ist das Geld nicht mehr im Grundstockvermögen, aber in der Gestalt von Universitätsinstituten vorhanden, die für eine lange Zukunft errichtet sind. Damit nicht etwa irrige Vorstellungen entstehen über das Verhältnis zwischen dem Grundstockvermögen und der Finanzierung des ganzen Universitätsbetriebs, möchte ich hervorheben, daß der Grundstock jetzt noch ca. 45000 M. jährlich ergibt. Dem steht gegenüber eine Gesamtausgabe von etwa 800000 M., also eine erhebliche Rolle spielt der Grundstock nicht mehr. Er ist in vielen Fällen in Anspruch genommen worden, meines Erachtens mit vollem Recht, wo es nicht möglich war, staatliche Mittel für die Zwecke der Universität flüssig zu machen, aber seinem eigentlichen Zweck ist dieses Grundstockvermögen nicht entfremdet, sondern zugeführt worden, indem es für Zwecke der Universität verwendet wurde.

Daß der badiische Staat für den weiteren Ausbau des Kollegiengebäudes tun wird, was möglich ist, daß er seine „moralische Verpflichtung“, wie Herr Geheimrat Schmidt betont hat, durchaus anerkennt, das ist selbstverständlich, und ich hoffe, daß mit der Summe, die in Aussicht genommen worden ist, und mit dem Zuschuß der Universität aus dem Grundstockvermögen ein Bau erstellt wird, der der Universität zur Ehre gereicht.

Was die Anatomie anlangt — ich will vom Bau für Nerventrakte und vom zoologischen Institut nicht sprechen — so kann ich die Erklärung abgeben: es wird für deren Erweiterung im Nachtragsetat ein erheblicher Posten erscheinen, und es ist damit gelungen, daß der ausgezeichnete Gelehrte, dessen Verlust für Freiburg außerordentlich schwer, kaum ersetzbar gewesen wäre, der Universität erhalten bleibt. Es wird ein Institut geschaffen werden, das auf alle Zeit den Ansprüchen genügt, selbst wenn die Freiburger Hochschule, was man nur wünschen kann, vielleicht bald den 3000. Studenten erreicht.

Was den Wunsch anbelangt, daß ein zweites Ordinariat für öffentliches Recht geschaffen werde, so kann ich dem gegenüber darauf hinweisen, daß, wie dem Herrn Geheimrat Schmidt bekannt sein wird, eine erhebliche Stiftung für diesen Zweck schon besteht, und es wird wohl in nicht ferner Zeit gelingen, aus dieser Stiftung, vielleicht unter Beihilfe des Staates ein weiteres Ordinariat für öffentliches Recht zu gründen.

Was die Professur für Kunstgeschichte betrifft, so sollte die Hochschule sich zunächst einmal mit der Uebertragung des inzwischen freigewordenen Extraordinariats aus einer andern Fakultät begnügen. Es wird auch da das Bemühen der Regierung sein, in späterer Zeit, sobald es möglich ist, ein wirkliches Ordinariat für dieses Fach zu schaffen.

Was die Technische Hochschule hier angeht, so habe ich bezüglich der Gehaltsverhältnisse der Herren Professoren schon das Notwendige gesagt, ebenso bezüglich der Assistenten- und der Dienerfrage. Die große Frage, die heute, wie auch schon vor 2 Jahren in diesem hohen Hause und heute nicht bloß von Herrn Geheimen Hofrat Dr. Bunte, sondern auch von Herrn Oberbürgermeister Siegrist hier eingehend erörtert worden ist, ist die, ob nicht für die Ausbildung der Mittelschullehrer für das Fach der Mathematik und der Naturwissenschaften das Studium an der Technischen Hochschule in dem Sinn

zugelassen werden soll, daß das ganze Studium auf dieser Hochschule stattfinden kann. Ich habe schon früher den Standpunkt der Regierung in dieser Frage dargelegt, er ist auch in der Kommission dieses Hohen Hauses von dem Herrn Referenten dargelegt worden, und ich glaube, dem nicht mehr viel beizufügen zu sollen, um so weniger, als der Standpunkt der Regierung eine ganz vorzügliche Begründung in den Ausführungen der Herren Vertreter der Universitäten gefunden hat.

Ich verkenne durchaus nicht und möchte das an die Spitze meiner Ausführung stellen, daß das Streben der technischen Hochschulen in dieser Frage ein durchaus ideales ist und daß nicht etwa kleinliche Wünsche nach Ranggleichheit und dergleichen eine Rolle spielen, aber nicht bloß diese, wie ich durchaus anerkenne, idealen Wünsche der Technischen Hochschule selbst sollen in Betracht gezogen werden, sondern es spricht eben eine ganze Reihe von Gründen gegen eine Lösung der Frage im Sinne des Herrn Geh. Hofrats Bunte. Die Gegenstände sind vor allem die, daß von der zunächst beteiligten Behörde von dem Oberschulrat, dessen Meinung für die Unterrichtsverwaltung in dieser Sache von entscheidender Bedeutung sein muß, ausdrücklich darauf abgehoben wird, daß es nicht erwünscht sei, daß das ganze Studium der Lehrer der Naturwissenschaften und Mathematik auf der Technischen Hochschule absolviert werde. Die Gründe liegen auf der Hand und sind heute schon ausgeführt worden; sie liegen einmal in der Verschiedenartigkeit des wissenschaftlichen Betriebs, sie liegen aber andererseits darin, daß eben, wenn eine solche Fakultät erteilt werden sollte, dann ein ganz erheblich weiterer Ausbau der allgemeinen Abteilung der technischen Hochschule erfolgen müßte. Dem stehen aber nicht bloß finanzielle Bedenken gegenüber, sondern so, wie die Unterrichtsverwaltung die Sache ansieht, liegt es — wie es auch von anderer Seite schon ausgesprochen worden ist — gar nicht im Interesse der Technischen Hochschule selbst, damit ihrer allgemeinen Abteilung eine Richtung zu geben, für die sie vom Anfang an gar nicht geschaffen worden ist. Sie ist geschaffen für die allgemeine Ausbildung derjenigen, die sich den technischen Wissenschaften widmen, und dieser allgemeine Zweck ist durchaus erfüllt, wenn die allgemeine Abteilung dafür ausreicht und gut besetzt ist. Aber etwas anderes ist doch die allgemeine Ausbildung der Studierenden der technischen Wissenschaften und die allgemeine Ausbildung derjenigen, die dann berufen sein werden, ihrerseits an Mittelschulen zu lehren.

Mit dieser Frage erledigt sich auch die damit zusammenhängende Frage der Doktorpromotion für andere Fächer als die, für die sie bereits an den technischen Hochschulen vorgesehen ist. Ich bemerke in dieser Beziehung, daß ein allgemeiner „Doktor rerum technicarum“ bis jetzt nur in Bayern besteht. Bayern hat sich nicht der in den übrigen Bundesstaaten bestehenden Einrichtung angeschlossen, die wir bis jetzt respektiert haben und weiter respektieren wollen, daß das Promotionsrecht auf den Doktor-Ingenieur beschränkt werden soll. Schon aus dem wenig schönen Titel „Dr. ing.“ ergibt sich die Abgrenzung des Gebietes für das Promotionsrecht. Es würde ein ganz sonderbarer Titel sein: „Doktor-Ingenieur der Mathematik und Naturwissenschaften.“ Der Titel weist ausschließlich auf die technischen Wissenschaften hin. Es müßte ein Mittelweg gefunden werden, wie in Bayern, etwa einen allgemeinen Doktor rerum technicarum zu schaffen, und dazu kann sich die Unterrichtsverwaltung wenigstens derzeit nicht in dem Sinn entschließen, daß sie ihrerseits

die mit den verschiedenen übrigen Regierungen bestehende Vereinbarung aufhebt und damit nach Ansicht der Technischen Hochschule einen Fortschritt macht, aber nach Ansicht der Unterrichtsverwaltung einen Schritt unternimmt, gegen den erhebliche Bedenken auch im Interesse der Hochschule selbst zu erheben sind. Das soll in gar keiner Weise eine Zurücksetzung der Technischen Hochschule sein. Die Technische Hochschule verfolgt ja ihrer ganzen Struktur nach durchaus andere Ziele wie die Universitäten, sie steht ihnen durchaus gleich, ist aber nicht gleichartig, und das bringt es eben mit sich, daß gewisse Gebiete auf beiden Hochschulen nicht gleich behandelt werden können.

Was die Frequenz der Technischen Hochschule anbelangt, die von den verschiedensten Seiten erörtert worden ist, so brauche ich heute nicht noch besonders hervorzuheben, daß dieser Rückgang der Frequenz in keiner Weise darauf zurückzuführen ist, daß etwa die Technische Hochschule irgend welche Mängel aufweise. Der Rückgang der Frequenz beruht teilweise auf wirtschaftlichen Gründen, teils auf anderen allgemeinen Momenten, die sich an allen Orten wiederholen. Es ist aber ganz zweifellos zu erwarten, daß die Frequenz wieder allmählich aufsteigt.

Ich glaube damit auch die Wünsche, die Herr Geh. Hofrat Dr. Bunte uns vorgetragen hat, erledigt zu haben, und erlaube mir nur noch zu den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters Siegrist zu bemerken, daß nach Ansicht der Unterrichtsverwaltung die allgemeine Abteilung der Technischen Hochschule durchaus kein Schmerzenskind ist, im Gegenteil, sie ist nach der mathematischen Seite vortrefflich und auch im übrigen vollständig genügend im Interesse der Technischen Hochschule ausgebaut, allerdings nicht ausgebaut im Sinne einer vollständigen philosophischen Fakultät. Aber gerade das möchte die Unterrichtsverwaltung in Uebereinstimmung mit den Ausführungen des Herrn Geheimrats Windelband vermeiden, daß wir noch eine weitere philosophische Fakultät im Lande schaffen.

Was die weitere Frage, die Herr Oberbürgermeister Siegrist noch angeregt hat, anbelangt, die Pflege des Städtebaues an den technischen Hochschulen, so kann ich nur dem beistimmen, was der Herr Oberbürgermeister ausgeführt hat. Es ist sehr erfreulich, daß hier an der Hochschule auf diesem Gebiet, das die größte Sorgfalt verdient, durch einen sehr tüchtigen Gelehrten vieles geschieht.

Geheimerat Professor Dr. Windelband: Ich hatte mich zum Worte gemeldet lediglich in der Absicht, meinem verehrten Herrn Kollegen von der Technischen Hochschule auch vor dem Hohen Hause meinen Dank auszusprechen für die außerordentliche Liebenswürdigkeit und Feinheit, mit dem er die gegenteilige Meinung angenommen hat, welche ich äußern zu müssen aus sachlichen Gründen nicht umhin konnte. Ich wollte dann allerdings auch noch hinzufügen, daß sachlich ich durch seine Ausführungen nicht überzeugt worden bin, sondern auf meinem Standpunkt bleiben müßte. Aber ich verzichte, darauf jetzt näher noch einzugehen, schon deshalb, weil die Erklärung Sr. Excellenz des Herrn Staatsministers durchaus mit denjenigen prinzipiellen Gesichtspunkten übereinstimmt, die ich ausgeführt habe, und die Frage augenscheinlich nicht mehr praktisch erscheinen lassen. Ich möchte nur noch auf einen Punkt besonders hinweisen, das ist der, daß die badische Regierung für sich allein diese Angelegenheit zu ordnen, nicht den Wunsch haben wird, weil ja diese Verhältnisse im allge-

meinen Verband der deutschen Staaten — leider mit Ausnahme von Bayern — bisher geregelt sind.

Ich möchte dann, da ich das Wort habe, dem Herrn Staatsminister den herzlichsten Dank aussprechen, der nur eine Fortsetzung ist von dem, was ich heute morgen gesagt habe, für die Bereitwilligkeit, mit welcher den verschiedenen Wünschen, die auch ich geäußert habe, von Seiten der Großh. Regierung entgegengekommen wird.

Ich habe bei dieser Gelegenheit nur noch auf eines aufmerksam zu machen. Ich habe heute morgen, weil ich im wesentlichen auf die prinzipiellen Fragen Rücksicht nehmen wollte, eines nicht erwähnt, wovon ich wußte, daß es der Großh. Regierung zur Genüge bekannt ist, was aber doch, wenn ich vor dem Hohen Hause es ganz verschwiegen hätte, falsch aufgefaßt werden könnte: Es heißt in der Tat für die Universität Heidelberg noch ein besonderes Desiderium. Zu dem neuen Etat ist einer der wesentlichsten Wünsche der Universität nicht erfüllt worden, die Errichtung einer Professur für deutsche Literaturgeschichte. Ich habe über diesen Gegenstand bei der Budgetberatung vor 2 Jahren ausführlich gesprochen und kann mich darauf beziehen. Es ist bebauerlich, daß die finanzielle Lage es der Großh. Regierung nicht erlaubt hat, auf diesen Wunsch jetzt einzugehen. Ich möchte nur aussprechen, daß dieser Wunsch bestehen bleibt als einer der dringendsten Wünsche der Universität Heidelberg.

Endlich in letzter Instanz möchte ich noch ein Wort hinzufügen hinsichtlich der Frage, welche von Herrn v. la Roche aufgeworfen worden ist. Nachdem die schwarze Linie, welche der Herr Freiherr für notwendig erachtete, in das sonst erfreuliche Bild unserer Universitätsverwaltung zu zeichnen, durch die Beleuchtung von Seiten des Herrn Staatsministers vollständig ins Licht gestellt worden ist, brauche auch ich hier nichts näheres hinzuzufügen, um so mehr, als ich die prinzipielle Seite der Sache vor 2 Jahren in einem analogen Fall bereits behandelt und meine Ansicht damals ausgesprochen habe. Ich könnte nur wiederholen, was ich damals gesagt habe. Ich freue mich, daß ich auf dieses Allgemeine mich beschränken darf und daß Herr Freiherr v. la Roche selbst von dem Verlauf der gegenwärtigen Berufung nicht eingehender gesprochen hat. Es wäre mir sehr peinlich gewesen, in diese Frage jetzt eingreifen zu müssen.

Ich möchte nur zum Schluß noch eine Bemerkung hinzufügen, die allgemeiner Natur ist. Auch in dem andern Hohen Hause ist wie häufig jetzt in den Zeitungen und in anderen Verhandlungen die Frage aufgeworfen worden, die durch gewisse andere Ereignisse nahegelegt war, die Frage des Bestandes der theologischen Fakultäten an den Universitäten überhaupt. Ich bin der entschiedenste Gegner jeder Bewegung, welche diese Fakultäten von den Universitäten loslösen möchte, der entschiedenste Gegner, aber um so mehr möchte ich mir erlauben, darauf aufmerksam zu machen, daß, wenn in die Fragen der Besetzung und Behandlung der Lehrtätigkeit der theologischen Fakultäten andere als wesentlich wissenschaftliche Gesichtspunkte — kirchenpolitische Gesichtspunkte, äußere Gesichtspunkte von „Richtungen“ usw. — hereingebracht werden, dann die Vorstellung, die z. B. jetzt an der Münchener Universität eine große Rolle spielt, diese Fakultäten seien Fremdkörper in der Universität, nur gesteigert werden kann. Und in diesem Sinn möchte ich bitten, den theologischen Fakultäten ihre Stellung als wissenschaftlichen, mit uns zusammen arbeitenden Körperschaften zu erhalten in dem Sinn, wie es die Großh. Regierung in Baden tut und zu unserm Dank jetzt wieder getan hat und, ich bin fest überzeugt,

in vollem Vertrauen auf die Universität auch in Zukunft tun wird.

Wirkl. Geheimerat Dr. Bürklin: Ich möchte — nicht als Berichterstatter — noch das Wort ergreifen, denn nach der erschöpfenden Behandlung, welche die Gegenstände, die in der Kommission und heute hier zur Erörterung standen, in dem Hohen Hause gefunden haben, kann ich als Berichterstatter aufs Wort verzichten. Ich möchte nur vor Schluß der Debatte als sächliches Mitglied des Hohen Hauses zu der durch Herrn Freiherrn von la Roche angeregten Frage ein Wort sagen, wegen der Besetzung der theologischen Professur in Heidelberg. Die Frage ist in der Kommission nicht erörtert worden; ich bin darum auch nicht in der Lage, als Berichterstatter eine Meinung auszusprechen oder von den Vorgängen zu erzählen, die bei der Beratung über den Gegenstand in der Kommission stattgefunden hätten. Persönlich aber möchte ich nicht unterlassen, zu sagen, daß ich mich auf dem Standpunkt befinde, den der Herr Minister in der Angelegenheit als den seinigen erklärt hat.

Es wurde auf den preussischen Kultusminister Holle Bezug genommen, und da möchte ich — und das ist auch mit ein Grund, warum ich nochmals das Wort ergreife — auf einen sehr wesentlichen Unterschied aufmerksam machen. Der preussische Kultusminister, der eine ganze Reihe von Universitäten und damit auch von theologischen Fakultäten unter sich hat, kann sich mit der *justitia distributiva*, glaube ich, sehr viel leichter tun, als ein Minister, der diese *justitia distributiva* an ein und derselben Fakultät zur Anwendung zu bringen hat. Die Folge davon ist, daß der preussische Kultusminister da ganz anders verfahren kann. Er kann die eine Richtung an der einen Universität, wo sie sich eben im Laufe von Jahrzehnten, vielleicht von Jahrhunderten traditionell befestigt hat, weiter bestehen lassen und bei Berufungen entsprechende Rücksicht nehmen, ich will einmal sagen auf die positive Seite, — und für die liberale Seite hat er wieder seine anderen Universitäten, wo er die betreffenden Professoren unterbringen kann. Daß die Gleichartigkeit der Struktur in einer Fakultät außerordentliche Vorteile mit sich bringt, liegt auf der Hand, außerordentliche Vorteile für das Leben innerhalb der Fakultät selbst, außerordentliche Vorteile auch in dem Verhältnis, welches die Fakultät der Studentenschaft gegenüber einnimmt. Wenn aber die *justitia distributiva* an einer einzigen Fakultät, wie im Lande Baden, wo wir nur eine theologische Fakultät haben, zur Anwendung zu bringen ist, ist das schon eine schwierigere Sache; da sieht sich die Regierung in der Behandlung der Frage Schwierigkeiten gegenüber, die nicht leicht zu überwinden sind. Ich glaube, daß das Rezept, zu welchem sich der Herr Minister bekannt hat, dasjenige sein wird, mit dem man der Schwierigkeiten am besten Herr wird.

Auf diesen Unterschied zwischen dem preussischen Kultusminister Holle und unserem Herrn Kultusminister wollte ich nur noch aufmerksam machen, um später als Berichterstatter aufs Wort verzichten zu können.

Dr. Freiherr von la Roche: Die vorliegende Frage habe ich in der letzten Zeit genau studiert und kann behaupten, daß die Bestrebungen in Preußen nicht darauf gerichtet sind, hier eine positive und dort eine liberale Fakultät zu bekommen, sondern innerhalb der einzelnen Fakultäten Parität zu schaffen. Es gibt nur eine einzige Fakultät, und das ist die in Greifswald, welche durchaus positiv besetzt ist; in allen anderen hat eine Durch-einandermischung stattgefunden. Hier im Lande, wo

nur eine einzige theologische Fakultät besteht, bleibt etwas anderes gar nicht übrig. Ich weise nochmals auf die Worte des Herrn Ministers Halle hin. Wenn man sie als richtig anerkannt, so wird man sagen müssen: es entspricht auch für uns der Gerechtigkeit, daß beide Richtungen vertreten sind. Ich bin daher nicht in der Lage, von meinem Standpunkt abzugehen.

Wirkl. Geh. Rat Dr. Bürklin: Meinem Herrn Vordredner möchte ich nur erwidern, daß seine Annahme, als ob der preußische Kultusminister von der Homogenität einer gewissen Fakultät, einer gleichartigen Besetzung derselben grundsätzlich abgegangen sei, eine irrige ist. Außer von Greifswald kann ich von Halle und Berlin sagen, daß sie in einer ganz bestimmten Richtung nicht nur besetzt sind, sondern fortwährend besetzt werden.

Der Antrag der Kommission fand hier auf einstimmige Annahme.

Schluß der Sitzung 5 Uhr 30 Min.

Der Zeitpunkt der nächsten Sitzung ist noch nicht bestimmt.

* Karlsruhe, 10. März. 9. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer. Tagesordnung auf Freitag den 20. März 1908, vormittags 1/2 10 Uhr:

1. Befragung neuer Einläufe.
2. Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts, Ausgabe Titel XI (Wissenschaften und Kunst) B.Nr. 202. Berichterstatter: Wirkl. Geh. Rat Dr. Bürklin.
3. Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums des Innern, Ausgabe Titel bis VII, IX und X und Einnahme Titel I und II B.Nr. 201. Berichterstatter: Geh. Kommerzienrat Reiß.